

REZENSIONEN

JGO 68, 2020/2, 282–284

Verena Dohrn

Die Kahans aus Baku: Eine Familienbiographie

Göttingen: Wallstein Verlag, 2. Aufl. 520 S. ISBN: 978-3-8353-3342-0.

Das Buch der deutschen Historikerin, Slavistin und Publizistin ist das Ergebnis mehrjähriger Forschungen zu jüdischen Eliten im Zarenreich des 19. Jahrhunderts und über jüdische Migranten in Deutschland, Europa, den USA und Palästina/Israel im 20. Jahrhundert. In der Studie wird die weitverzweigte Familie der erfolgreichen Ölunternehmer und Verleger Kahan im 19. und 20. Jahrhundert vorgestellt. Chaim Kahan und seine Söhne stammten aus dem jüdischen Ansiedlungsraum des Zarenreichs und entfalteten wirtschaftliche Aktivität in der innovativen Ölbranche. Sie kombinierten „modernes wirtschaftliches und technisches Know-how mit Mobilität, Erfahrungen und soziokulturellem Kapital, Sprach-, Orts- und Menschenkenntnissen“ (S. 117). Kahans Unternehmen expandierte nach Transkaukasien und ins Baltikum, an die Wolga und in die Ostukraine, nach Polen und in die beiden Hauptstädte des späten Zarenreiches. Die Familie als „eine selbstbewusste und hilfsbereite Gemeinschaft“ (S. 463) überlebte im 20. Jahrhundert, indem sie nach der Flucht aus dem revolutionären Russland mehrmals Exil suchte: Berlin, Paris, Lissabon, Palästina und die USA waren ihre (Zwischen)Stationen. Stets fing die Familie nach dem gleichen, noch im Zarenreich erprobten Muster an: „Überall, wo die Kahans hinkamen, mieteten sie eine Wohnung, nahmen eine Köchin und gründeten eine Firma“ (S. 419). Wirtschaftlich wählten sie die Nische der Erfolgreichsten unter den Diskriminierten. Kulturell bewegten sie sich unter Migranten in religiös orthodoxen und zionistischen Kreisen.

Die Autorin organisiert ihre detaillierte und quellennahe Beschreibung der Odyssee der Kahans durch das 20. Jahrhundert entlang der Stationen der Familie oder einzelner Mitglieder. Damit illustriert sie die Aussage Isaac Deutschers „Bäume haben Wurzeln, Juden haben Beine“. Durch 21 Kapitel im Umfang von je 20 Seiten folgen Leserinnen und Leser den Kahans auf ihren Geschäftsreisen durch das Zarenreich und in die Sommerfrischen Mitteleuropas ebenso wie sie deren großbürgerlichen Wohnungen in Berlin, Paris, Tel Aviv und New York besuchen. Eine Symbiose der traditionellen und modernen jüdischen Gemeinschaftlichkeit im familiären Alltag der Kahans machte die Familie einerseits immun gegen den Assimilationsdruck und erlaubte ihr andererseits Wurzeln zu schlagen, dem polnisch-britischen Historiker des Kommunismus widersprechend.

Die Familie hat im Holocaust einen großen Teil ihres Vermögens verloren, überlebte jedoch physisch. Darüber hinaus retteten ihre Angehörigen riesige familiäre Nachlässe: einige Tausende Briefe sowie zahlreiche private und dienstliche Dokumente in fünf Sprachen. Sie bilden eine reiche Grundlage und große Herausforderung für die Rekonstruktion einer Familienchronik.

Verena Dohrn hat eine beeindruckende Archivarbeit geleistet. Sie recherchierte in den Privatarchiven einzelner Nachkommen der Kahans und konnte auf diese Weise die getrennt aufbewahrten Familienkorrespondenzen zusammenfügen. Sie interviewte ein Jahrzehnt lang die letzten Generationen der Familie und arbeitete mit Dokumenten aus staatlichen Archiven in 12 Ländern. Sie be-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

suchte alle Stationen der Reise der Kahans durch das 19. und 20. Jahrhundert im ehemaligen Zarenreich, Europa, Israel und den USA. Sie zog die veröffentlichten Erinnerungen der Kahans und ihrer Zeitgenossen heran sowie gedruckte und digitale Periodika, Lexika und Verzeichnisse (lokal-)historischer Forschungen zur jüdischen Geschichte und Belletristik des 19. und 20. Jahrhunderts.

Diese intensive Recherche gewährleistete nicht nur detaillierte Schilderung der wirtschaftlichen, öffentlichen und familiären Aktivitäten, die die Vorstellungen über das Leben jüdischer Migranten in Deutschland korrigiert, sondern sorgte auch für ein besonderes Narrativ. Die Autorin verknüpft die Vergangenheit mit der Gegenwart und leistet auf diese Weise eine Spurensicherung (Carlo Ginzburg). Von ihr bereiste und besichtigte Orte und Straßen, Häuser sowie familiäre Erinnerungsobjekte schließt sie regelmäßig in ihre Erzählung ein (S. 29, 35, 37, 101–102, 103, 134, 184–185, 187, 208, 280, 332, 335, 394, 406, 407). Die schriftlichen Quellen werden durch Fotografien bereichert, die nicht nur der Illustration dienen (S. 15–167, 223–233, 348–353), sondern auch im Text beschrieben werden und die aus schriftlichen und mündlichen Quellen gewonnenen Informationen und Hypothesen veranschaulichen bzw. unterstützen (S. 81, 88, 122, 177, 210, 211, 249, 255, 282, 320, 330, 336, 361, 363, 368, 412, 464).

Leider muss man bei der Lektüre des Buches konstatieren, dass sich die investierte Arbeit nicht immer auszahlt. Wer vom Buch eine „tiefenscharfe alltagshistorische Forschung in literarischen Formen“ (Stephan Wackwitz: *Warum sich Öl und Bücher gleichen*, in: FAZ, 17.11.2018) erwartet, wird wohl doppelt enttäuscht. Unter geschichtswissenschaftlichem Gesichtspunkt fehlen dem Buch eine klare Fragestellung, ein transparenter Anmerkungsapparat und eine überzeugende theoretische Grundlage. Dem Genre nach ist das Buch eher Familienchronik als die im Untertitel definierte Familienbiografie. Es ist rein chronologisch organisiert und schützt die Leserschaft kaum vor der „biografischen Illusion“ (Pierre Bourdieu). Man findet zwar im Text von Dohrn die für Familienbiografien konstituierenden Informationen über Strategien des Familienerhalts sowie Praktiken der Familienkommunikation. Im Buch werden die Mechanismen der für die Familie existenziellen Entscheidungen und familiäre Konflikte genannt, die Familienkorrespondenz ausgiebig zitiert und Details von der Tischkultur bis zur Organisation von Freizeit und Familienfesten erwähnt. Diese Informationen sind aber im Buch zweitrangig und werden von ausführlicher Wirtschaftsgeschichte und detaillierten Ortsbeschreibungen überlagert. In einem Kapitel über die Geschäftsreisen Chaim Kahans durch das Zarenreich (S. 57–76) wird seine private Korrespondenz an die Familie rein ornamental und ohne Zusammenhang mit dem Autorentext zitiert.

Aus platzökonomischen Gründen hat die Autorin die Endnoten zu jedem Kapitel pauschal nach Quellenarten gruppiert (Archive, Interviews, Veröffentlichungen von Nachfahren der Kahans, Lexikoneinträge, Forschungsliteratur, Erinnerungen und Belletristik, Links). Das führt leider dazu, dass die Quellen der Informationen im Text nicht immer zu identifizieren sind.

Wer von der Lektüre Qualitäten eines Familienromans erwartet, wird feststellen, dass der Text nicht immer mitreißend verfasst ist. Den sehr gut gelungenen Kapiteln über die Flucht aus dem revolutionären Russland (S. 234–256), die Bibliophilie in der Familie (S. 325–347) oder den Familienalltag in Berlin (S. 355–375) stehen die schwer zu rezipierenden Kapitel über die wirtschaftliche Tätigkeit der Kahans in Europa (S. 257–80, 303–324) gegenüber, die Leserinnen und Leser durch ein Dickicht an Ziffern und Namen (in wissenschaftlicher Schreibweise!) fast zu ersticken drohen. Ermüdende Wiederholungen (besonders im Kapitel über das Leben der Kahans in Israel, in dem die Informationen über ökonomische Aktivitäten und Wohltätigkeit in Palästina aus früheren Ka-

piteln konzentriert wiederholt wird, besonders S. 428–435) sind wahrscheinlich in Familienchroniken unvermeidlich. Die langatmigen Absätze sind mitunter schwerfällig und blass formuliert. Das Buch bestätigt die traurige Maxime von Historikern als schlechten Schriftstellern.

Trotz der vorgebrachten Kritik ist Verena Dohrns Studie von geschichtswissenschaftlicher Bedeutung: Sie zeigt das große Potenzial von großbürgerlichen jüdischen Exilfamiliengeschichten für eine kulturgeschichtliche Erforschung der Resistenz europäisch-bürgerlicher Lebensweise gegenüber den Herausforderungen des 20. Jahrhunderts. Leider ist es im vorliegenden Fall nur bedingt gelungen, dieses Potenzial auszuschöpfen.

IGOR' NARSKIJ

Čeljabinsk/Oldenburg

JGO 68, 2020/2, 284–285

Christoph Augustynowicz

Kleine Kulturgeschichte Polens. Vom Mittelalter bis zum 21. Jahrhundert

Wien: Promedia, 2017. 223 S., 30 Abb. ISBN: 978-3-85371-419-5.

Es ist kein einfaches Unterfangen, auf gut 200 Druckseiten eine Kulturgeschichte Polens zu schreiben – auch wenn sie sich nur mit dem Adjektiv „klein“ schmückt. Unter „Kultur“ versteht Augustynowicz dabei explizit nur die Ausdrucksformen der Hochkultur (Architektur, Literatur, Musik, bildende Künste, Wissenschaften). Er sichert sich damit, durchaus berechtigt, gegenüber allzu weitreichenden Erwartungen an sein Werk ab, weil der Begriff „Kultur“ heute vielfach in breiterem Sinne verstanden wird. Allerdings spielt die Literatur in seiner Kulturgeschichte weitaus die wichtigste Rolle.

Ein Verdienst der Kulturgeschichte Polens von Augustynowicz, Professor am Institut für Ost-europäische Geschichte der Universität Wien, besteht darin, dass sie für die Zeit vor dem 19. Jahrhundert die vielseitigen kulturellen Verflechtungen Polen-Litauens zu unterstreichen versucht. So werden nicht nur die kulturellen Bezüge und Einflussvektoren aus dem westlich-lateinischen, sondern auch aus dem ostslawisch-byzantinischen und osmanischen Kulturraum angedeutet. Auch regionale Unterschiede spricht der Autor immer wieder an, ohne allerdings – wie zumeist – über eine kurze Referenz an das Thema tiefer vorzudringen. Ein besonderes Augenmerk verspricht er zudem der jüdischen Kultur zu widmen. Sein Werk entgeht allerdings trotzdem nicht der Gefahr einer auf Westeuropa zentrierten Perspektivierung, so dass Augustynowicz die Kulturgeschichte Polens vielfach entlang dem Schema einer gegenüber dem westlichen Europa nachholenden Entwicklung misst und beschreibt.

Der Gang durch die Kulturgeschichte Polens bleibt auf solch gedrängtem Raume inhaltlich kursorisch. Über weite Strecken beschränkt sich die Darstellung darauf, die für die Entwicklung der Kultur Polens bedeutenden Namen aufzuzählen. Den größten Teil seines Büchleins – rund 80 Seiten – überlässt Augustynowicz Ausführungen über das „lange 19. Jahrhundert“. Auch hier dominiert das Namedropping, hin und wieder durchbrochen von längeren Inhaltsangaben zu einzelnen literarischen Werken, die Augustynowicz als „signifikant“, „nachhaltig“ und „hervorzuheben“ wert

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

erscheinen – bei diesen Attributen handelt es sich übrigens um veritable Wiedergänger im Text. Auch Augustynowicz's Werkinterpretationen sind nicht zwingend erhellend, so zum Beispiel seine Ausführungen zu *Lalka* von Bolesław Prus: „Charakteristika sind die Motive von Armut bei gleichzeitiger adeliger Abstammung, des Emporarbeitens auf der sozialen Leiter, sowie schließlich der Fall über die Maßgaben der tonangebenden Aristokratie und die Markierung und das Scheitern als Emporkömmling“ (S. 103).

Wer mit der polnischen Kulturgeschichte nicht bereits vertraut ist, wird sich generell im mangelhaft durchdachten und entsprechend strukturierten Text verlieren. Weder durchdringt der Autor die mannigfaltige Materie inhaltlich, noch bietet er durch eine sprachlich klare Diktion Orientierung. Das Unvermögen, halbfertige, unausgegorene, vermeintlich akademisch hochfliegende Gedanken in eine verständliche Sprache zu setzen – das heißt zu Ende zu denken und dem gemäß zu formulieren – ist ärgerlich, wobei das natürlich nur zwei Seiten derselben Medaille sind.

Man gewinnt nicht den Eindruck, Augustynowicz sei für diese Arbeit tiefer in die Materie eingedrungen. Das Werk erinnert vielmehr stellenweise an einen Zusammensatz von schnell hingeworfenen Notizen. Den Eindruck einer gewissen Oberflächlichkeit bestätigt auch der Blick ins Literaturverzeichnis. Dieses führt einige wenige Standardwerke zur allgemeinen polnischen Geschichte auf (darunter auch polnischsprachige), einige eher zufällige Fachbeiträge, dafür aber immerhin drei, thematisch allerdings für das Thema des Buches völlig insulare, aber entlarvende Wikipedia-Artikel sowie je einen Weblink zum Museum für moderne Kunst in Warschau und zum Festival Jarocin (sic!). Dort vergeblich suchen wird man aber beispielsweise das Standardwerk *Panorama der polnischen Literatur des 20. Jahrhunderts* von Karl Dedecius. Den wenigen Fußnoten nach zu urteilen, liegt den Ausführungen des Autors nicht mehr als eine Handvoll von Werken zugrunde.

Sprachlich bereitet die Lektüre des Bändchens – es wurde bereits thematisiert – Mühe. Vielfach muss ein Satz mehrmals durchgelesen werden, bis sich der Sinn und die Aussageabsichten des Autors erahnen lassen. Teils erscheint die Sprache schlicht missglückt: Wie muss man sich „die Umwandlung der Städte von hölzernen zu steinernen Gebäuden“ unter Kasimir dem Großen genau vorstellen (S. 22)? Was bedeuten „eine Reihe semiliturgischer Volksmusik“ (S. 26) oder „maximale Authentizität hin zu den Fakten“ (S. 210) genau? Das Wort „Monumentalisierung“ (S. 67) findet man selbst im Internet-Universum von Google, das sonst fast alles bereithält, nicht. Hin und wieder bringt die verunglückte Sprache immerhin – unfreiwillig – Komisches hervor: „Auch der 100. Geburtstag von Mickiewicz 1898 wurde landesweit gefeiert; 1909 benannte man das Stadttheater von Krakau zu dessen 100. Geburtstag in Slowacki-Theater um“ (S. 120). Oder: „gerade die industrialisierten Möglichkeiten zur Wohnraumherstellung gaben den Bauherren auch die Möglichkeit zur billigen bis mangelhaften Arbeit“ (S. 111). Oder bei der Beschreibung des Hauptwerks Tadeusz Konwickis als „Tag im Leben eines Menschen, der sich zur Selbstverbrennung vor dem Warschauer Kulturpalast entschließt, wo zwar gerade der Parteitag abgehalten wird, der in der Erzählung aber bereits zu Trümmern zerfallen ist“ (S. 186). Die Beispiele ließen sich (leider) mit Belegen von jeder Druckseite vermehren. Offensichtlich hat der Verlag dem Bändchen nicht einmal den flüchtigsten Blick eines Lektorats gegönnt. Weder inhaltlich noch sprachlich vermag also diese Kulturgeschichte zu überzeugen.

CHRISTOPHE VON WERDT
Bern

JGO 68, 2020/2, 286–287

Stefan Plaggenborg

Pravda. Gerechtigkeit, Herrschaft und sakrale Ordnung in Altrussland

Paderborn: Fink, 2018. IX, 395 S. ISBN: 978-3-7705-5480-5.

Wer sich mit der Geschichte der Rus', des Moskauer oder des Russländischen Reiches befasst, ist immer wieder damit konfrontiert, dass eine Reihe von Begriffen und Konzepten, deren Anwendung in einem zentral- oder westeuropäischen Kontext keine Probleme bereitet, auf Russland kaum übertragbar ist. Zwei solcher Begriffe – Staat und Gesellschaft – benutzt Stefan Plaggenborg, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum, als Ausgangspunkt für seine neue Monografie. Sie ist der von der Forschung bislang kaum beachteten *pravda* gewidmet.

Heute nur mehr ein Synonym zu *istina* (Wahrheit), besaß *pravda* vor dem 18. Jahrhundert eine sehr weite Bedeutung. Diese umfasste „Gerechtigkeit, Wahrheit, Weisheit, die Wahrheit zu erkennen, gerechtes Handeln, Recht, und den sinnhaften Bestand dieser Welt“ (S. 4). Das Buch ging aus dem Forschungsprojekt *Kulturen der Gerechtigkeit. Normative Diskurse im Transfer zwischen Westeuropa und Russland* hervor. Gerechtigkeitsvorstellungen bilden aus diesem Grund den roten Faden. Infolge der zahlreichen Bedeutungsschattierungen von *pravda* ist der Fokus der Untersuchung jedoch so breit, dass der Autor unter anderem auch Überlegungen dazu anstellt, wie der Staat geschichtswissenschaftlich zu fassen ist, wenn, wie in Altrussland, kein Begriff dafür existierte und auch keine anders bezeichnete exakte Entsprechung (S. 1–6).

Die sechs chronologisch angeordneten Kapitel decken den Zeitraum vom 11. bis zum 17. Jahrhundert ab und basieren jeweils auf der Analyse mindestens einer Quelle. Dabei zeigt sich immer deutlicher, was *pravda* meinte und welche Konsequenzen sich daraus ergaben: *Pravda* stand für die von Gott gestiftete, bestmögliche Ordnung der Welt. Diese galt nicht als künftiges Ziel, sondern als Zustand in der Gegenwart, den es zu bewahren galt. Dem Herrscher wurde eine größere Nähe zu Gott zugestanden als seinen Untertanen. Deshalb war er Garant dieser Ordnung und die irdische Gesellschaft ganz auf ihn ausgerichtet. Sich dem Herrscher widerspruchslos zu fügen und den eigenen Platz in der Hierarchie zu akzeptieren, diente dem Erhalt von *pravda*. Diese Sichtweise verhinderte lange die Entwicklung eines Widerstandsrechts ebenso wie das Auseinandertreten von Herrscher und Gesellschaft auf der einen Seite und von Herrscher und Staat auf der anderen. Erst mit der Zeit der Wirren zu Beginn des 17. Jahrhunderts verbreitete sich unter der Bevölkerung des Moskauer Reiches die Ansicht, dass die bestehende Ordnung – einschließlich des Zaren – mitnichten gottgewollt, sondern auf menschliche Fehler zurückzuführen sei. Ab diesem Zeitpunkt verlor *pravda* zusehends an Bedeutung und spielte ab der Mitte des 17. Jahrhunderts auch für das Selbstverständnis des Herrschers keine Rolle mehr.

Bedingt durch die breite Bedeutung von *pravda* behandelt der Autor sehr viele verschiedene Themen, die sich unter den Begriff subsumieren lassen, aber auch eigenständige Forschungsfelder sein können. Die Bewertung der Monografie verändert sich abhängig davon, ob sich ein Leser/eine Leserin mehr für eines der Einzelthemen interessiert oder für die darauf aufbauenden Schlussfolgerungen zu *pravda* und Gerechtigkeitsvorstellungen.

Mehrheitlich werden geläufige Quellentexte analysiert (wie das *Slovo o zakone i blagodati* [Predigt über Gesetz und Gnade] des Metropoliten Ilarion, der Briefwechsel zwischen Andrej Kurbskij

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

und Ivan IV. oder das *Skazanie* [Erzählung] von Avraamij Palicyn) und bekannte Forschungsprobleme aufgegriffen – unter anderem der byzantinische Einfluss auf die Rus' und das Moskauer Reich, die Sakralisierung bzw. Nicht-Sakralisierung des Zaren oder Erklärungen für die *opričnina* Ivans IV. Nicht alle Einzelthemen werden mit der erforderlichen Ausführlichkeit behandelt; beispielsweise fehlt eine explizite Stellungnahme, ob der Briefwechsel zwischen Kurbskij und Ivan IV. als authentisch oder als Fälschung zu behandeln sei. Nicht alle Erkenntnisse erweisen sich als neu. Mehrere ältere Publikationen kommen in Hinblick auf Herrscherbild und Gesellschaftsordnung im untersuchten Zeitraum zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie der Autor, ohne sich auf *pravda* zu beziehen.

Die Fokussierung auf *pravda* eröffnet eine neue und bereichernde Perspektive auf Altbekanntes. Der Autor verfasst nicht nur eine Geschichte der Gerechtigkeitsvorstellungen vor dem 18. Jahrhundert, sondern demontiert auch mit spitzer Feder gängige Forschungsmeinungen. Zum Beispiel entlarvt er das viel diskutierte Idealbild vom „guten Zaren“ als „Legende der Historiker“ (S. 311). Beides hat fraglos das Potenzial, neue Forschungen anzustoßen und ältere Debatten wiederzubeleben. Insofern fällt die stellenweise fehlende Synthese, die der Autor im Vorwort selbst eingesteht (S. VIII), nicht ins Gewicht. Der große Wert des Buches besteht darin, in verschiedene Richtungen anschlussfähig zu sein.

Neue Erkenntnisse könnten sich etwa aus einer Untersuchung ergeben, wie die mit *pravda* verbundenen Vorstellungen im 17. und 18. Jahrhundert wirksam blieben, als sie für die Selbstdarstellung der Zaren respektive der Kaiser und Kaiserinnen keine Rolle mehr spielten, aber im Herrscherbild der Bevölkerung weiterhin präsent waren. Die Aufstände des 17. Jahrhunderts sind eine Folge der – ausführlich behandelten – Diskrepanz zwischen dem von oben vorgegebenen Herrscherbild und dem der breiten Bevölkerung (S. 283–307). Zu verweisen wäre außerdem auf den Zusammenhang zwischen dem Bedeutungsverlust von *pravda* und dem Aufkommen von *samozvanstvo* – der Aneignung einer fremden (Herrscher-)Identität (S. 276) – sowie auf die Bedeutung eines von *pravda* geprägten Herrscherbilds für das *samozvanstvo*.

Wer zu Gerechtigkeitsvorstellungen, zur allgemeinen Geschichte der Rus' bzw. des Moskauer Reiches im Untersuchungszeitraum oder zu einem der mit *pravda* verbundenen Themen forscht, ist gut beraten, sich mit dem hier rezensierten Werk auseinanderzusetzen.

DANIELA MATHUBER

Regensburg

JGO 68, 2020/2, 287–290

Handbuch zur Geschichte der Kunst in Ostmitteleuropa. Bd. 1: 400–1000. Vom spätantiken Erbe zu den Anfängen der Romanik

Hrsg. von Christian Lübke und Matthias Hardt. Berlin: Dt. Kunstverlag, 2017. 650 S., 600 Abb. ISBN: 978-3-422-06958-9.

Handbücher und Corpusbände stellen besonders in den sich dem kulturellen Erbe widmenden Fächern Archäologie und Kunstgeschichte seit jeher ein zentrales Instrumentarium dar. Schließ-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

lich tragen sie wesentlich zur Kenntnis der Bestände, Denkmäler sowie Architekturen bei und sind dementsprechend für die Grundlagenforschung essentiell. Allerdings sind selbst diejenigen Vorhaben, die sich dezidiert mit einer spezifischen Region und Zeit auseinandersetzen, dazu angehalten, nicht nur die materielle Überlieferung zusammenzubringen und kritisch zu beschreiben, als vielmehr der allgemein kursierenden „Forderung nach Aktualität und Effizienz“ (Wolfgang Augustyn: *Langer Atem oder Langatmigkeit? Zu wissenschaftlichen Großprojekten in der Kunstgeschichte*, in: ders. (Hg.): *Corpus – Inventar – Katalog. Beispiele für Forschung und Dokumentation zur materiellen Überlieferung der Künste*. München 2015, S. 7–12, hier S. 7) nachzukommen. Dies umfasst vor allem die Entwicklung geeigneter Methoden und neuer Thesen sowie die Beleuchtung historiographischer Kontexte.

In Bezug auf die voraussetzungsvolle Beschäftigung mit der weitläufigen und historisch komplexen Region „Ostmitteleuropa“ werden in Deutschland momentan zwei recht unterschiedliche kunsthistorische Projekte realisiert: Neben dem in deutscher sowie polnischer Sprache erscheinenden *Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen* des Herder-Instituts für historische Ostmitteleuropaforschung (Institut der Leibniz-Gemeinschaft), das bereits einen Band zu Schlesien veröffentlichte (Ernst Badstübner, Dietmar Popp, Andrzej Tomaszewski et al. (Hg.): *Dehio-Handbuch der Kunstdenkmäler in Polen. Schlesien*. München 2005) und derzeit einen weiteren zu Nordpolen vorbereitet, strebt das Leibniz-Institut für Geschichte und Kultur des östlichen Europa (GWZO) die Publikation eines neunbändigen *Handbuches zur Geschichte der Kunst in Ostmitteleuropa* an. Der erste Band *400–1000. Vom spätantiken Erbe zu den Anfängen der Romanik* ist bereits 2017 erschienen.

Die Unterschiede könnten deutlicher nicht sein. Im Gegensatz zur Dehio-Tradition mit einer detailreichen und gleichzeitig kompakten Darstellung der Denkmäler auf einem sehr viel kleineren geographischen Gebiet (im Band zu Schlesien werden auf 1300 Seiten 2500 Werke in 1200 Orten behandelt), versteht sich das neue Handbuch eher als eine Einführung und adressiert ostentativ eine breitere Öffentlichkeit (S. 12). Dies funktioniert – wie schon der erste Blick in den Band offenbart – allein aufgrund der vielzähligen, qualitätsvollen Farabbildungen auf teilweise ganzseitigen Tafeln, die die feine Bearbeitung der Objekte und die Pracht der verwendeten Materialien wie Gold und Edelsteine verdeutlichen. Doch ein Bildband ist das Handbuch keineswegs. Vielmehr wird die Präsentation der exemplarisch ausgewählten Objekte mit weiteren Vorgehensweisen hinsichtlich der Publikation von Handbüchern spannungsvoll miteinander kombiniert. Man merkt, wie reflektiert hier vorgegangen wurde.

Auffällig ist zunächst die Gliederung: Nach einer etwa 50-seitigen Einführung in die Reihe mit drei Beiträgen (JIRÍ FAJT, WILFRIED FRANZEN), einem allgemeinen, sehr gut nachvollziehbaren Umriss der „Geschichtsregion“ Ostmitteleuropa (CHRISTIAN LÜBKE) und den Spezifika der Kunstgeschichtsschreibung in und über Ostmitteleuropa (Jirí Fajt, Wilfried Franzen, ADAM S. LABUDA) finden die Leserinnen und Leser eine Einführung in den vorliegenden Band. Diese widmet sich vornehmlich den historischen, politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Entstehung und Rezeption von Kunstwerken (Christian Lübke) und stellt eine aufschlussreiche Zeitleiste wie auch fünf großartige Karten der Orte sowie Fundplätze zur Verfügung. In die Tiefe gehen in den anschließenden drei Kapiteln „Die Transformation der römischen Welt“, „Gentile Identitäten und ihre künstlerischen Ausdrucksformen“ sowie „Die Kunst der frühen Missionszeit“ die einzelnen Aufsätze, welche von unterschiedlichen Autorinnen und Autoren aus Deutschland und Österreich, Polen, Tschechien und Ungarn verfasst wurden. Die Hälfte des Bandes nehmen

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

aber ein dezidierter Katalog mit knapp 300 Beschreibungen und Kurzanalysen der bereits erwähnten (sowie weiteren wichtigen) Objekte ein wie auch drei zu den jeweiligen Kapiteln gehörende Tafelteile. Den Abschluss bildet ein Anhang mit einem Glossar, zwei wertvollen Personen-, Orts- und Objektregistern sowie einem Literaturverzeichnis.

Mehrere Besonderheiten lassen sich bereits zum Katalog anführen. Ganz allgemein ist anzumerken, dass der Band nicht – wie sonst in kunsthistorischen Überblickswerken üblich – mit der Kunst und Kultur unter Karl dem Großen beginnt, sondern bereits in der Zeit um 400 ansetzt. So wird u. a. das Narrativ vom „Beginn“ der nachantiken Kunst mit der sogenannten „karolingischen Renaissance“ erfreulicherweise aufgebrochen. Auch lag bei der Auswahl der Objekte nicht die Konzentration auf der Trias Architektur, Skulptur und Malerei bzw. Handschriften, vielmehr wurden mobile Artefakte in den Vordergrund gestellt, die trotz ihrer hohen Bearbeitungsqualität und ihrem Materialwert häufig ein kunsthistorisches Schattendasein fristen oder gar (noch immer) pejorativ als „dekorative Künste“ behandelt werden.

Dabei veranschaulichen gerade die in Ostmitteleuropa aufgefundenen Objekte eine Vielfalt an Formen und Motiven sowie eine Vielschichtigkeit von Bedeutungen und Funktionen. Das aus Byzanz und dem Sassanidenreich, dem Norden und dem Westen Europas stammende Repertoire reicht nämlich von Kameefragmenten aus Kusadak (Nr. 3) und Pferdegeschirrbeschlägen aus Jakuszowice (Nr. 34), Fibeln aus Szolnok-Szanda (Nr. 67) und dem berühmten Schatz von Nagyszéplőkő (Nr. 127–131) über Glasfensterbruchstücke aus Zalavár (Nr. 182) hin zum Becher von Włocławek (Nr. 193). Selbst ein künstlich deformierter Schädel (Nr. 49) wurde in den Katalog aufgenommen. Somit wird „Kunst“ sehr weitläufig und heterogen definiert. Vermutlich hatten die geisteswissenschaftlichen Diskurse um „Materielle Kultur“ und Materialität der letzten Jahre daran einen bemerkenswerten Anteil.

Die Beachtung nicht nur der in Ostmitteleuropa hergestellten, sondern auch der dort archäologisch geborgenen Objekte aus anderen Regionen löst eine wichtige und weiterführende Verschiebung in der methodischen Herangehensweise aus. Somit werden induktiv von den Objekten ausgehende Fragen nach Migration und damit verbunden der transkulturellen Verflechtungsgeschichte gestellt. Das wird schon in der Einleitung bewusst reflektiert, wenn als Orientierung das Konzept des „Kulturtransfers“ angeführt wird (S. 12), bei dem weniger die Produktions- als vielmehr die Rezeptionsprozesse zentral sind. Daher verwundert auch nicht, dass Kultur hier sehr dynamisch aufgefasst wird. Zum Ausdruck kommt dies übrigens schon im Titel des Bandes, in dem das „spätantike Erbe“ und die „Anfänge der Romanik“ betont werden.

Diese Dynamiken und vor allem das Negieren einer linearen Erzählung werden aber auch in den einzelnen Beiträgen weiter ausgearbeitet. Außergewöhnlich ist bereits der erste Aufsatz im ersten Kapitel zu den „Nachwirkungen der Antike. Das Erbe Roms in der Völkerwanderungszeit“ von ORSOLYA HEINRICH-TAMÁSKA. Dieser hebt nämlich stilistische Entwicklungen (Tierornamentik, Stempel- und Punzstil, Polychromie) hervor (S. 105 ff.) und ordnet sie in größere Kontexte ein. Im Beitrag „Das Erbe der Reiternomaden. Kunst und Kunsthandwerk im europäischen Hunnenreich“ von DIETER QUAST im zweiten Teil werden die Objekte u. a. mit Ritualen und Schönheitsidealen (S. 135 ff.) verknüpft, während im letzten Abschnitt zu „Schmuck der Westslaven. Repräsentationsformen der neuen Eliten im 10. Jahrhundert“ von HANNA KÓČKA-KRENZ die Werke als Zeugnisse der Elitenbildung verstanden werden. Vor allem aber gehen die Autorinnen und Autoren in den einzelnen Ausführungen streng von den Objekten bzw. ihren Typen, den Denkmälern und den Ar-

chitekturen aus und vertiefen somit nur diejenigen Themen, die sich tatsächlich aus der Überlieferung heraus rekonstruieren lassen. Dementsprechend sind die Untersuchungen zwar exemplarisch zusammengestellt, doch ergänzen sie sich gut und vermögen trotz des weitläufigen geographischen Raumes – von Estland über Polen und Ungarn bis nach Serbien – und des Zeitraumes von sechs Jahrhunderten ein stringentes Bild nachzuzeichnen.

Der Band trägt somit dazu bei, dass die in Deutschland bisher nur kärglich bekannten, geschweige denn diskutierten Werke trotz ihrer frühen Datierung auch in der kunsthistorischen Forschung wahrgenommen werden. Auch verdeutlicht er, dass Handbücher und Corpusbände mit dem Fokus auf Objekte im Katalog und den Beiträgen eines ganzen Autorenteams den aktuellen wissenschaftlichen, methodischen Ansprüchen genügen und gleichzeitig auch für die breite Öffentlichkeit verständlich sein können. Die Freude auf den zweiten Band der Reihe ist jetzt schon groß.

JOANNA OLCHAWA
Frankfurt am Main

JGO 68, 2020/2, 290–291

Igor Fedyukin

The Enterprisers. The Politics of School in Early Modern Russia

Oxford, New York: Oxford University Press, 2019. XI, 316 S., Abb.

ISBN: 978-0-19-084500-1.

Igor Fedyukin verknüpft in seinem ausgesprochen dicht und klug geschriebenen Buch verschiedene Themen miteinander. Die zentrale Frage nach der Entwicklung des Schulwesens in der Zeit Peters I. schafft zwangsläufig eine Verbindung zum Untersuchungsgegenstand der Reformen im frühen 18. Jahrhundert, zum Staatsverständnis und zur Bedeutung der orthodoxen Kirche ebenso wie der pietistischen Einflüsse. Vor allem aber fragt Fedyukin nach den Akteuren des Wandels, nach ihren Möglichkeiten, Interessen und Strategien. Damit steht die häufig fast reflexhaft angenommene Position Peters als zentraler Akteur und Initiator der stets so selbstverständlich als „petrinisch“ etikettierten Reformen zur Disposition, was eine spannende Ausgangsposition für die Fragestellungen und Analysen des Buches liefert.

Fedyukin beginnt sein Buch mit einer Szene auf dem Roten Platz im Jahr 1691: Hier wurde der Mönch Silvestr Medvedev mehr als ein Jahr später geköpft, nachdem er wegen Verschwörung gegen den Zaren Peter I. verurteilt worden war. Ebendieser Medvedev hatte zehn Jahre zuvor mit dem *Privilej na Akademiju* den ersten Entwurf für ein Schulstatut im Moskauer Reich verfasst. Dies hatte er zunächst an den Zaren Fedor gerichtet, später an die Regentin Sophia. Diese Geschichte dient Fedyukin, sein Grundinteresse und seine These eindrücklich zu illustrieren: Ganz offenbar konnten Medvedevs „modernisierende“ Ambitionen ihn nicht vor der Hinrichtung als Verräter schützen. Die Klassifizierung der verschiedenen Hofparteien als „fortschrittlich“ einerseits und „konservativ“ andererseits bildet die Strukturen und Konflikte innerhalb der Elite nicht treffend ab. Für ein besseres Verständnis der Politik – und damit auch der petrinischen Reformen – müssen wir die Brille

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries
of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming
as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

zumindest für einen Moment absetzen und auf politische Interessen, Netzwerke und Statusfragen schauen.

In einer ausführlichen Einleitung und dem ersten Kapitel greift der Autor die Debatte um den zäsurhaften Charakter der Regierung Peters auf und entfaltet diese am Beispiel von Bildung und Schulwesen. Als entscheidend erweist sich eine Historisierung des Konzeptes Schule: Im Moskauer Reich wurde nicht in systematisch organisierten Schulen gelernt, sondern in individuell gestalteten Beziehungen zwischen Meister und Lehrling/Schüler. Dieser „Werkstattcharakter“ des Lernens blieb auch erhalten, nachdem Peter ein für Russland neues Interesse an einem Schulwesen entwickelte und das traditionelle Misstrauen der orthodoxen Kirche gegenüber individuellen wie institutionalisierten Bemühungen und Bildung abbaute. So kann von einem fundamentalen Wandel während der petrinischen Zeit nicht die Rede sein. Das Grundverständnis von Schule als individuell und damit auch ad-hoc durch den jeweiligen Lehrer gestalteter Lernort dauerte an, ebenso die Konzentration auf praktische Fähigkeiten. Feste und zentral gelenkte Lernpläne, didaktische Reflexionen oder auf lange Sicht angelegte Institutionen sind auch in den unter Peter entstandenen Schulen nicht zu finden.

Direkt damit zusammenhängend macht Fedyukin auf eine wichtige Ambivalenz in Peters Interesse an Schulen aufmerksam: Auf der einen Seite legte Peter – dies ist keine neue Feststellung – in klassisch frühmoderner Manier großen Wert auf die Entstehung neuer Schulen und bemühte sich, eine möglichst große Zahl an Schülern zu rekrutieren. Zugleich aber hatte sein Interesse doch auch Grenzen. Der Staat stellte Geld und Ressourcen bereit, ließ aber vieles offen: Wie sollte gelehrt werden, was sollte gelehrt werden, und wie genau sollten die Institutionen aussehen? Diese Kombination aus zielorientierter Aufmerksamkeit einerseits und offener Politik andererseits schuf die Voraussetzung dafür, dass die Sphäre der Bildung zu einem Tummelplatz für unterschiedlichste Akteure – der titelgebenden Enterprisers – wurde und aus Sicht Fedyukins damit zum perfekten Untersuchungsobjekt für Netzwerke, Interessen, Karriereplanung und Dynamiken am petrinischen Hof. Dieses Panorama beschreibt Fedyukin anhand sehr unterschiedlicher Akteure, zu denen neben dem bereits erwähnten Mönch Silvestr auch westliche Experten wie der Mathematiker Henri Farquharson, der Parvenü Joseph de Saint-Hilaire sowie Mitglieder der russischen Elite wie die Brüder Aleksandr und Ivan Naryškin gehörten. Die Untersuchung erstreckt sich dabei von Peters Regierungszeit über die Epochen Katharinas I. und Annas hinaus und wirft einen perspektivischen Blick auf die deutlich zielorientiertere Bildungspolitik Katharinas II.

Eine solche Perspektive stellt die eher abstrakte und letztlich teleologische Vorstellung von einem Prozess der „Modernisierung“ oder „Verwestlichung“ ebenso in Frage wie das trotz zahlreicher Problematisierungsansätze doch nach wie vor dominante Bild vom entschlossenen individuellen Reformen Peter dem Großen. Dabei legt der Autor keine neue Meistererzählung für die Geschichte Russlands vor und bleibt dem Konzept der Modernisierung, Rationalisierung und Bürokratisierung treu. Was Feduykin jedoch anbietet, ist eine überzeugende und faszinierende Konkretisierung des Geschehens, ein Aufbrechen der großen Entwicklungen in zahlreiche „building blocks“ (S. 3) des Gebäudes einer sich modernisierenden Gesellschaft. Bildung, so wird deutlich, ist nicht nur das Resultat neuer Ideen – die Umsetzung hängt von zahlreichen individuellen Schritten ab.

MARTINA WINKLER

Kiel

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

JGO 68, 2020/2, 292–294

Dorothea Biersack

Der hygienische Imperativ. Gesundheitsversorgung und -aufklärung der Muslime des ausgehenden Zarenreichs (1864–1917)

Wiesbaden: Reichert, 2017. XI, 261 S., 15 Abb. = Iran – Turan, 17.

ISBN: 978-3-95490-294-1.

Wer sich mit der Geschichte der Medikalisierung im Russischen Reich beschäftigt, richtet seinen Blick in der Regel entweder auf staatliche Akteure und deren Implementierungsstrategien, einzelne Institutionen oder die Mediziner als professionelle Gruppe. Die Rezipienten medizinischer Maßnahmen – etwa Krankenhauspatienten, privates Klientel der Ärzte oder auch Leser der medizinischen Ratgeberliteratur – sind dagegen für Historiker sehr viel schwieriger greifbar: Die Überlieferung ist häufig spärlich und gesteht meistens lediglich den Akteuren des staatlichen Medizinwesens eine aktive Rolle im medizinischen Alltag zu. Dabei spielten unterschiedliche lokale und soziale medikale Kulturen eine wichtige Rolle für die Implementierung staatlicher Vorhaben.

In ihrer an der Humboldt-Universität entstandenen Dissertation, die nun in einer gekürzten und überarbeiteten Fassung vorliegt, nimmt Dorothea Biersack die Muslime der Wolga-Ural-Region in den letzten Jahrzehnten des Zarenreichs in den Blick. Dabei erscheint die neben Juden größte nichtchristliche Bevölkerungsgruppe des Russischen Reiches nicht als ein passives Objekt der staatlichen Medizinpolitik. Biersack bemüht sich darum, die aktive Rolle von Muslimen im Bereich der Medizin zu erarbeiten.

Das Fallbeispiel ist aus zwei Gründen überzeugend gewählt: Zum einen lebte die muslimische Bevölkerung weitgehend abgeschottet von den Christen und war unter anderem durch eine eigene Gerichtsbarkeit dem Zugriff der imperialen Administration ein Stück weit mehr entzogen als andere Bevölkerungsgruppen. Zum anderen wurde die Kommunikation zwischen Vertretern des Medizinwesens und der Bevölkerung im Fall der Baschkiren und Tataren zu einem großen Teil durch die Scharia und die fünf Säulen des Islam bestimmt: etwa das Verbot, weibliche Kranke von einem männlichen Arzt untersuchen zu lassen, Pilgerfahrten nach Mekka oder auch das Gebot der Unversehrtheit des menschlichen Körpers, das sowohl durch Leichenobduktionen als auch durch die Pockenschutzimpfung herausgefordert wurde. Damit leistet Biersack nicht nur einen Beitrag zur Medizingeschichte des Zarenreichs, sondern tangiert auch das zentrale Feld der russischen Imperialgeschichte: die Frage nach der Rolle der unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen im imperialen Gefüge sowie nach dem Umgang der Staatsmacht mit ihnen.

Mithilfe von Archivmaterial aus Kazan, Ufa und Orenburg rekonstruiert die Studie die staatliche Medizinpolitik gegenüber Tataren und Baschkiren und fragt nach Besonderheiten im Vergleich zur christlichen Bevölkerung. Auf der Grundlage von publizistischen Quellen, Arztberichten und rechtstheologischen Gutachten untersucht Biersack, wie eine traditionale Gesellschaft mit den Erwartungen und Anforderungen umging, die an sie in Form der staatlichen Medikalisierung von außen herangetragen wurden. Die Hygienebewegung fungiert dabei als „Bindeglied zwischen naturwissenschaftlicher Medizin und Alltag“ (S. 2). Diese Quellengrundlage lässt naturgemäß vor allem Vertreter muslimischer Eliten zu Wort kommen – ein Problem, mit dem die Autorin offen umgeht.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Biersacks Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die imperiale Staatsgewalt im späten Zarenreich nur so weit an der Medikalisierung der Muslime interessiert war, wie sie diese als Herrschaftsinstrument einsetzen konnte. Eine tiefgreifende medizinische Volksaufklärung der Muslime sei kein Ziel der staatlichen Medizinalpolitik gewesen. Die allgemeine Medizinalpolitik sei auch nicht an spezifische Bedürfnisse der muslimischen Bevölkerung angepasst worden. Die unterschiedlichen ethnischen Gruppen seien entsprechend ihrer jeweiligen Rolle, die ihnen im imperialen Gefüge zugeschrieben wurde, medikalisiert worden. Solange Baschkiren in ihrer Wehrfunktion gegen Nomaden geschätzt wurden, existierten in Orenburg muslimische Gesundheitseinrichtungen. Als die Wehrfähigkeit der Baschkiren und damit ihr Gesundheitszustand für imperiale Strukturen im Zuge der weiteren territorialen Expansion an Bedeutung verloren, verschwanden auch baschkirische Krankenhäuser, Feldscherer und Ärzte. Hier habe – in Biersacks Worten – sogar eine „Demedikalisierung“ (S. 15, 81) stattgefunden.

Im Gegensatz zu den Baschkiren seien die Tataren nicht einmal temporär in den Genuss einer gesonderten Förderung im medizinischen Bereich gekommen. Geeint waren die beiden muslimischen Ethnien – so wird man Biersacks Befund zuspitzen dürfen – am ehesten als Zielgruppe diskriminierender Maßnahmen. Besonders deutlich wird dies an den als erniedrigend empfundenen Quarantänebestimmungen für Pilger, die aus Mekka zurückkehrten.

Der Blick auf die Debatten innerhalb muslimischer Gemeinschaften löst die Vorstellung von einer starren Opposition zwischen der akademischen Medizin und dem Islam auf. Zum einen seien einzelne Maßnahmen der akademischen Medizin – etwa die Einnahme alkoholhaltiger Arzneimittel – wiederholt von den islamischen Rechtsgelehrten diskutiert worden. Zum anderen hätten sich die muslimischen Eliten mitnichten geschlossen der Hygienebewegung entgegengestellt. Vielmehr habe gerade das islamische Gebot der Mäßigkeit als Grundlage für die Annahme zahlreicher Hygienemaßnahmen unter reformorientierten Muslimen fungiert. Auch das im islamischen Recht begründete Verbot für Frauen, sich von männlichen Ärzten untersuchen und behandeln zu lassen, beschleunigte laut Biersack die Zulassung von Frauen zum Medizinstudium.

Biersack ist immer wieder bemüht, die Befunde ihrer Studie in einen breiteren Kontext zu stellen. So kontrastiert sie die in russlandmuslimischen Periodika geführten Debatten mit den zeitgenössischen Diskussionen in der westeuropäischen und russischen Presse. Die Reaktionen von Tataren und Baschkiren auf bestimmte medizinalpolitische Maßnahmen, etwa die verbreitete Ablehnung der Pockenimpfung, sieht Biersack nicht immer in der islamisch geprägten medikalen Kultur begründet. Damit entgeht sie der Falle, in jeglichem Konflikt eine Front zwischen den Repräsentanten eines christlichen und russischsprachigen Staates auf der einen und einer muslimischen und turksprachigen Bevölkerung auf der anderen Seite zu sehen. Gleichzeitig versucht die Autorin, trotz schwieriger Quellenlage auch zwischen den Stadtbewohnern und der Landbevölkerung zu differenzieren. Dabei zeigt sich, dass die ländliche Bevölkerung mitnichten das Klischee der fleischgewordenen Neuerungsfeindlichkeit bestätigt. So hätten die Muslime im *Gouvernement Kazan* zwar ein gespanntes Verhältnis zu den Ärzten gezeigt, medizinische Ambulanzen aber durchaus genutzt. Diese Beobachtungen ließen sich wiederum für weitere Untersuchungen von Reaktionen russischsprachiger und christlicher Bevölkerungsgruppen auf Medikalisierungsmaßnahmen fruchtbar machen.

Eine etwas weniger kleinteilige Gliederung hätte das Buch übersichtlicher gemacht und eine gründliche letzte Fahnenkorrektur die häufigen Setzfehler beheben können. Doch diese techni-

schen Mängel schmälern keineswegs den Wert der Studie, zu deren Verdiensten nicht zuletzt die Erschließung tatarischsprachiger Quellen gehört. Biersack hat ein gut lesbares Buch verfasst, das zahlreiche Anknüpfungspunkte für künftige Studien zur Medizinal- und zur Imperialgeschichte des Zarenreichs bietet.

DARIA SAMBUK

Halle (Saale)

JGO 68, 2020/2, 294–295

Dominik Gutmeyr

**Borderlands Orientalism or How the Savage Lost his Nobility.
The Russian Perception of the Caucasus between 1817 and 1878**

Wien: LIT, 2017. 314 S., 16 Abb. = Studies on South East Europe, 19.

ISBN: 978-3-643-50788-4.

Die Anwendbarkeit des Orientalismus-Konzepts von Edward Said auf Russland wird in Fachkreisen immer breiter diskutiert. Insofern kommt das Werk von Dominik Gutmeyr, Assistent am Arbeitsbereich für Südosteuropäische Geschichte und Anthropologie der Universität Graz, das er 2016 als Dissertationsarbeit eingereicht hat, gerade zur rechten Zeit. Geschickt wählt er als Aufhänger die russischen Reaktionen auf die Ermordung des Oppositionspolitikers Boris E. Nemcov im Februar 2015 durch vermeintlich tschetschenische Mörder. Damit verweist er auf die starke Verbreitung von Stereotypen über Kaukasier im heutigen Russland und fragt nach deren Entstehung und Perpetuierung. Daran schließen sich eine Erörterung des Forschungsstandes zur Übertragung der Ergebnisse von Said auf Osteuropa und methodische Darlegungen an. Gutmeyr verwendet die kritische Diskursanalyse und den diskurshistorischen Ansatz und formuliert eingangs fünf Forschungsfragen, an denen er sich im weiteren Verlauf seiner Untersuchung orientiert.

Der Hauptteil des Buches besteht aus sieben Kapiteln: 1. Einem Überblick über die Geschichte der russischen Eroberung des Kaukasus, 2. Der Erörterung der Frage, was in Russland unter Orient verstanden wurde (die Steppe, das Osmanische Reich, die Krim, Sibirien, Zentralasien, der Ferne Osten), 3. Die Anfänge der russischen Kaukasus-Bilder (die lange Zeit durch weitgehende Ignoranz geprägt waren), 4. Die wissenschaftliche Erforschung des Kaukasus v. a. durch Ethnologen im 19. Jahrhundert, 5. Die Geschichte des russisch-osmanischen Krieges von 1877/78, insbesondere des kaukasischen Kriegsschauplatzes und seine Visualisierung in den volkstümlichen Bilderbögen, den *lubki*, und sein Niederschlag in der Literatur, 6. Die Wiedergabe des Kriegsgeschehens und die Darstellung der einheimischen Völker des Kaukasus in den Schriften beteiligter russischer Militärs und 7. in der damals aufblühenden russischen Massenpresse.

Im Schluss kommt Gutmeyr auf seine fünf Leitfragen zurück. Er ist der Ansicht, dass man nicht von einem eindeutigen Bild des Kaukasus im Russland des 19. Jahrhunderts sprechen kann. Das imperiale Projekt der Eroberung war eng mit der Wahrnehmung der einheimischen Bevölkerung verbunden. Das Kaukasus-Bild war zwar nicht eindeutig, aber eine Konstante in der Wahrnehmung

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries
of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming
as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

der Anderen im Kaukasus stellte deren niederer Zivilisationsstand, ihre asiatische Wildheit dar. Der Islam spielte keine entscheidende Rolle bei der abwertenden Darstellung des Kaukasus, die Benennung als „kaukasisch“ reichte schon aus, um die entsprechenden Assoziationen zu wecken. Die Qualifizierung des Kaukasus als Orient ging eng mit der Positionierung des europäischen Russlands als Teil Europas und des Westens einher.

Insgesamt kann man die Argumentation Gutmeyrs, wie der Wilde seinen Adel verlor, wie aus einer Terra incognita, auf die romantische Vorstellungen von Schönheit und (männlicher) Virilität projiziert wurden, ein Land der grausamen, heimtückischen und verräterischen Gebirgsbewohner wurde, nachvollziehen. Er lehnt die vollständige Übertragung des Orientalismus-Konzepts von Said auf den Kaukasus ab, da dieser als langjähriger Bestandteil des Russischen Reiches eher eine semi-orientale Stellung eingenommen habe, und schlägt sein eigenes Konzept des „Grenzland-Orientalismus“ (*Borderlands Orientalism*) vor.

Der Autor geht dabei gewandt vor und versieht jedes Kapitel mit einer Einleitung und einer Schlussfolgerung und leitet gekonnt von jedem Kapitel auf das nächste über. Allerdings müssen einige handwerkliche Mängel angemerkt werden. Die ständige Wiederholung der Chronologie führt, insbesondere im ersten und zweiten Kapitel, zu einer Vielzahl von Redundanzen und Wiederholungen, die den Argumentationsfluss lästig unterbrechen. Dazu kommen noch einige Grammatik- und Schreibfehler.

Dies ist in den späteren Abschnitten weniger der Fall, und die Kapitel über den osmanisch-russischen Krieg von 1877/78 sind gut lesbar. Hier zieht Gutmeyr auch verstärkt Primärquellen heran, während er sich in den ersten Kapiteln im Wesentlichen auf die Sekundärliteratur stützt.

Auch wenn die genannten Monita das Gesamtbild trüben, kann man dennoch von einer gelungenen Untersuchung sprechen, die Beachtung verdient hat.

GEORG WURZER
Wilhelmsdorf

JGO 68, 2020/2, 295–297

Vitalij Fastovskij

Terrorismus und das moderne Selbst. Religiöse Semantiken revolutionärer Gewalt im späten Zarenreich (1860–1917)

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2018. 318 S., 6 Abb. = Religiöse Kulturen im Europa der Neuzeit, 14. ISBN: 978-3-525-37059-9.

Fast alle Terroristen der *Narodnaja volja* haben sich nicht nur als Rächer des Volkes, sondern als Märtyrer inszeniert, die sich für eine gerechte Sache aufopferten. Ihre Motive und Rechtfertigungen präsentierten sie in religiöser Sprache und im Verweis auf die Bibel. Diese Sprache ist den Historikern zwar aufgefallen, aber man hat sie eher am Rande wahrgenommen, als Beiwerk der Gewalt und des Terrors, auch als Versuch junger Menschen, ihre literarischen Vorbilder nachzuahmen. Für die Terroristen aber war offenbar bedeutsam, was die Historiker nur für Beiwerk hielten, sagt nun

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Vitalij Fastovskij, denn die religiös aufgeladene Motiv- und Rechtfertigungssprache sei der Grund gewesen, auf dem sich die Gewalt sinnhaft habe vollziehen können.

Nun liegt es auf der Hand, dass der Marxismus und seine Spielarten aus der christlichen Erlösungslehre kamen und sich mit religiösen Motiven sehr gut verbinden ließen. In Russland kam hinzu, dass die Töchter und Söhne des Landadels Reue und Schuld empfanden, wenn sie ihr Leben mit jenem der Bauern verglichen. Man tut Buße und opfert sich auf, um die Schuld abzugleichen, die man auf sich geladen hat. Zur ersten Stunde des Terrorismus gehörten auch zahlreiche Popen-söhne, die mit den Ritualen und Texten christlicher Religion wohl vertraut waren und sich die Welt als eschatologisches Geschehen erklären konnten. Die Vorstellung vom Guten und Bösen, die Sozialisten formuliert haben, so Fastovskij, lasse sich überhaupt nur auf dem Hintergrund einer weit zurückliegenden jüdisch-christlichen Tradition verstehen. Auch müsse bedacht werden, dass solche übergreifenden Wertvorstellungen für die Sozialisten aller Couleur von größerer Bedeutung gewesen seien als der ideologische Gehalt marxistischer Texte. Anders gesagt: Es kommt nicht darauf an, was gesagt, sondern wie und in welchem rituellen Gewand es gesagt wurde. Vor allem aber seien die Metaphern, die im Begründungswerk verwendet werden, nicht einfach nur Worthülsen, sondern konstitutiv für die Selbstwahrnehmung der Terroristen und ihre Wahrnehmung in der Gesellschaft gewesen. Mit einem Wort: Man solle ernst nehmen, was gesagt wird.

Fastovskij gelingt es, seinen Lesern auf hohem theoretischen und sprachlichen Niveau nahezubringen, was eine religiös aufgeladene Motivation und Rechtfertigung ist und was sie bewirken kann. Es geht ihm um den moralischen Rahmen der terroristischen Bewegung, um das Vermögen, sich mit einer Sache zu identifizieren, die auch jenseits der eigenen Gruppe gerechtfertigt werden kann. Wer vom Guten spricht und in einer Sprache und in einem Modus operiert, die sich mit dem kulturellen Erbe der Gesellschaft vertragen, in der man sich bewegt, wird womöglich mehr Erfolg mit seinem Anliegen haben als jemand, der davon gar nichts weiß.

Fastovskij präsentiert am Beispiel der Narodniki, wie sich Terroristen selbst in Szene setzten, ihre Mordanschläge rechtfertigten und ihren Tod inszenierten. Sehr früh kamen christliche Motive ins Spiel, die mehr waren als Reue und eine Empfindung von Schuld im Angesicht des Elends, in dem die Bauern leben mussten. Die Terroristen erbrachten Opfer, sie sahen sich als Rächer, als Retter und Erlöser, die stellvertretend für das Volk Entbehrungen auf sich nahmen und auf dem Schafott starben, nur, um anderen ein Beispiel zu geben. Bevor sie in den Tod gingen, schrieben sie Abschiedsbriefe an ihre Angehörigen, an die Kampfgenossen, denen sie versicherten, dass sie freudig und gelöst stürben, weil sie im Dienst einer großen Sache aus dem Leben schieden. Auch die Hinrichtung selbst war ein performativer Akt, den die Terroristen nutzten, um sich als Märtyrer zu inszenieren. Andrej Željabov, der im Prozess gegen die Zarenmörder 1881 zum Tode verurteilt wurde, und Ivan Kaljaev, der im Jahr 1905 den Großfürsten Sergej Aleksandrovič getötet hatte, sahen sich zweifellos in der Rolle des Messias. Kaljaev hat am Ende wahrscheinlich selbst geglaubt, er sei die Wiedergeburt Jesu. Manche Terroristen litten zweifellos an einem bizarren Realitätsverlust und an Wahnvorstellungen. Aber sie hatten Erfolg, nicht nur unter ihresgleichen, sondern auch in den liberalen und aufgeklärten Kreisen der Gesellschaft, denen sie sich als Rächer der Entrechteten und aufrechte Christenmenschen im Kampf gegen die Despotie präsentieren konnten. Die zarische Regierung konnte gegen diese Strategie wenig ausrichten, solange sie es dabei beließ, Terror mit Gegengewalt zu beantworten. Der einzige Weg, der ihr blieb, war die moralische Diskreditierung der Terroristen. Sie aber verfiel erst, nachdem die Regierung den Entschluss gefasst hatte, Hinrich-

tungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu vollziehen und die Kontrolle über die Interpretation des Geschehens an sich zu ziehen. Nach 1905 löste sich der Terror ohnehin von edlen Motiven und verkam zu einem Mordgeschäft. Wahrscheinlich war das auch der Grund, warum der Boden austrocknete, auf dem der Terrorismus gedeihen konnte. Allein dieser Hinweis ist Grund genug, um Fastovskijs These zu bestätigen, dass die religiöse Fassung des terroristischen Geschehens auch eine Erklärung für ihren zeitweiligen Erfolg ist.

Fastovskij hat ein wichtiges und überzeugendes Buch geschrieben, das uns die Gelegenheit gibt, über den tragenden Grund terroristischer Gewalt im 19. und 20. Jahrhundert noch einmal nachzudenken. Mehr kann man von einem Buch nicht erwarten.

JÖRG BABEROWSKI
Berlin

JGO 68, 2020/2, 297–299

Nikolaj A. Voskresenskij

Petr Velikij kak zakonodatel'. Issledovanie zakonodatel'nogo processa v Rossii v epochu reform pervoj četverti XVIII veka

[Peter der Große als Gesetzgeber. Untersuchung des Gesetzgebungsprozesses in Russland in der Reformepoche des ersten Viertels des 18. Jahrhunderts]

Pod redakciej D. O. Serova. Moskva: NLO, 2017. 639 S. ISBN: 978-5-4448-0600-5.

Kein anderer Forscher hat sich in unermüdlicher Fleißarbeit in den Archiven derartige Verdienste um die Untersuchung der gesetzgeberischen Aktivitäten Zar Peters I. von Russland erworben, wie der weitgehend auf sich allein gestellte Leningrader Historiker Nikolaj Alekseevič Voskresenskij (1889–1948), der seither als deren bester Kenner gelten darf. Jahrzehntelang hatte er zu diesem Thema gearbeitet. In beeindruckender Weise hielt er mit seiner gestochen deutlichen Handschrift auf Tausenden von Blättern die Ergebnisse seiner Aktendurchsicht fest, wodurch mehrere umfangreiche Bände entstanden, die in der Handschriftenabteilung der *Rossijskaja nacional'naja biblioteka* (Russländische Nationalbibliothek, vormals Öffentliche Saltykov-Ščedrin-Bibliothek, Fonds 1003) in St. Petersburg aufbewahrt werden. Nur einer von ihnen sollte im Druck erscheinen: *Zakonodatel'nye akty Petra I. T. 1: Akty o vysšich gosudarstvennych ustanovlenijach* (Gesetzgeberische Akten Peters I. Bd. 1: Akten zu den höchsten staatlichen Verordnungen. Moskva, Leningrad 1945), eine selten gewordene Ausgabe, der man eine Digitalisierung wünscht. Weitere von Voskresenskij zusammengestellte Bände mit Akten über den für die Manufakturen wichtigen Wasser- und Kanalbau (1939), über *Klassen der Gesellschaft* (1942) sowie über Betriebe, Gewerbe und Handel (1942, 1943) dienten als Grundlage für eine neue gedruckte Ausgabe (St. Petersburg 2020).

Es ist verdienstvoll, dass eine erste Ausgabe der Forschungsarbeit Nikolaj Voskresenskij *Petr Velikij kak zakonodatel'* mit einer umfangreichen Einführung von Dmitrij Serov (S. 5–58) erscheinen konnte, der 2009 als Rechtshistoriker eine Monographie über die Justizreformen Peters I. vorgelegt hatte (vgl. die Rezension von M. Schippan in: jgo.e-reviews 3 (2012), S. 14–15). Am 11. Juli

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

1944 wurde Voskresenskij mit dieser Arbeit in Moskau promoviert, erst am 27. Januar 1944 war die Blockade Leningrads durch die deutsche Wehrmacht für beendet erklärt worden. Da erst nach dem Tod des Autors während der chauvinistischen *ždanovščina* unter der Losung des Kampfes gegen den „Kosmopolitismus“ 1948/49 jegliche ausländische Einflüsse auf die Reformen in Russland geleugnet wurden, war es Voskresenskij zuvor noch möglich, quellengestützt nachzuweisen, wie die Beauftragten des Zaren europäische Gesetze studierten und übersetzten (etwa Konon Zotov in Frankreich 1715) und welche Helfer nicht-russischer Herkunft Peter I. zur Hand gingen. Immer wieder stieß Voskresenskij dabei auf die Namen Adam Weide, Cornelis Cruys, Heinrich Fick und Heinrich Johann Friedrich Ostermann. Begünstigt wurde die reformerische Tätigkeit Peters durch seine Neigung, auf ausgedehnten Reisen alles selbst vor Ort in Augenschein zu nehmen. Die konkreten Missstände in Russland, die er beobachtete und von denen ihm berichtet wurde, regten den Zaren zu impulsiv und rasch ausgefertigten Anweisungen (*ukazy*) an, mit denen oft nur die Erledigung einer bestimmten Aufgabe angefordert wurde. Jedoch erhielten alle diese zarischen Befehle Gesetzeskraft, von denen ein Großteil in die Bände des unter der Leitung M. M. Speranskis zusammengestellten *Polnoe Sobranie Zakonov Rossijskoj Imperii* (Vollständige Sammlung der Gesetze des Russländischen Reiches. St. Petersburg 1830) aufgenommen wurde. In der letzten Phase des Nordischen Krieges (1700–1721) arbeiteten Peter I. und die von ihm eingesetzten Kommissionen an der Ausarbeitung umfangreicher Gesetzestexte (Reglements, *ustavy*) für die Staatsverwaltung, die Armee und die Flotte. Der Leser gelangt zu der Erkenntnis, dass vor allem das Vorbild der Praxis in der Staatsverwaltung und im Justizwesen des benachbarten Schweden die wichtigsten Anregungen für die petrinische Gesetzgebung vermittelte, während die Lektüre der Werke zeitgenössischer Staatsdenker (S. Pufendorf, J. Locke, G. W. Leibniz, Ch. Wolff) keine nachweisbare Rolle spielte. Bei der Einrichtung des für die städtische Polizei zuständigen Hauptmagistrats (1721) lassen sich höchstens Anklänge an die in dem *Traité de la Police* (1705) von Nicolas De La Mare festgehaltenen Grundsätze auffinden (vgl. S. 180, 471, 561). In seiner Dissertation über die russische Garde (*Russkaja gvardija v XVIII veke*. Kujbyšev 1989) hatte Jurij Nikolaevič Smirnov erstmals einen weiteren wichtigen Aspekt untersucht: Im Zusammenhang mit seiner Gesetzgebung beauftragte Peter I. immer wieder Offiziere des Preobraženskij- und des Semenovskij-Garderegiments mit administrativen Aufgaben, was seinen Reformen insgesamt einen ausgeprägten militärischen Charakter verlieh (vgl. auch die Monographie von M. V. Babič: *Gosudarstvennye učreždenija XVIII veka. Komissii petrovskogo vremeni* [Staatliche Einrichtungen des 18. Jh. Die Kommissionen der petrinischen Zeit], Moskva 2003).

Leider griffen der Herausgeber und die wissenschaftliche Redaktion nur unzureichend auf die in- und ausländische Forschung zurück. So ist die Leistung des Moskauer Historikers Sergej Martinovič Troickij (1930–1976) unvergessen, der in seiner 1974 in Moskau erschienenen Monographie *Russkij absoljutzizm i dvorjanstvo. Formirovanie bjurokratii* (Der russische Absolutismus und der Adel. Die Herausbildung der Bürokratie) die Entstehung der Rangtabelle 1722, an der H. J. F. Ostermann entscheidend beteiligt war, aus den Quellen rekonstruierte. Das Studium der ausländischen Gesetzgebung durch Peter I. und seine Helfer wurde von dem schwedischen Rechtshistoriker Claes Peterson rekonstruiert, dessen Monographie *Peter the Great's Administrative and Judicial Reforms* (Stockholm 1979) für diese Ausgabe nicht ausgewertet wurde. Über die meisten der im Personenregister oft nur entstellte wiedergegebenen Namen ausländischer Zeitgenossen finden sich Angaben in den Arbeiten von Erik Amburger (1982) und Michael Schippan (1996). Während Heinrich von

Huyssen aus Essen, der die petrinische Gesetzgebung bis 1713 beeinflusste, in einer Monographie von Svetlana Korzun (Wiesbaden 2013) vorgestellt wurde, erforschte Christoph Schmidt das Wirken von Vater und Sohn Luberas, nachdem P. N. Miljukov und E. Berendts den Einfluss des Ananias Ch. Pott von Luberas auf die Reformen Peters überschätzt hatten. Die reichhaltige Literatur über Heinrich Fick (1678–1750), den bei weitem wichtigsten Mitarbeiter Zar Peters I. bei der Reform der Gesetzgebung und der Staatsverwaltung nach 1715, wird in der 2018 verteidigten, bisher noch unveröffentlichten Dissertationsschrift der Moskauer Historikerin Jana Ljamina zusammengefasst, die bereits mehrere Aufsätze über den Hamburger veröffentlicht hat.

Diese Einwände sollen jedoch nicht die Bedeutung der ersten gedruckten Fassung der Arbeit Nikolaj Voskresenskij mindern, der in ihr seine Erkenntnisse über Peter als Gesetzgeber zusammenfasste. Sie regt nunmehr die internationale Forschung zu weiteren Untersuchungen über die Reformen in Russland im ersten Viertel des 18. Jahrhunderts im europäischen Vergleich an, wobei ausländische Vorbilder und das an den Umgestaltungen beteiligte Personal durch prosopographische Forschungen untersucht werden sollten.

MICHAEL SCHIPPAN

Berlin

JGO 68, 2020/2, 299–300

Dmitrij A. Bez'ev

Malorossijskij prikaz. Pričiny sozdanija, štaty, osnovnye napravlenija dejatel'nosti

[Der *Malorossijskij prikaz*. Gründe für die Einrichtung, Personal, Hauptaufgaben]

Moskva: Prometej, 2015. 502 S., Tab. ISBN: 978-5-9906550-1-0.

Das Buch des russischen Historikers Dmitrij Anatol'evič Bez'ev befasst sich mit der Geschichte einer Zentralbehörde im vormodernen Moskauer Staat – des *Malorossijskij prikaz*, der für die Verwaltung der linksufrigen Ukraine in der Zeitperiode 1662–1722 verantwortlich war. Die Erforschung der Geschichte der Zentralämter (*prikazy*) bildet heute in der russischen Geschichtswissenschaft ein sehr fruchtbares Forschungsfeld, so erscheinen jährlich neue Publikationen zum Thema. Dennoch wurde die letzte monographische Untersuchung des *Malorossijskij prikaz* von K. A. Sofronenko im Jahr 1960 veröffentlicht, weshalb eine neue Abhandlung zum Thema nur begrüßt werden kann.

Bez'evs Buch besitzt enzyklopädischen Charakter. Es bietet eine hauptsächlich auf Sekundärliteratur aufbauende Einführung in die Entstehungsgeschichte und die Funktionen des *Malorossijskij prikaz* sowie einen Überblick über die Biographien der Mitarbeiter des Amts. Es stellt jedoch keine zusammenhängende chronologische Geschichte dieser Institution dar. Der Autor beginnt in der Einleitung mit einer ausführlichen Übersicht des Archivnachlasses des *Malorossijskij prikaz*, der heute im Russländischen Staatlichen Archiv der alten Urkunden (RGADA) im Fonds 124 und Fonds 229 aufbewahrt wird. Dabei vermerkt Bez'ev, dass seine Arbeit hauptsächlich auf dem Material des Fonds 229 basiert. Die intensive Auseinandersetzung des Autors mit den Archivdokumenten wird in weiteren Kapiteln des Buchs evident. Ausgewähltes Quellenmaterial findet sich in ei-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

nem soliden Anhang, der fast ein Drittel des gesamten Umfangs des Buchs ausmacht (S. 362–502). Im Kapitel 1 bespricht Bez'ev die politische Geschichte der Ukraine seit dem Vertrag von Perejaslav und dem Ausbruch des russisch-polnischen Kriegs 1654 bis zum Jahr 1662, als der *Malorossijskij prikaz* ins Leben gerufen wurde. Man kann nur begrüßen, dass der Autor dabei die Geschichte der ambivalenten russisch-ukrainischen Beziehungen in diesen turbulenten Jahren auf eine unparteiische Weise behandelt und unterstreicht, dass jede der Seiten des Konflikts ihre eigenen politischen Ziele verfolgte. Insgesamt kommt Bez'ev zum Ergebnis, dass die chaotische und instabile Lage in der Ukraine und die Unzuverlässigkeit der Hetmane die Ursachen dafür waren, dass die zarische Regierung beschloss, ein spezielles Amt zur Verwaltung des neu annektierten Territoriums einzuführen.

Das Personal des *Malorossijskij prikaz* bildet den Gegenstand des zweiten Kapitels. Insgesamt identifiziert Bez'ev 21 *d'jaki* (Schreiber) und 142 *pod'jačii* (untergeordnete Schreiber), die im Zeitraum 1662–1700 im Amt tätig waren. Ihre Biographien werden auf handbuchartige Weise in kurzen Beiträgen abgehandelt. Der Autor unterstreicht, dass die staatliche Versorgung der Mitarbeiter des *Malorossijskij prikaz* gut war, und die Mitarbeit im Amt weitere Karrierewege für Beamte öffnen konnte. Das nächste, dritte Kapitel befasst sich schließlich mit den Aufgabenbereichen des *Malorossijskij prikaz*, zu denen Bez'ev folgende Tätigkeiten zählt: die Verwaltung der Wirtschaft, des Heeres und des Gerichtswesens in der Ukraine sowie die Gestaltung der Beziehungen mit den ukrainischen Hetmanen und der ukrainischen Kirche. Hier zeigen sich die intensiven Archivstudien des Autors, da das Kapitel eine Fülle an Verweisen auf Archivdokumente enthält. Allerdings hätte man sich eine detailliertere Analyse dieser Dokumente gewünscht. Stattdessen bietet Bez'ev in jedem der Unterkapitel eine kurze Zusammenfassung des jeweiligen Aufgabenbereichs an und platziert danach einfach eine Liste mit den dazugehörigen Archivdokumenten. Viele spannende Forschungsfragen, wie z. B. zur Geschwindigkeit des Dokumentenverkehrs in einer vormodernen russischen Verwaltungsbehörde werden lediglich gestreift, jedoch nicht auf der Grundlage des Materials der aufgelisteten Quellen beantwortet.

Im Fazit des Buchs kommt der Historiker zum Ergebnis, dass der *Malorossijskij prikaz* eine effektive Verwaltungseinheit war, die im Wesentlichen zur erfolgreichen Inkorporierung der linksufrigen Ukraine in die Verwaltungsstruktur des Russländischen Reichs beitrug. Die Abschaffung des Amts im Jahr 1722 erfolgte, so Bez'ev, nachdem es seine unmittelbaren Aufgaben erfolgreich erfüllt hatte. Damit solidarisiert sich Bez'ev mit der zeitgenössischen Forschungstendenz, welche die alte historiographische These der Ineffizienz und Rückständigkeit der Moskauer Zentralämter zu revidieren sucht.

Insgesamt lässt sich resümieren, dass das Buch von Bez'ev ein typisches Produkt der modernen russischen Geschichtswissenschaft darstellt: eine ausführliche und sorgfältige Studie, die sich durch zahlreiche Quellenverweise und extensives Zitieren der Archivquellen auszeichnet, kombiniert mit einem eher schmalen analytischen Teil. Viele interessante Aspekte der Arbeit des *Malorossijskij prikaz* werden nur beiläufig angesprochen und nicht detailliert erläutert. Für die künftige Forschung zur Geschichte der russisch-ukrainischen Beziehungen in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts und zu Beginn des 18. Jahrhunderts wird Bez'evs Buch dank der zahlreichen Verweise auf Archivdokumente jedoch sicherlich von großem Nutzen sein.

GLEB KAZAKOV

Gießen

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

JGO 68, 2020/2, 301–303

Aleksandr I. Kuprijanov

Vybory v russkoj provincii (1775–1861 gg.)

[Wahlen in der russischen Provinz (1775–1861)]

Moskva, S.-Peterburg: IRI RAN, 2017. 399 S., Tab. = Historia Russica.

ISBN: 978-5-8055-0319-2.

Die Monographie fügt sich in zwei intensive Diskurse der internationalen Russlandhistoriographie: zum einen in jenen älteren, den Dietrich Geyer 1966 in dieser Zeitschrift über die „Gesellschaft als staatliche Veranstaltung“ mit einer einprägsamen Deutung der Sozial- und Verwaltungsreformen Katharinas II. auf den Begriff brachte, zum anderen in den seit dem Ende der kommunistischen Herrschaft aufkommenden und immer noch aktuellen, in dem über die Ursprünge einer Zivilgesellschaft im Zarenreich gestritten wird. Nach zahlreichen Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte russischer Städte und des provinziellen Adels vom letzten Drittel des 18. Jahrhunderts bis an die Schwelle der „Großen Reformen“ der 1860er Jahre untersucht Aleksandr Kuprijanov nun im selben Zeitraum die Wahlen des Adels und der Städter zu den ihnen vorbehaltenen lokalen Ämtern und Gerichten in interregionalen Vergleichen.

Die Untersuchung basiert auf ungedruckten Quellen aus zehn Archiven. Erweiterte Einsichten in die Praxis der Wahlen des Adels und der Städter im Russischen Reich gewinnt der Autor vor allem an den Beispielen der Gouvernements Moskau, Tver', Tambov, Tobol'sk und Tomsk. Darüber hinaus rezipiert er vornehmlich in der Einführung eine beachtliche Anzahl jüngerer empirischer Forschungen zur Geschichte von Staat und Gesellschaft in anderen Regionen des Russischen Reiches und setzt sich auch mit neueren russischen und westlichen Theorieangeboten auseinander. Dabei betont er im Interesse der internationalen Vergleichbarkeit „lokaler Gesellschaften“ eine Nähe zu den Forschungsansätzen von J. Bradley, L. Häfner, M. Hildermeier, B. Pietrow-Ennker und F. Trentmann.

Der Kern des übersichtlich gegliederten Buches besteht aus vier Kapiteln, in denen je ein Teil den Wahlen des Adels und den Wahlen der Städter gewidmet ist. Es erleichtert das Verständnis, dass durchweg zunächst die sich wandelnden gesetzlichen Regelungen dargestellt werden, bevor unter gesellschaftshistorischem Aspekt aus archivalischen Quellen die oft abweichende Praxis konkretisiert wird und Einstellung sowie Verhalten der Wähler gegenüber den Wahlen ins Zentrum des Interesses rücken. Vorausgesetzt wird, dass Katharina II. die Wahlen vorrangig für den 1762 vom verpflichtenden Dienst befreiten Adel konzipierte, um dennoch über Wahlversammlungen Gutsherren in „ihren“ Kreisen und Gouvernements für einen freiwilligen Dienst als Amtsträger in der Administration und im niederen Gerichtswesen sowie für eine ständische Selbstverwaltung zu gewinnen. Dann aber habe sie ihre Hoffnung auch auf den sozioökonomischen Fortschritt der russischen Städte gerichtet, den sie ebenso durch korporative Privilegien für deren wohlhabende Oberschicht zu fördern suchte. Im ersten Kapitel schildert der Autor die Implementierung des Wahlsystems durch die Kaiserin in den 1760er und 1770er Jahren und die ersten Erfahrungen in diesem Zeitraum, den er, wie zu erwarten war, als am besten erforscht kennzeichnet. So bestätigt er auch die bekannte Vorreiterrolle der Statthalterschaft Novgorod, Tver' und Pskov unter Generalgouverneur Jakob Johann von Sievers, der es sogar riskierte, abweichend von der Gesetzgebung, in

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

seinem riesigen Amtsbereich das Wahlrecht der Adligen an einen Besitzzensus und an Altersgrenzen zu binden, was die Kaiserin nachträglich sanktionierte.

Die Praxis der Wahlen wird im zweiten Kapitel von den 1780er bis zu den 1820er Jahren untersucht und im dritten von den 1830er bis zu den frühen 1860er Jahren, wobei Kuprijanov die Reform des Wahlrechts der Adligen 1831–1832 als eine der gleichzeitigen Ausweitung des Wahlrechts in England entgegengesetzte Zäsur wertet, weil seither in Abänderung von Katharinas Intentionen ein erheblich verschärfter Zensus das aktive Wahlrecht an ein Eigentum von mindestens 100 Seelen band. Damit habe die Regierung unter Nikolaus I. angesichts eines schwindenden Ansehens der Wahlen durch Regelverletzungen, Korruption und Wahlbetrug, die zu einer verminderten Wahlbeteiligung beigetragen hätten, wenigstens die Reichen weiterhin für Dienste in Verwaltung und Gerichtswesen der Kreise motivieren wollen. Es habe diesem Ziel aber nicht genützt, dass zugleich das passive Wahlrecht die Ansprüche an die Kandidaten abgeschwächt habe und das aktive Wahlrecht zunehmend in eine Wahlpflicht umgewandelt worden sei. Immerhin sei das bereits 1767 eingeführte Wahlrecht für Gutsbesitzerinnen 1832 nochmals erneuert worden. Das vierte Kapitel behandelt dann über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg die vorgeschriebenen Zeremonien der Wahlen unter besonderer Berücksichtigung der Rolle des Gouverneurs sowie die materielle Kultur des „Ballotierens“. Um Abweichungen von den Normen zu verdeutlichen, rekonstruiert der Autor zudem als Idealtyp und Maßstab die „Alltäglichkeit“ der Wahlen, also den Normalfall.

Zwei vorstellbare Erwartungen der Leserschaft erfüllt die Veröffentlichung nicht: So werden die interregionalen Vergleiche nicht etwa explizit in der Form von Unterkapiteln zu den ausgewählten Gouvernements angeboten, was dazu führt, dass die Unterschiede zwischen diesen nur jeweils innerhalb der Untersuchungszeiträume immanent zur Sprache kommen. Das wäre leichter zu verschmerzen, könnten sich die Interessierten in diesem Buch mit Hilfe eines geographischen Registers selbst Informationen über Orte und Regionen zusammenstellen. Hingegen leuchtet ein, dass dieses Buch über Wahlen und Wähler bis auf drei Tabellen von lokal begrenzter Aussagekraft keine graphischen Darstellungen und Statistiken präsentiert. Das erklärt sich vor allem aus der berechtigten Skepsis des Autors gegen pseudogenaue Zahlenangaben und gegen die überwiegend negativen Einschätzungen der Wahlbeteiligung des Adels seit der liberalen russischen Historiographie des 19. Jahrhunderts. Wohl aber bietet Kuprijanovs quellennahe Faktographie Leserinnen und Lesern mannigfaltig Gelegenheit zu eigenen Urteilen, und eher wirbt er für seine Interpretationen, als dass er sie für alternativlos deklariert. So argumentiert er in einer Zusammenfassung, die er „Anstelle eines Fazits“ überschreibt, für eine konkrete Vorstellung von Raum und Zeit der mitunter mehrwöchigen Wahlversammlungen des Adels, so dass Wahlen mit einer aktiven Teilnahme von 30 bis 40 Prozent der Wahlberechtigten durchaus als erfolgreich anzusehen seien. Immerhin seien diese Wähler als aktive Staatsbürger einzuschätzen, und nicht einmal die ärmere adlige Klientel, die ihre Stimmen reichen Grund- und Seelenbesitzern verkaufte, habe sich mit ihrer Stimmabgabe nur passiv verhalten. Ein erheblicher Teil des Adels habe die im Ursprung aufgeklärten Ziele Katharinas II. nachweislich verinnerlicht. Doch ist aus den Quellen offenkundig nicht zu beantworten, inwieweit das Fernbleiben von den Wahlversammlungen von einer oppositionellen Haltung motiviert gewesen sein könnte. In der Organisation und im Wahlverhalten sei der Adel übrigens den Städtern keineswegs überlegen gewesen, und eher hätten die Städter ihre Privilegien aktiver verteidigt. Im Hinblick auf die zentrale Frage nach der historischen Bedeutung der Wahlversammlungen und der Wahlen von Adligen und Städtern bis zu den 1860er Jahren für die Entstehung einer Zivilgesell-

schaft in Russland bleibt der Autor allerdings hinreichend skeptisch, schließt er sich doch letztlich dem salomonischen Urteil Frank Trentmanns an, dass die paternalistischen Organisationsformen der beiden Stände höchstens in die „Vorgeschichte“ einer Zivilgesellschaft zu rechnen seien.

CLAUS SCHARF

Mainz

JGO 68, 2020/2, 303–305

Tim-Lorenz Wurr

Terrorismus und Autokratie. Staatliche Reaktionen auf den Russischen Terrorismus 1870–1890

Paderborn: Schöningh, 2017. 339 S., 11 Abb. ISBN: 978-3-506-78573-2.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Terrorismus im Russischen Reich unterliegt Konjunkturen. Im 20. Jahrhundert boten die 1970er Jahre Anlass zu einer verstärkten Beschäftigung mit den russländischen Terroristen, häufig im Rahmen einer politik- oder sozialhistorischen Herangehensweise. Ein inhaltlich und methodisch erneuertes Interesse folgte den Anschlägen auf das World Trade Center am 11. September 2001. In den letzten etwa 15 Jahren ist eine Vielzahl von Arbeiten zum russländischen Terrorismus erschienen, oftmals mit einer dezidiert kulturhistorischen Perspektive. Die Dissertationsschrift von Tim-Lorenz Wurr ist insofern eine Ausnahme, als sie bewusst im herkömmlichen Sinne politikhistorisch ausgerichtet ist. Wurrs Zugriff auf den Terrorismus – und das ist vorweg gesagt überaus verdienstvoll – erfolgt vor allem über die Akten des Innenministeriums der Jahre 1870 bis 1890, die in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus entstanden sind. Damit nimmt Wurr eine andere Perspektive ein als die meisten Arbeiten, welche die Terroristen in den Mittelpunkt ihrer Analysen stellen. Nicht die sozialrevolutionäre Vereinigung *Narodnaja volja* (Volkswille) und ihre charismatischen Führungspersönlichkeiten, wie Sofja Perovskaja, Andrej Željabov oder Vera Figner, sind demnach die handlungsleitenden Hauptfiguren in Wurrs Narrativ, sondern die autokratischen Apparate und ihre Akteure. Mit dieser Herangehensweise, die ein notwendiges Korrektiv zur häufig allzu emphatischen Wahrnehmung der terroristischen Gewalttäterinnen und Gewalttäter darstellt, nimmt Wurr allerdings auch einige Probleme in Kauf.

Die verschiedenen Innenminister von 1868 bis 1889 bieten dem Autor das Gerüst, an dem er seine Gliederung ausrichtet. Das erste Kapitel untersucht die Amtszeit von Innenminister Aleksandr Timašev. Noch bevor Timašev zum Innenminister berufen wurde, kam es mit dem Attentat von Dmitrij Karakozov zum ersten Anschlag auf das Leben des Zaren Alexander II. Seitdem war das Problem des Terrorismus für die zarischen Behörden stets präsent, wie bereits Claudia Verhoeven in ihrer Studie über Karakozov aus dem Jahr 2009 zeigen konnte. In die Amtszeit von Timašev fielen der Prozess gegen Sergej Nečaev, den Autor des „Revolutionären Katechismus“, der „Gang ins Volk“ (*narodničestvo*) bei dem die politisierte Jugend versuchte, unter den Bauern zu agitieren, die darauffolgenden Großprozesse gegen die *narodniki* wie der „Prozess der 50“ oder der „Prozess der 193“, und das Attentat der Vera Zasulič auf den St. Petersburger Generalgouverneur. Letzteres mo-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

tivierte zahlreiche Nachahmer und war Gegenstand eines aufsehenerregenden Prozesses, in dem die Attentäterin von den Geschworenen für unschuldig erklärt wurde. Zudem ermordete Sergej Kravčinskij den Leiter der Dritten Abteilung General Nikolaj Mezencov, ein Attentat, das Wurr als „eigentlichen Beginn des Terrorismus“ bezeichnet (S. 75). An diesem ersten Kapitel zeigt sich besonders deutlich die Problematik der Gliederung der Arbeit. Wie Wurr richtig beobachtet, war die „Amtszeit Timaševs durch ein bis dahin unbekanntes Ausmaß von Studentenprotesten, Attentaten, revolutionären Proklamationen und politischen Strafprozessen geprägt.“ (S. 82) Allerdings bleibt die Person Timaševs außerordentlich blass. Das liegt möglicherweise tatsächlich daran, dass er sich, wie Wurr treffend bemerkt, „in den regierungsintern und öffentlich ausgetragenen Debatten auffällig zurückhielt und nicht versuchte, sich durch eigene Analysen oder Programme hervorzu-tun.“ (ebd.) In dem Kapitel, das seinen Namen trägt, kommt Timašev als Akteur selbst kaum vor, er bleibt eine Klammer, unter der die unterschiedlichsten Akteure, ihre politischen und kommunikativen Strategien aufgezählt werden. Das wirft die Frage auf, inwieweit das Gliederungsprinzip nach Innenministern trägt, oder ob die Amtszeiten der Innenminister lediglich eine Art chronologisches Gerüst bilden. In der Folge wäre zu klären, was dies für Wurr's Zugang zum Terrorismus bedeutet. Er nutzt umsichtigerweise nicht allein die Akten des Innenministeriums, sondern auch die Schriften der Terroristen selbst, die Verlautbarungen der Presse, vor allem die Texte des streitbaren konservativen Publizisten Michail Katkov. Damit bezieht er sich auf die öffentlichen Diskussionen um die Legitimität von Herrschaft und Gewalt. Diese Öffentlichkeit (*glasnost*) (S. 189), so scheint es, liefert die eigentlichen Quellen der Arbeit von Tim-Lorenz Wurr. Das ist an sich nicht problematisch und die damit einhergehende Multiperspektivität ist eigentlich zu loben. Sie widerspricht nur dem postulierten Ziel der Arbeit.

Das zweite inhaltliche Kapitel beschreibt die Dienstzeit des Innenministers Lev Makov von 1878–1880. In diese Zeit fiel die Gründung der *Narodnaja volja* und der Beginn der spektakulären Jagd auf das Leben des Zaren, der Angriff auf den zarischen Zug und die Explosion im Winterpalast. Doch auch Makov „trat nach seinem Amtsantritt im November 1878 nicht als starker Entscheidungsträger in Erscheinung.“ (S. 145) Das Bild ändert sich mit dem Amtsantritt von Michail Loris-Melikov, der im August 1880 zum Innenminister berufen wurde. Schon zuvor hatte der Sohn einer wohlhabenden armenischen Kaufmannsfamilie eine beachtliche militärische und politische Karriere gemacht, in der er sich etwa in der Bekämpfung der Pestepidemie in den Gouvernements Astrachan, Samara und Saratov engagiert hatte. Bereits bei der Erledigung dieser schwierigen Aufgabe setzte er auf eine intensive Zusammenarbeit mit den regionalen Zeitungen. Sein neuartiger Kommunikationsstil sollte auch seine Zeit als Innenminister und als Vorsitzender der Obersten Exekutivkommission zum Schutz der staatlichen Ordnung und der gesellschaftlichen Ruhe prägen. Diesen tatkräftigen Politiker als Akteur des autokratischen Kampfes gegen den Terrorismus zu untersuchen, ist vielversprechend. In diesem Kapitel gelingen Tim-Lorenz Wurr die besten Analysen. Er kann überzeugend die Herangehensweise Loris-Melikovs beim Kampf gegen den Terrorismus zeigen, die eine Kommunikationsstrategie ebenso beinhaltet, wie gezielte Partnerschaften mit den wichtigsten Personen des zarischen Herrschaftsapparats. Deutlich wird, dass Loris-Melikov noch zu Lebzeiten Alexanders II. stets versucht hatte, den Thronfolger in seine Überlegungen einzubeziehen. Doch all diese geschickten Strategien nützten nicht mehr viel, nachdem Alexander II. am 1. März 1881 Opfer einer Bombe der *Narodnaja volja* am Katharinenkanal wurde. Loris-Melikov hatte sich mit seiner Politik, die auf eine Kooperation zwischen staatlichen Behörden und Bevölkerung

setzte, viele Feinde in den höchsten Kreisen geschaffen. Der Bruch zwischen ihm und dem neuen Zaren, Alexander III., folgte bereits im April 1881. Loris-Melikovs Nachfolger wurde der ehemalige Botschafter in Konstantinopel, Nikolaj Ignat'ev. Ignat'ev war überaus konservativ und ein Gegner der Reformpolitik Alexanders II. Er war ein Antisemit, der die Juden, ebenso wie die Studenten, für die Verursacher aller Probleme – zumindest den Terrorismus betreffend – hielt. Das galt auch für den noch konservativeren Grafen Dmitrij Tolstoj, der bereits im Mai 1882 auf Ignat'ev folgte. Tolstoj initiierte die „konservative Wende“ (S. 307) des Innenministeriums, die sich in die allgemeinen gesellschaftlichen Verhältnisse der 1880er Jahre einpasste. Die Maßnahmen der Behörden gegen die terroristische Bedrohung zeigten Wirkung, wobei die Wurzel der Fahndungserfolge gegen die *Narodnaja volja* in den Amtszeiten seiner Vorgänger lagen.

Für die letzten drei Innenminister, die Tim-Lorenz Wurr untersucht, trägt das Vorhaben, den Terrorismus aus der Perspektive der Akteure des autokratischen Innenministeriums zu untersuchen. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Loris-Melikov es als Teil seiner Strategie im Kampf gegen den Terrorismus ansah, die Öffentlichkeit in den Kampf gegen den Terrorismus miteinzubeziehen. Auch seine Nachfolger setzten diesen Weg fort, wenn auch auf inhaltlich ganz andere Weise. Was bedeutet diese Beobachtung für die Gliederung der vorliegenden Arbeit? Die Einsicht, dass die beiden Innenminister Timašev und Makov nicht als Akteure im Kampf gegen den Terrorismus in Erscheinung getreten sind, und dass mit dem Amtsantritt Loris-Melikovs eine neue Ära in diesem Kampf begann, drängt sich auf. Diese These vorangestellt hätte auch eine andere, inhaltlich weiterführende Art der Gliederung vorstellbar gemacht. Diese analytische Entschlossenheit wäre Tim-Lorenz Wurr auch darüber hinaus zu wünschen zu gewesen. So bleibt er in seiner Interpretation vielfach sehr nah an den Quellen, was manches Mal zur Folge hat, dass er die Verlautbarungen, welche etwa die Terroristen zur Legitimation ihres Handelns veröffentlichen, nur nacherzählt und ihnen somit „auf den Leim geht“. Mit etwas mehr Mut zur Interpretation hätte aus dieser verdienstvollen Politikgeschichte des russländischen Terrorismus von 1870 bis 1890 eine zeitgemäße Kulturgeschichte der politischen Kommunikation über den Terrorismus werden können.

ANKE HILBRENNER

Göttingen

JGO 68, 2020/2, 305–307

Peter Rassek

Für ein freies Polen und ein liberales Preußen. Czartoryskis Deutschlandpolitik am Vorabend der Revolution von 1848. Ein Beitrag zur polnisch-deutschen Beziehungsgeschichte.

Frankfurt a. M. [usw.]: Peter Lang, 2016. 706 S. = Die Deutschen und das östliche Europa. Studien und Quellen, 13. ISBN: 978-3-631-64989-3.

Die Geschichtswissenschaft läuft Gefahr, an politischer Attraktivität zu verlieren. Die Auflösung der historischen Kommission beim Vorstand der SPD ist als entsprechendes Signal zu werten und

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

wurde vom Historikertag 2018 auch thematisiert. Ende 2018 fand im Auswärtigen Amt ein Treffen mit polnischen und deutschen Historikern statt, das der wissenschaftlich-politischen Kommunikation über die letzten 100 Jahre deutscher Polenpolitik diene. Dass Geschichte die Präformation der Gegenwart ist, belegt besonders einprägsam das deutsch-polnische Verhältnis in seiner schicksalsschweren Verwobenheit. Es erhielt seine Prägung mit Langzeitwirkung in Folge der Teilungen des polnischen Staats im 18. Jahrhundert, die ihre letzten Korrekturen auf dem Wiener Kongress erfuhren. Die drei Teilungsmächte Russland, Österreich und Preußen verbanden sich zwecks Verhinderung der Restitution Polens in der Heiligen Allianz.

Der durch die revolutionären Unruhen in Frankreich 1830 beflügelte, von der Zaren-Armee niedergeschlagene polnische Novemberaufstand weckte die besondere Aufmerksamkeit der national-liberalen deutschen Szene des Vormärz. Sie erreichte ihren Höhepunkt auf dem Hambacher Fest 1832. Hier feierten Protagonisten einer vereinten deutschen Nation auf demokratischer Grundlage die polnischen Emigranten als patriotische Kämpfer gegen das autokratisch-monarchische Prinzip und für die Restitution eines freien Polen. Die Veranstaltung besitzt den Stellenwert einer Zeugungsstätte des geeinten demokratischen Deutschlands und deutsch-polnischer Freundschaft. Polnische Emigranten beteiligten sich an den Unruhen des Vormärz, so am Frankfurter Wachensturm 1833, und an der Revolution von 1848/49. Deren letzte Schlacht verlor 1849 der polnische General Mieroslawski, der die badische Revolutionsarmee im Kampf gegen das preußische Heer kommandierte.

Rassek würdigt das politische Agens des polnischen Fürsten Adam Czartoryski, ehemals Chef der Aufstandsregierung, am Vorabend der deutschen Revolution. Als früherer Außenminister Alexanders I. repräsentierte er die liberal-konservative Emigration in Paris (Hôtel Lambert) mit dem Ziel, die Einheit des polnischen Staats wieder herzustellen. Mit einer alternativen Idee suchte er nach Möglichkeiten der Friedenssicherung durch Staatsgründungen vor allem im östlichen Europa, entweder als Konföderation mehrerer Staaten nach Maßgabe des ehemaligen Polen oder, auf die deutschen Lande bezogen, als föderaler Zusammenschluss geteilter Nationen.

Thematisiert wird eine Problematik, der eine nennenswerte Aufmerksamkeit der Geschichtsforschung bisher versagt blieb. Der Autor stellt die zweitgrößte polnische Exilantengruppe vor, die weniger frankreich-, denn preußenorientiert war. Ohne offizielle Funktion pflegte das Hôtel Lambert geheimdiplomatische Kontakte zu preußischen Gesinnungsfreunden, denen ein vereintes Deutschland auf der Basis einer konstitutionellen Monarchie vorschwebte. Auch wenn es sich um ein politisches Engagement auf Provinzebene handelte, so muss doch unterstrichen werden, dass hier oppositionelle Gesinnungsträger im mächtigsten deutschen Dynastienstaat wirkten. Die thematisierte Leitfigur der Dissertation entsagte einer dem Zufallsgeschehen entspringenden *Levée en masse* der Polen in den Teilungsgebieten. Sie setzte stattdessen auf konfliktrträgige Differenzen unter den Teilungsmächten. Diese bahnten sich zwischen Russland und Preußen aufgrund einer konzilianten Polenpolitik Friedrich Wilhelms IV. an und verstärkten sich in Folge des unterdrückten polnischen Aufstandsversuchs von 1846 in Posen. Zur Entlastung des Spannungsverhältnisses zwischen autokratischer Selbstbehauptung und politischem Erwachen der Berliner Bevölkerung am Vorabend der Revolution fühlte sich die Krone genötigt, den Prozess gegen die polnischen Rädelsführer in öffentlichen Verhandlungen zu führen. Czartoryski beobachtete zudem gespannt die innenpolitischen Verwerfungen zwischen preußischer Monarchie und liberal-nationalen Strömungen weiter Teile der Bildungsschicht, die seiner Auffassung nach Revolution und militärische Kon-

flikte vorprogrammierten. Beide Spannungsfelder galt es zur Restitution eines polnischen Staates zu nutzen. Dies ist eine wichtige Aussage Rasseks, weil die Nutzung von Kriegen als Strategie zur Schaffung und Expansion des polnischen Staats vom Ersten Weltkrieg über die Zwischenkriegszeit bis zur Erreichung der Oder-Neiße-Grenze gültig blieb. Für Czartoryski „genoss daher die Stützung der polnischen Nationalität in Posen als mögliche Konfliktquelle zwischen Preußen und Russland absolute Priorität“ (S. 62).

Dennoch, so zeigt die Studie, beschränkte sich das Hôtel Lambert nicht darauf, den preußischen Liberalen den Gedanken einer Wiedererrichtung Polens zu suggerieren. Es bedurfte vielmehr des Entwurfs vieler situativ bestimmter, austauschbarer Modelle, die der Autor vorstellt. So versprach man sich von einer Annäherung Englands an Preußen eine dort in Gang kommende verfassungsrechtliche Reform und pflegte in London entsprechende Kontakte. Des Weiteren erblickte Czartoryski in der Balkankrise die Chance für die Errichtung eines neuen staatlichen polnischen Gemeinwesens, die sich im Verlauf des Ersten Weltkriegs tatsächlich erfolgreich bot. Das Hôtel Lambert unterhielt außer in Preußen zahlreiche „diplomatische“ Vertretungen in anderen Staaten, um insgeheim Nachrichten über bestimmte politische Entwicklungen zu erhalten und Sympathiewerbung für die preußische nationalliberale Bewegung zu betreiben. Ziel war, einen revolutionären Umbruch mit einem polnischen Aufstand für die Unabhängigkeit zu flankieren.

Die Untersuchung beschränkt sich auf einen Zeitraum zwischen zwei herausragenden und nachwirkenden Ereignissen, nämlich dem Hambacher Fest 1832 und der Revolution 1848. Das ist eine thematische Herausforderung, weil sie sehr viel wissenschaftlichen Einsatz bei schwieriger Quellenfindung und -auswertung unter Verzicht auf spektakuläre Forschungsergebnisse in sich schließt. Das war schon Czartoryskis politischer Intension zu entnehmen. Er verfolgte keine zielführende Programmatik zur polnischen staatlichen Wiedergeburt, sondern analysierte realpolitische Eventualitäten, über die die polnische Seite informiert sein musste und die es in ihrem Sinne zu nutzen galt. Diese Strategie hat die polnische Emigration während und nach der Kaiserzeit beibehalten – diesmal unter besseren Voraussetzungen und mit Erfolg.

Dem darstellerischen Text folgen Quellen aus handschriftlicher Überlieferung, im Kern Korrespondenzen Czartoryskis mit Agenten des Hôtel Lambert. In Polnisch oder Französisch abgefasst, liegen sie nun ebenso in Deutsch vor wie themenbezogene publizistische Texte. Durch den Autor im Sinne seiner Problematik ausgewertet, bergen sie noch Schätze von Aussagen, die in einen anderen wissenschaftlichen Kontext gehören und Beachtung verdienen. So enthält ein Artikel aus *Trzeci Maj* von 1847 Zeugnisse polnischer Aversionen gegenüber Russland, Charakteristiken über Deutschland und die deutschen Liberalen sowie Antisemitismus. Bezüglich des Verhältnisses zur später so brisant werdenden Minderheitenfrage ist die Antwort illusionär vorformuliert: das staatlich vereinte Polen werde „sicherlich niemals aggressiv“ sein, „sicher fremde Nationalitäten achten und niemals Übergriffe auf sie zulassen“ (S. 429). Rasseks Studie ist mithin nicht nur eine sehr aufschlussreiche geschichtliche Momentaufnahme, sie enthält auch zukunftsorientierte Ansätze polnischer Politik nach dem Ersten Weltkrieg.

HANS-ERICH VOLKMANN
Freiburg i. Br.



JGO 68, 2020/2, 308–309

Markus Krah

American Jewry and the Re-Invention of the East European Jewish Past

Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2017. XIII, 290 S., 23 Abb. = New Perspectives on Modern Jewish History, 9. ISBN: 978-3-11-049992-6.

Markus Krah gelingt mit seiner Studie über den Nutzen der osteuropäisch-jüdischen Vergangenheit für die jüdische Bevölkerung in den USA die Neuinterpretation eines nicht unerheblichen Kapitels US-amerikanischer Zeitgeschichte. Sie beruht auf einer kulturwissenschaftlich verankerten Analyse von Diskursen, die sowohl Aussagen maßgeblicher Repräsentanten und intellektuell führender Zeitschriften als auch Rundfunksendungen, ethnografische und fiktionale Literatur sowie Bühnenwerke einbezieht. Grundlage ist die am New Yorker Jewish Theological Seminary entstandene Dissertation von 2015 unter dem Titel *Turning a Lost World Into a Usable Past: How American Jews at Mid-20th-Century Re-Invented Their East European History*.

Demnach waren die dem Zweiten Weltkrieg unmittelbar folgenden Jahre kein „goldenes Zeitalter“, in dem die amerikanischen Juden selbstbewusst und -zufrieden Chancen wirtschaftlichen Aufstiegs suchten und sich erfolgreich daran machten, ihre religiösen Vorstellungen mit politischem Liberalismus und der Wohlsituertheit eines konsumgesättigten Vorstadtlebens zu vereinen. Krah arbeitet heraus, dass das Vierteljahrhundert nach 1940 vielmehr von Rastlosigkeit und Unsicherheit geprägt war. Amerikanische Juden reagierten auf die Ermordung der traditionsverbundenen (ost-)europäischen Judenheit, auf das Verschwinden ihrer geistigen, kulturellen und spirituellen Ressourcen, indem sie sich diese auf mannigfaltige Weise aneigneten: durch Übersetzungen jiddischer Literatur und den selektiven, nostalgischen und häufig sentimental zurückbezogenen auf das Shtetl-Leben als ganzheitliche jüdische Lebensform. Sie waren damit zugleich bemüht, der jüdischen Bevölkerung in den USA eine dauerhafte, auf Erinnerung und Geschichte beruhende Basis ihrer kollektiven Identität zu schaffen.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist ein zeitliches Zusammentreffen: Als das alte Europa sich anschickte, in Krieg und Völkermord unterzugehen, berichtete die New Yorker jiddischsprachige Tageszeitung *Forverts* am 20. März 1940, dass zwei Flüchtlinge den Nationalsozialisten entkommen waren, die die Geschicke der jüdischen Bevölkerung in den USA fortan maßgeblich mitbestimmen sollten – der chassidische Lubawitscher Rebbe Yosef Yitzhak Schneersohn (1880–1950) und der Direktor des Wilnaer Jüdischen Wissenschaftlichen Instituts (YIVO) Max Weinreich (1894–1969). In den Folgejahren mussten die aus Osteuropa in die USA gekommenen Juden schmerzlich feststellen, dass ihnen vertraute jüdische Lebenswelten durch den nationalsozialistischen Vernichtungswahn ausgelöscht wurden. Und unter der anschließenden sowjetischen Vorherrschaft ergab sich keine Gelegenheit, das, was zerstört war, wieder mit Leben zu erfüllen; Kontakte nach Osteuropa brachen im Kalten Krieg fast völlig ab. Unterdessen beförderte der Kriegseinsatz amerikanischer Juden deren Integration und gesellschaftliche Akzeptanz in den Vereinigten Staaten. So wurde 1952 der erste Lehrstuhl für Jiddisch an einer US-Universität eingerichtet und zwei Jahre später mit viel Aufhebens das dreihundertjährige Jubiläum der Ankunft von Juden in Nordamerika gefeiert. Einschneidende Erfahrungen beeinflussten die Identitätssuche der zweiten und dritten Generation jüdischer Einwanderer, die für Krah im Mittelpunkt steht, „as they faced questions of Jewish legitima-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

cy in America“ (S. 28). Intellektuelle Vordenker „looked through the lens of their American present at the East European past and allowed the present to shape the past“ (S. 74). Dies fand Ausdruck im gewandelten Forschungsprogramm des nun in New York ansässigen YIVO, in den Spalten der 1945 gegründeten einflussreichen Zeitschrift *Commentary* sowie der Publikationsorgane jüdischer Verbände, in Debatten um den Platz der Religion im Alltag der jüdischen Bevölkerung in den USA, um „jüdisches Volkstum“ (*Jewish peoplehood*) (S. 11, 124) und um die emotionale Verbundenheit mit dem Erbe der Juden Osteuropas. „When postwar American Jews talked about Eastern Europe, what they really meant was the American present“ (S. 3), bringt der Verfasser dies auf den Punkt. Die vielgestaltigen Entwicklungen fanden einen gewissen Abschluss mit dem massenwirksamen Broadway-Musical *Fiddler on the Roof* (in Deutschland unter *Anatevka* bekannt): „Fiddler redefined traditional religious norms, rituals, and practices in terms that supported a symbolic, cultural ethnicity“ (S. 237).

Auf Tätigkeit und Wirkung Schneersohns, den Krah zu Beginn als eine Weinreich gleichgewichtig gegenüberstehende Persönlichkeit vorstellt, geht der Verfasser kaum ein. Isaac Bashevis Singer (1902–1991) wurde nicht in Warschau, sondern im masowischen Leoncin geboren, ehe er 1907 mit seinen Eltern nach Radzymin und im Jahr darauf ins jüdische Viertel der polnischen Hauptstadt zog; seine Jugend verbrachte er außerdem im Shtetl Bilgoraj im Lubliner Land. Über die Fotos wären manchmal mehr Informationen angebracht, etwa darüber, wie die chassidische Kleinstadt bei Stanislau/Stanisławów heißt, die auf dem Umschlag abgebildet ist (auch S. 19), oder welche jiddische Tageszeitung in Litauen zwischen 1939 und 1941 drei junge Leser fand (S. 62).

Mit seiner flüssig geschriebenen Studie hat Krah überzeugend herausgearbeitet, dass für „amerikanische Juden die jüdische Erfahrung in Osteuropa eine sehr wichtige kulturelle Ressource ist, die im Sinne ihrer ständig im Wandel begriffenen Gegenwart eingeschaltet werden kann“ (S. 260). Die US-amerikanischen Juden haben bis Mitte der sechziger Jahre – also ehe der Sechstage-Krieg um Israel neue Akzente setzte – ihre Version der Geschichte Osteuropas neu geschrieben. Sie hatten dabei aber auch ein Repertoire an Bildern, Narrativen und Vorstellungen geschaffen, das der jüdischen Bevölkerungsgruppe in den USA bis ins 21. Jahrhundert hinein Form und Zusammenhalt gab.

KLAUS-PETER FRIEDRICH
Marburg/Lahn



JGO 68, 2020/2, 310–312

Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945.

Band 13: Slowakei, Rumänien, Bulgarien

Hrsg. im Auftrag des Bundesarchivs, des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin und des Lehrstuhls für Neuere und Neueste Geschichte der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Bearb. von Mariana Hausleitner, Souzana Hazan und Barbara Hutzelmann. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2018. 800 S., 2 Ktn. ISBN: 978-3-11-036500-9.

Mehr als 70 Jahre hat es gedauert, bis endlich eine deutschsprachige kritische Edition zum Holocaust vorliegt. Was politisch unverständlich scheint, geradezu beschämend ist, hat wissenschaftlich am Ende doch noch seine guten Seiten. Erst in den letzten Jahrzehnten setzte sich die Geschichtswissenschaft intensiv mit den gesamteuropäischen Aspekten des Holocausts auseinander. Und erst nach 1989 standen die Quellen zu Osteuropa der Forschung zur Verfügung. So zeichnet sich inzwischen ein neues Bild des Holocausts ab: Er war ein gesamteuropäisches Phänomen mit einer großen Zahl von Tätern. Die Formen der Gewalt variierten, der Kriegsverlauf spielte eine wichtige Rolle, zudem gab es große regionale Unterschiede. Bekundungen von Solidarität finden wir, aber auch vollkommene Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal der Ausgestoßenen. Die Perzeption der Opfer ist in einer solchen Quellenedition auf neuestem Stand ebenso zu berücksichtigen wie deren Anstrengungen zu überleben. Die 16-bändige Edition des Instituts für Zeitgeschichte berücksichtigt all diese Gesichtspunkte. Und das gilt insbesondere auch für den hier zu besprechenden Band. Nicht allein um Politik geht es, sondern um das konkrete Handeln vieler Täter und das Leiden der kaum zählbaren Opfer. Von Gier handelt die Edition, von Zynismus, Ideologie, bürokratischer Abgestumpftheit und berechnender Kollaboration, aber auch von Verzweiflung und schwierigen Kompromissen, die die Judenzentralen eingehen mussten. Das gelegentliche Aufscheinen menschlichen Mitgefühls tröstet ebenso wie der widerständige Rückgriff auf humanistische und christliche Menschenbilder.

Der vorliegende Band ist ein Musterbeispiel dieser Perspektiverweiterungen. Dementsprechend bietet er Zugriff auf Quellen ganz unterschiedlicher Provenienz. Wir finden Archivgut aus Deutschland, Aktenwiedergaben aus den betrachteten Staaten selbst, Berichte von Diplomaten neutraler Länder, Material von Hilfsorganisationen, jedoch auch Tagebuchaufzeichnungen und Erinnerungen der Opfer. Nur ein Teil der Dokumente sind bislang unveröffentlicht. Die Edition verwendet jenen reichen Fundus bereits publizierter Dokumente, die in den letzten Jahrzehnten in den betroffenen Ländern selbst veröffentlicht wurden und eine kritische Auseinandersetzung mit der Shoah erzwungen haben.

Ein formaler Einwand sei jedoch gleich zu Beginn vorgebracht. Die geographische Auffächerung der 16-bändigen Reihe erscheint höchst unglücklich. Wer sich über den Holocaust im rumänischen Herrschaftsbereich informieren möchte, muss zu Band 7 (Sowjetunion mit annektierten Gebieten) und Band 13 (Slowakei, Rumänien und Bulgarien) greifen. Wer Quellen zu den bulgarischen Deportationen sucht, wird neben Band 13 auch Band 14 (Besetztes Südosteuropa und Italien) heranziehen müssen. Band 15 thematisiert die Judenverfolgung in Ungarn, einschließlich der

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

annektierten Gebiete. Das ist in keiner Hinsicht konsequent und thematisch zielführend, denn die Verantwortlichen des vorliegenden Bandes sehen sich gezwungen, in ihren Einleitungen immer wieder auf Sachverhalte und Dokumente aus den Parallelbänden zu verweisen.

Alles andere entspricht den Erwartungen an eine vorbildliche Edition, die von namhaften Institutionen und Forschern herausgegeben wird: instruktive Regesten, ausführliche Register, kenntnisreiche Übersetzungen, exakte Quellennachweise, inhaltliche Aufschlüsselung der Dokumente durch Fußnoten, ergänzendes Kartenmaterial. Die Einleitungen aller drei Bearbeiterinnen bieten einen immer konzisen, faktenorientierten Überblick über alle jene Sachverhalte, die die Forschung über das Holocaustgeschehen in der Slowakei, Rumänien und Bulgarien herausgearbeitet hat. Die Literatur ist dabei erwartungsgemäß nur so weit berücksichtigt, wie sie hilft, die Dokumente einzuordnen.

Die Slowakei, Rumänien, Bulgarien waren zwischen 1940 und 1944 Bündnisstaaten des Dritten Reiches. Hier wie dort gab es einen lebendigen Nationalismus. Alle drei Regierungen erachteten die NS-Judenverfolgung als Chance, ihr Land ethnisch zu homogenisieren und durch Enteignung und Ausbeutung der „fremdartigen Juden“ den „nationalen“ Mittelstand zu fördern. Zu dieser perfiden Logik gehörte, dass zwischen den „fremden Juden“ und den „eigenen“ unterschieden wurde, zwischen jenen Juden, die außerhalb des „Altreiches“ lebten bzw. sprachlich-kulturell wenig eingebunden waren, und den eher „vertrauten“. Die „autochthonen“ Juden wurden entrechtet, enteignet und ausgebeutet. Sie sollten aber erst später, unter definierten Bedingungen, abgeschoben werden, weil sie noch gebraucht wurden, vielleicht auch wegen eines Restgefühls von Verantwortung. Doch weil die Übermacht der Alliierten um 1942/43 ganz offenkundig wurde und die Zivilgesellschaften neuerliches Selbstbewusstsein gewannen, wurden die Deportationen ausgesetzt. Für die „nicht-autochthonen Juden“ bedeutete die Vertreibung in den deutschen Herrschaftsbereich oder nach Transnistrien (unter rumänischer Herrschaft) die vollkommene physische Vernachlässigung, häufig auch den sicheren Tod.

Eine Ausnahme im zeitlichen Ablauf erlebte die Slowakei. Geographisch weiter westlich gelegen als Rumänien und Bulgarien, provozierte der slowakische Nationalaufstand vom 29. August 1944 den Einmarsch deutscher Truppen. Die Einsatzgruppen agierten wie zu Kriegsbeginn und wurden unterstützt von Teilen der Bevölkerung, den Hlinka-Garden und dem volksdeutschem Heimatschutz. Die Deportationen begannen wieder – Endzeitdynamik.

Insgesamt enthält der Band 343 Dokumente. Die meisten von ihnen sind erstmals ins Deutsche übertragen. Dabei gelingt den Bearbeiterinnen eine geschickte Auswahl ihrer Quellen. Einerseits werden ganz unterschiedliche Gesichtspunkte berücksichtigt, andererseits erhält der Leser einen Überblick über die Grundzüge des Geschehens. Deutlich wird, welch tiefe Wurzeln der Antisemitismus bei der extremen Rechten in Rumänien hatte. In der Slowakei verdichteten sich Antikommunismus, Antikapitalismus und Antitschechismus zu einem fremdenfeindlichen Judenhass, obwohl es „die Juden“ gar nicht gab und sie sich, weil mehrsprachig, an ihre Umgebung anpassten. Am schwächsten war der Antijudaismus in Bulgarien, weil die Griechen und Türken als Fremdgruppen viel stärker auffielen. Doch auch hier faszinierten der menschenverachtende deutsche Tatwille und der Drang zur nationalen Homogenisierung. Der Kollaborations-Holocaust, das macht der vorliegende Band deutlich, bedurfte keines weit zurückreichenden, von breiten Kräften der Bevölkerung mitgetragenen traditionellen Antisemitismus, um wirksam zu werden. Es genügte ein dissimilatorischer Nationalismus.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Was leistet der vorliegende Band? Er zwingt, das Holocaustgeschehen in einen gesamteuropäischen Kontext einzuordnen und nationale sowie regionale Unterschiede wahrzunehmen. Er macht den Leser vertraut mit einer Vielzahl von Dokumenten, die ihm ansonsten sprachlich kaum zugänglich wären. Er gibt einen Einblick in die Sprache und Aktionen der Täter und die Leiden und die Hoffnungen der Opfer. Er bietet Grundlage für eine quellengesättigte Analyse der gesamteuropäischen Dimension des Holocausts. Insofern bereichert er die Forschung. Er ist aber vor allem Instrument der universitären Lehre, denn die Holocaust-Forschung im engeren Sinne wird die jeweiligen nationalen, in ihrer Anzahl kaum mehr zu überblickenden nationalsprachlichen Quelleneditionen und Erinnerungen zurate ziehen, wenn nicht unmittelbar das Archivgut auswerten.

ARMIN HEINEN

Aachen

JGO 68, 2020/2, 312–315

Arnošt Štanzel

Wasserträume und Wasserräume im Staatssozialismus. Ein umwelthistorischer Vergleich anhand der tschechoslowakischen und rumänischen Wasserwirtschaft 1948–1989

Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2017. 378 S., 22 Abb. = Schnittstellen.

Studien zum östlichen und südöstlichen Europa, 8. ISBN: 978-3-525-30184-5.

Arnošt Štanzel macht sich in seiner 2016 im Rahmen der Regensburger und Münchner Graduiertenschule für Ost- und Südosteuropastudien abgeschlossenen Dissertation auf die Suche nach dem „Mensch-Natur-Verhältnis“ in der Tschechoslowakei und Rumänien ab 1948. Vor allem fragt er nach dem Verhältnis kommunistischer Eliten (gemeint sind in erster Linie Politiker*innen und wissenschaftliche Expert*innen) zur Natur. Dieses untersucht er an einer relativ großen Zahl unterschiedlicher Wasserinfrastrukturprojekte insbesondere für die Elektrizitätsproduktion, für den Hochwasserschutz und die Verbesserung der Schifffahrtsverhältnisse (Staudämme und Kanäle) und zur Landgewinnung. Ein eigenes Kapitel behandelt den Umgang mit Wasserverschmutzung in beiden Ländern im Vergleich.

Damit gehört Štanzel zur erfreulich wachsenden Gruppe von Forscher*innen im deutschsprachigen Raum, die mit umwelthistorischen Fragen die Geschichte Osteuropas bereichern oder gar neu schreiben. Viele Arbeiten konzentrieren sich wie diese auf das 20. Jahrhundert, weil eine Frage besonders zu interessieren scheint – ob sich etwas Besonderes im Verhältnis kommunistischer oder realsozialistischer Regime zur Natur ausmachen lässt. Dazu kursieren recht grobschlächtige Thesen wie die vom „Ökozid“ der Sowjetunion oder gleich eines pauschal gedachten Ostblocks insgesamt, die inzwischen bestenfalls noch als intellektuelle Reibebäume in Einleitungen und Schlussbetrachtungen taugen (so auch hier u. a. auf S. 13 und 306). Diesen wurden kaum weniger grobschlächtige Gegenthesen wie die vom *Stalinist environmentalism* entgegen geschleudert. Vor allem aber wurde inzwischen – wie in den Geschichtswissenschaften üblich – auf solche Thesen mit Differenzierung

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

geantwortet – in der Zeit (die Phase des Stalinismus wird von den in vielen Ländern eher reformorientierten 1960er Jahren unterschieden) aber auch im Raum, innerhalb des Ostblocks (Titos Jugoslawien ist anders zu bewerten als Ulbrichts DDR). Dazu kommen transnationale Vergleichsgeschichten zwischen Ost und West oder in globaler Perspektive, in denen Gemeinsamkeiten und Unterschiede beispielsweise im Natur- und Umweltschutz herausgearbeitet oder in Verflechtungsgeschichten Ost-West-Allianzen entdeckt werden (etwa bei der Errichtung oder Verhinderung von Kraftwerken oder Deponien). Štanzel ist sich des Potenzials solcher Zugänge bewusst und rezipiert dazu umfangreich einschlägige Literatur. Sein eigener Fokus liegt auf dem Vergleich Rumäniens mit der Tschechoslowakei.

Dieser Forschungsstand ist sicher holzschnittartig geraten, doch scheint er geeignet, Stärken und Schwächen von Štanzels Dissertation zu diskutieren. Da wäre einmal sein Beitrag zur historiographischen Auflösung eines monolithisch gedachten Ostblocks. Mit archivquellenbasierten Fallstudien leistet er hier Beiträge zu zwei Ländern, zu denen bis dato nur wenig Fundiertes (jedenfalls in anderen als den Landessprachen) verfügbar war. Štanzel behandelt Staudämme in den slowakischen (Orava) und rumänischen (Bicaz und Vidraru-Staudamm) Karpaten, den nur teilweise und nach langen zwischenstaatlichen Konflikten realisierten Umbau der slowakisch-ungarischen Donau mit dem realisierten Kraftwerk Gabčíkovo und dem ungebauten bei Nagymaros und die tiefgreifenden Veränderungen der unteren Donau (u. a. das Kraftwerk am Eisernen Tor) und des Donaudeltas in eigenen Kapiteln. Diese Fallstudien sind allesamt anschauliche Beiträge, um Dynamiken, Muster und Brüche in Varianten des Modernisierungs- und Industrialisierungsprozesses vor allem in den Peripherien Europas besser als bisher zu begreifen. Herausstreichen möchte ich insbesondere Štanzels Aufarbeitung rumänischer Fälle. Sowohl der 1984 unter Ceaușescu eröffnete Donau-Schwarzmeer-Kanal durch die Dobrudscha als auch die Umgestaltung weiter Teile der unteren Donau und des Deltas sind allein schon wegen der enormen räumlichen Dimension und mit Blick auf die Tiefe und Irreversibilität gesellschaftlicher Eingriffe in Ökosysteme bedeutende und immer noch vielen unbekannte Monumente der Folgen und Voraussetzungen industrieller Lebensweise. Diese Fälle sollten in keiner Umweltgeschichte Europas (nicht bloß Osteuropas) im 20. Jahrhundert fehlen. Štanzels Verdienst ist, sich dieser Forschungslücke materialreich angenommen zu haben.

Warum es dem Autor wichtig war, ein eigenes Kapitel zum Umgang mit Wasserverschmutzung im Vergleich beider Länder zu schreiben, ist weniger einsichtig. Alle anderen Fallstudien behandeln konkrete Eingriffe in Gewässerlandschaften. Štanzels Konzeption von Wasserverschmutzung als „räumliche Infrastruktur“ überzeugt nicht (S. 33). Die Ergebnisse dieses Kapitels lassen sich wie folgt zusammenfassen: In beiden Ländern gab es Gesetze, um dieses Umweltproblem einzudämmen (in der Tschechoslowakei mehr als in Rumänien). Diese wurden aber „schlichtweg nicht eingehalten“ (S. 300) und zwar, so der Autor, vor allem wegen der „Fixierung der beiden Staaten auf Wirtschaftswachstum“ (S. 302–303). Die auch in diesem Kapitel verfolgte Differenzierung in der Zeit führt zur Feststellung, dass „die politischen Konjunkturen [...] erstaunlich wenig Einfluss auf den Kampf gegen Wasserverschmutzung hatten“ (S. 301). Štanzel wollte mit dem Thema Wasserverschmutzung die „dunkle Seite“, die „Kehrseite“ (S. 23) der Moderne in Form nicht-intendierter Nebenfolgen der Industrialisierung in den Blick bekommen. Das hätte auch mit Staudämmen und Kanälen erfolgen können. Dafür hätte er allerdings die langfristigen Wirkungen solcher Eingriffe auf (Grund)wasserhaushalt oder Sedimentregime stärker beachten müssen – und zwar über die

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Wende 1989 hinaus. Die Temporalität politischer und natürlicher Prozesse ist verschieden und in der Umweltgeschichte geht es nicht zuletzt darum, beide ernst zu nehmen.

Worin bestehen die konzeptuelle Grundlagen dieses umwelthistorischen Vergleichs? Fließgewässer sind besonders dynamische Landschaftselemente. Nicht nur bei Extremereignissen wie Hochwässern oder Dürren, zeigt sich bei Flüssen, dass und wie naturale Prozesse auf Gesellschaften und ihren Wandel wirken. Flüsse sind besonders geeignet, Geschichten der Wechselwirkungen zwischen Natur und Kultur zu schreiben. Arnošt Štanzel hat viel Einschlägiges gelesen. In seiner weit ausgreifenden Einleitung rezipiert er Richard Whites *Organic Machine* von 1995 ebenso wie Marc Ciocs *Eco-Biography* des Rheins von 2002 oder Uwe Lübken's Buch zum Ohio von 2014 (und vieles mehr, auch zur Moderne nach Bruno Latour aber auch Zygmunt Bauman, zur Risikogesellschaft nach Ulrich Beck oder zu Infrastrukturen nach Dirk van Laak). Letztlich bleibt aber unklar, was er aus all diesen Lektüren für so wichtig hält, um es in seiner eigenen Arbeit tatsächlich umzusetzen. Hinter seiner konsequenten Rede von der „Hybridität“ von Wasserbauten scheint die Wirkmächtigkeit natürlicher auf gesellschaftliche Prozesse eher zu verschwinden. Sein Plädoyer für die „Akteursqualität“ (z. B. S. 20, 31, 33) von Natur bleibt irgendwie hohl, denn in den Fallstudien sieht man nur selten eine dynamische Natur konkret auf soziale Ordnungen und deren Wandel wirken – mit Ausnahme der allerdings nicht näher ausgeführten „komplizierten Geologie der Schüttelebene mit ihrem schwer einzuschätzenden Grundwasserregime“ beim Donaukraftwerk Gabčíkovo (S. 167). Die von vielen Historiker*innen kritisierte Rede von Natur als Akteur (S. 31) hätte er dazu gar nicht gebraucht, es hätte gereicht, die Wirkungen natürlicher auf gesellschaftliche Prozesse stärker in den Blick zu nehmen. Das der Arbeit zu Grunde gelegte Verständnis von Natur ist unklar (S. 11, Fußnote 3) und ontologisch (der Autor scheint mehrmals zu versuchen, Natur im Raum festzumachen), wo doch ein analytischer Naturbegriff sehr viel besser geeignet gewesen wäre. Das ist problematisch in einer Arbeit, die historische „Mensch-Natur-Verhältnisse“ (u. a. S. 21, 28, 38, 305, 324) untersuchen will. Denn das geht nur mit einem analytischen Naturbegriff, der notwendig ist, um Unterschiede zu und zwischen den Naturverständnissen historischer Akteur*innen bezeichnen zu können.

Wichtig sind für Štanzel andere Konzepte. In der Analyse seiner Fallstudien kommt er mit zwei „Ordnungsmustern“ (die mehr mit Raumproduktion nach Henri Lefebvre als mit Natur zu tun haben) aus, die er „Planung und Utopie“ und „Nachhaltigkeit“ (insbesondere S. 40–41, S. 306 ff.) nennt. Ersteres hat viel mit dem gemeinsam, was andere *high modernism* nennen, dominiert bis in die 1960er Jahre und wird (in manchen Fällen) von Zweiterem abgelöst. „Nachhaltigkeit“ scheint bei ihm all das zu umfassen, was man annäherungsweise „ökologisches Denken“ nennen könnte. Diese Ordnungsmuster dienen Štanzel als *explanans* seines Narrativs, sie sollen erklären, wie ein Raum umgestaltet, ob die ökologischen Folgen eines Eingriffs zumindest thematisiert oder gar in der Planung berücksichtigt wurden. Diese beiden Ordnungsmuster erscheinen auf den zweiten Blick mindestens so sehr *explananda* – also selbst wiederum erklärungsbedürftig – zu sein.

Die Lesbarkeit von Natur (S. 42) ist das zweite Konzept, das Štanzel gebraucht, um zu erklären, warum manche Wasserbauten schleppend, gar nicht oder zügig realisiert wurden, ob sie ihm als erfolgreich (wie im Fall des Donau-Schwarz-Meer-Kanals) oder als gescheitert gelten (im Fall des Donaodeltas, beides unter Ceaușescu). Das Argument lautet etwa: Wasserbauten wurden dann erfolgreich realisiert, wenn die dem Regime zuarbeitenden Expert*innen nicht nur von diesem gefragt und gehört wurden, sondern auch über das nötige Wissen verfügten, die zu verändernde

Natur zu „lesen“. Was eine Landschaft in diesem Sinne besser lesbar macht als eine andere, wird nur indirekt und ungefähr klar, ebenso die Kriterien an denen Štanzel den (Miss-)Erfolg eines Eingriffs (leider nicht über 1989 hinaus) misst.

Zurück zur forschungsleitenden Frage nach dem Mensch-Naturverhältnis. Štanzel schreibt dazu in seinem Fazit: „Die geschilderten Sachverhalte legen nahe, dass von einem staatssozialistischen Mensch-Natur-Verhältnis im Prinzip nicht die Rede sein kann“ (S. 327). Zu groß sind die Unterschiede zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei (was er mit seinem Forschungsdesign zeigen kann), zu groß die Gemeinsamkeiten mit dem „Westen“ und dem Rest der sich nach dem Zweiten Weltkrieg rapide industrialisierenden Welt (was er mit einer breiten Literaturlauswertung belegen will). Arnošt Štanzel hat zweifellos wichtige Grundlagen für einen differenzierten Blick auf den Ostblock in der Umwelt-Zeit-Geschichte geleistet. Dieses Buch hätte sich ein gewissenhafteres Lektorat verdient, es finden sich immer wieder Tippfehler, falsche Autorennamen (S. 32, 165, Fußnote 147) oder Jahreszahlen (S. 33, Fußnote 66). Auch manch faktische Aussage ist zumindest diskutabel, wenn etwa der Österreichischen Volkspartei „massiver Protest“ gegen das Donaukraftwerk Hainburg zugeschrieben wird (S. 164).

Die Lektüre dieses informativen Buches regt zu wichtigen und drängenden Fragen an. Wenn Štanzel Recht hat und sich das „Mensch-Natur-Verhältnis zur Zeit des Staatssozialismus in beiden Ländern nicht grundlegend von dem in anderen industrialisierten [...] Ländern“ unterscheidet, „vielmehr Ausdruck solcher Modernisierungswege und Vorstellungen bezüglich Natur [ist], wie sie kennzeichnend für die Moderne sind“ (S. 21) – was folgt daraus für unser Verständnis von Industrialisierungs- und Modernisierungsprozessen generell? Was sind die Triebkräfte hinter diesem historisch außerordentlichen Wandel im Umgang mit Natur, wenn es weder „politische Konjunkturen“ sind, noch einem die vom Autor angebotenen „Ordnungsmuster“ als Erklärung reichen? Wünschenswert sind mehr Bücher wie das von Štanzel und darauf aufbauend Vergleichs- und Verflechtungsgeschichten über den „Eisernen Vorhang“ hinweg, die sich als Beiträge zu einer Umweltgeschichte der industriellen Verwandlung der Welt, Europas – und nicht bloß Osteuropas – verstehen.

MARTIN SCHMID

Wien

JGO 68, 2020/2, 315–317

Borislav Chernev

Twilight of Empire. The Brest-Litovsk Conference and the Remaking of East-Central Europe, 1917–1918

Toronto, Buffalo, London: University of Toronto Press, 2017. XX, 301 S., 5 Abb., 2 Ktn.

ISBN: 978-1-4875-0149-5.

Die vorliegende Monographie ist die einzige umfassende neue Studie, die in einer westlichen Sprache zum einhundertjährigen Jubiläum der Friedensverträge von Brest-Litovsk erschienen ist. Sie

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

stammt von dem an der englischen Universität Exeter lehrenden Historiker Borislav Chernev und basiert auf seiner Dissertation zum gleichen Thema. Neu und sehr willkommen an ihr ist zunächst, dass sie nicht ausschließlich bilaterale Verhandlungen und einen der beiden Friedensschlüsse der Mittelmächte in den Blick nimmt, den Friedensschluss mit Sowjetrußland oder mit der Ukraine, sondern darüber hinausgehend das ganze Vertragswerk in seinen politischen Kontexten und Aushandlungsprozessen („peacemaking“) untersucht und darstellt. Neu sind aber auch ihre Beurteilungen, die von den klassischen Bewertungen als „Diktatfriede“ (Hallweg 1955 über den Frieden mit Sowjetrußland) und „Brotfriede“ (so schon die Zeitgenossen über den Frieden mit der Ukraine) abweichen.

Die sechs Kapitel und die Zusammenfassung sind übersichtlich und thematisch klar den unterschiedlichen Vertragsparteien Sowjetrußland, Ukraine, Bulgarien und dem Osmanischen Reich zugeordnet. Sie basieren jeweils auf Archiv- und Literaturrecherchen und einem gründlichen Studium der Fachliteratur in englischer, deutscher, russischer, ukrainischer und bulgarischer Sprache. Insgesamt entsteht so ein facettenreiches Bild, das nicht immer neu, aber sowohl reich an Details ist, als auch mittel- und längerfristige Auswirkungen der Friedensschlüsse benennt und diskutiert.

Kapitel 1 rekapituliert die historische Situation im Herbst 1917, stellt die wichtigsten Akteure der Verhandlungen sowie die unterschiedlichen Kriegsziele vor und analysiert die Verhandlungen bis zum Waffenstillstand Mitte Dezember 1917. Kapitel 2 geht näher auf die sich hinziehenden Gespräche über die verschiedenen Verständnisse des Selbstbestimmungsrechts der Völker ein, die im Unterschied zu früheren Darstellungen als wichtig im Kontext einer ideologisierten Außenpolitik (Sowjetrußlands) und ihrer Legitimität gewichtet werden und die am 22. Dezember 1917 beginnenden Friedensverhandlungen begleiteten. Kapitel 3 und 4 untersuchen die Hintergründe und den Verlauf der seit Januar 1918 separat geführten Verhandlungen mit den Vertretern der Ukrainischen Volksrepublik. Dabei geht Kapitel 3 näher auf die Hungerrevolten in den größeren Städten Österreich-Ungarns ein („Januarstreiks“), während Kapitel 4 den schnell zum Ziel führenden Verhandlungsverlauf skizziert, der selbstverständlich auch eine Antwort auf die sich hinschleppenden Verhandlungen mit Sowjetrußland war. Kapitel 5 schildert die vergeblichen bulgarischen Bemühungen, seine territorialen Gewinne und Kriegsziele, darunter vor allem die gesamte Dobrudscha, in Brest-Litovsk vertraglich mit den Bündnispartnern Deutschland und Österreich-Ungarn abzusichern. Chernev argumentiert hier vor dem Hintergrund eines insgesamt nicht sehr guten Forschungsstandes vorsichtig und weist auch auf die privaten Gespräche des bulgarischen mit den sowjetrussischen und ukrainischen Vertretern hin, nachdem die Mittelmächte großbulgarischen Vorstellungen gegenüber reserviert geblieben waren. Kapitel 6 rekapituliert abwägend die sich hinziehenden Verhandlungen mit Sowjetrußland im Januar–Februar 1918, die Wiederaufnahme des Krieges mit Sowjetrußland durch das Kaiserreich seit Mitte Februar sowie den Abschluss des Friedens mit Sowjetrußland. Chernev deutet diesen Frieden im Unterschied zu einem Teil der (deutschen) Forschung nicht als „Diktatfriede“, sondern als „peace of decolonization“ (S. 215). Diese weitreichende Deutung wird aber leider nicht eingehender begründet. Die knappe Zusammenfassung weist vor allem auf die sowjetische Tradition einer ideologisierten Außenpolitik hin, die mit Brest-Litovsk begann und erst mit Gorbatschow ein Ende fand.

Es gibt durchaus kritische Nachfragen an und Desiderata in der Darstellung. Ein erster Punkt betrifft die jeweiligen Gewichtungen der Friedensschlüsse: Chernev stellt den häufig vernachlässigten oder sogar übersehenen Frieden mit der Ukraine in zwei sehr guten Kapiteln dar: sowohl mit

seinen Hintergründen, vor allem dem Massenhunger in den Städten Österreichs, als auch in seinem Aushandlungsprozess. Die ukrainische Delegation zwang die österreichische Seite (Ottokar von Czernin) als Gegenleistung für umfangreiche Lebensmittellieferungen zu politischen Zugeständnissen (Zuerkennung von Cholm/Chelm zur Ukrainischen Volksrepublik sowie das Versprechen eines eigenen Kronlandes Ostgalizien und Nordbukowina), was ein Erfolg für die junge ukrainische Diplomatie war. Der Friede mit Sowjetrußland wird zwar auch in zwei chronologisch angelegten Kapiteln (2 und 6) abgehandelt, aber der innenpolitische Kontext sowie die Folgen werden weniger detailliert dargestellt. Es fehlt hier sowohl eine eingehendere Analyse der unterschiedlichen Strömungen und Meinungen in der Partei der Bolschewiki, aber auch weiterer Gruppen und Organisationen der sowjetrussischen Gesellschaft. Ein zweiter Punkt bezieht sich auf die Diskussion des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Hier stellt Chernev als neu heraus, dass Lenin während des Krieges und 1917–18 und damit zeitlich vor dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamiert habe, wenn auch in einer politisch spezifischen Weise (S. 43–44). Das mag für die englischsprachige Fachliteratur neu sein, ist aber zumindest in der deutschsprachigen Fachliteratur seit längerem bekannt und vor einigen Jahren von Jörg Fisch noch einmal deutlich dargestellt worden. Schließlich fehlt drittens eine genauere Darstellung des Zusatzabkommens zum Friedensschluss mit Sowjetrußland vom 27. August 1918 mit wichtigen ökonomischen Bestimmungen bzw. Kriegskontributionen sowie generell eine Erörterung der ökonomischen Auswirkungen der Friedensverträge.

Hervorheben lässt sich zusammenfassend, dass die Darstellung den Blick gleichermaßen auf die verschiedenen Akteure der Verhandlungen wirft und besonders in Auseinandersetzung mit der deutschen Historiographie zu einer Neueinschätzung der Friedensschlüsse von Brest-Litovsk gelangt, die überfällig ist. Das Buch wird sicherlich zu weiteren Diskussionen führen, was als Kompliment zu verstehen ist.

GUIDO HAUSMANN
Regensburg

JGO 68, 2020/2, 317–320

Włodzimierz Borodziej / Maciej Górny

Der vergessene Weltkrieg. Europas Osten 1912–1923. Bd. 1: Imperien (1912–1916). Bd. 2: Nationen (1917–1923)

Aus dem Polnischen übers. von Bernhard Hartmann. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2018. 960 S., 7 Ktn., Abb. ISBN: 978-3-8062-3820-4.

Einhundert Jahre nach Beginn und Ende des Ersten Weltkriegs sind zahlreiche Übersichtsdarstellungen sowie Spezialuntersuchungen zu Einzelthemen erschienen. Osteuropa und die Ostfront werden dabei in Gesamtdarstellungen weniger behandelt, hingegen haben Fall- und Detailstudien zu verschiedensten Themenbereichen von Front und Hinterland seit längerem neue Erkenntnisse hervorgebracht. Während es der westlichen Weltkriegsforschung oft am Interesse an oder genaue-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

rer Kenntnis der Ostfront bzw. Ostmitteleuropas im Weltkrieg fehlt, hat sich zuletzt die nordamerikanische Osteuropaforschung produktiv bei umfassenderen Überblickswerken eingebracht. Mit einer zeitlich ausgreifenden Untersuchung der beiden polnischen Historiker liegt nun auch eine alltags- und mentalitätsgeschichtlich gewichtete Gesamtdarstellung für die Ostfront und ihr näheres Hinterland vor. In Osteuropa waren die Umbrüche während wie unmittelbar nach dem Krieg tiefgreifend und komplex. Das erschwert die Übersicht, für die die beiden Autoren mit ihrer Studie eine breite Schneise geschlagen haben.

Es geht ihnen nicht um die große staatliche Politik, die Militär- oder eine Organisationsgeschichte. In ihrem Fokus stehen die vom Krieg betroffenen Gebiete und Menschen, ihre Wahrnehmung und ihr Überlebenskampf. Die Perspektive reicht dabei extensiv von Estland bis nach Serbien und Griechenland, während die Etappenzonen hinter den Fronten (preußische Provinz Posen, Weißrussland, Slowakei) außerhalb des Blickfelds bleiben. Allerdings geht der zweite Band auf die Probleme der ab Ende 1918 neu entstehenden Staaten Ostmittel- und Südosteuropas ein.

Ihre Deutungen belegen die Verfasser mit erklärenden Exkursen und zahlreichen Quellenzitate, überwiegend von Zeitzeugen. Exkurse wie Zitate sind optisch durch andere Schrifttypen abgesetzt und erleichtern durch die formale Gliederung die Lektüre. Die eher sparsam gesetzten Endnoten – im polnischen Original Fußnoten – sind ohne weitere Adaption an die deutsche Fassung wie auch mehrere Karten im Anhang untergebracht. Ihre umfassenden Kenntnisse beziehen die Autoren kaum aus Archiven, sondern aus einer großen Bandbreite wissenschaftlicher Studien und der Memoirenliteratur in polnischer, deutscher, englischer, tschechischer, russischer, französischer, serbisch-kroatischer, ukrainischer und sogar ungarischer Sprache. Dabei sind ukrainische und russische Titel unsystematisch transkribiert und gelegentlich auch kyrillisch wiedergegeben. Mehr noch als diese Sprachkompetenz beeindruckt die geschickte Auswertung der reichhaltigen Literatur zum Weltkrieg und zu den daran anschließenden Konflikten und Problemen. Diese Literatur ist unüberschaubar geworden, daher besticht die – durch zwei Autoren freilich leichter zu bewältigende – Menge des Quellenmaterials zu teilweise wenig bekannten Prozessen. Angesichts dieser Leistung fallen gelegentlich falsche Daten in Details und Druckfehler vor allem im zweiten Band nicht ins Gewicht. Eher besteht die Gefahr, dass das kaleidoskopartige Verfahren der Erzählung zuweilen in holzschnittartige Versatzstücke abzugleiten droht. Zu einem beträchtlichen Teil liegt es an dem historiographiegeschichtlichen, eo ipso schwierigen und ausgreifenden Themenkreis, dass die Darstellung zum Kriegsende zerfasert, wie im zweiten Band greifbar wird. Faktographisch mag man der Feststellung misstrauen, der „Osten“, also die Kriegs- und Besatzungszone der Mittelmächte, sei von Mitteleuropäern als ein einheitliches Ganzes wahrgenommen worden (Bd. 1, S. 337 ff.), das als „Halbasien“ angesehen wurde. Die Meinung, dass die Forschung zur Kriegsgefangenschaft in Osteuropa gerade erst begänne, kann der Rezensent nicht teilen (I, S. 384). Gleichermaßen scheint die Enttäuschung der Verfasser zum Stand der polnischen Forschung zur Weltkriegsepoche nicht ganz berechtigt (I, S. 381). Gut herausgearbeitet ist die komparativ dargestellte Besatzungspolitik der Kriegsmächte, die in den verschiedenen Territorien sehr unterschiedlich war. Insgesamt scheint das Verständnis der detailreichen Darstellung umso leichter, je besser die allgemeinen Kenntnisse zum Weltkrieg und zum osteuropäischen Schauplatz beim Leser sind. Dabei berühren die Autoren auch bislang wenig beachtete Phänomene, was zu überraschenden Hintergründen und Fakten führt. Dazu gehören etwa ausgreifende Infrastrukturmaßnahmen von Besatzern: In Ober Ost bauten die Deutschen 200 neue Schienenkilometer, wovon später die Republik Litauen profitierte,

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

und im österreichisch besetzten Serbien oder Rumänien war die Versorgungslage besser als in Cis-leithanien (I, S. 322 ff.).

Im Fokus steht die Erfahrung vor Ort, die durch die Wahrnehmung der Zeitgenossen reflektiert ist: Soldaten, Bauern, Städter, Arbeiter, Besatzer und die jüdische Bevölkerung. Genderaspekten wird große Aufmerksamkeit eingeräumt. Damit ist eine eher selten beachtete Innenperspektive hergestellt. Dies ist eine große Stärke der Erzählung. Sie behandelt eine Vielzahl von Themen, so etwa im zweiten Band die Ethnisierung der Vielvölkerreiche während des Krieges sowie die ethnisch-sprachliche Kartographie und die Argumentationsstrategien der entstehenden neuen Staaten in ihrer Grenzpolitik bei den Verhandlungen zur Herstellung einer Nachkriegsordnung. Ein wichtiges Thema ist auch die Dezentralisierung der Gewalt an der Ostfront in der Spätphase des Krieges.

Die Erfahrungen von Stadt und Land sind deutlich unterschieden, wobei Städte der engeren, gelegentlich auch der rückwärtigen Kriegszone gut vertreten sind: Riga, Vilnius, Warschau, Łódź (auch Radom und Kielce), Krakau, Przemyśl, Lemberg, Prag/Böhmen, Czernowitz, Belgrad, teilweise Bukarest. Weißrussland, Dnepr-Ukraine, Ungarn, Bulgarien bleiben außerhalb der Perspektive, die Tschechoslowakei tritt aber im zweiten Band mit der Staatsgründung in den engeren Gesichtskreis, ebenso Griechenland nach 1918. Den sozialen Verwerfungen in den Kriegsgesellschaften wird dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Deutlich wird die Verschärfung des Gegensatzes von Stadt und Land, und zwar unabhängig von multiethnischen Gemengelagen (I, S. 298 ff.). Die Virulenz antisemitischer Stimmungen und der Judenverfolgung beschreibt eine der wichtigsten Gruppe an Opfern, im Krieg wie auch nach Kriegsende in den neuen Nationalstaaten, was im zweiten Band sehr deutlich wird.

Die ausgreifende Betrachtung endet in der geographischen Zone, in der 1903/12 die kriegerische Disposition begann: in Südosteuropa, bzw. mit dem griechisch-türkischen Krieg von 1922, wo sich das prinzipielle Problem der neuen bzw. jungen Nationalstaaten besonders gewalttätig niederschlug. Mit dem Balkan als ursächliche Konfliktzone der Vorkriegszeit ist eine Verbindung insbesondere zu Christopher Clarks Studie (*Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*. München 2013) hergestellt. Für die Nachfolgestaaten Ostmitteleuropas endet dagegen die Darstellung im Wesentlichen schon 1920 mit dem polnisch-sowjetischen Krieg und dem Frieden von Riga 1921.

Anregend ist auch ein etwas überraschender Vergleich der wirtschaftlich-sozialen Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa nach 1918 und nach 1989. Im letzten Kapitel „Mafia“ (II, S. 351–480) werden die Gewinner und Verlierer des Krieges bilanziert.

Ein Wort zu der im Ganzen gelungenen Übersetzung. Der polnische Originaltitel von 2014 spricht von „Unserem Krieg“ (*Nasza wojna*. Bd. 1 *Imperia 1912–1916*, Bd. 2 *Narody 1917–1923*). Das konterkariert die in Polen teilweise bis heute bestehende Vorstellung, der Krieg der Teilungsmächte Polens sei nur für die neuerliche Staatsgründung Polens im November 1918 relevant. Für den deutschen Titel wurde der ebenfalls marktorientierte Begriff vom „vergessenen Weltkrieg“ gewählt, in Analogie zu früheren Publikationen zur Ostfront im Ersten Weltkrieg, und zuletzt einer Übersicht des Straßburger Historikers Alexandre Sumpf (*La Grande Guerre oubliée. Russie, 1914–1918*. Paris 2014) unter Betonung von innovativ untersuchten, teilweise wenig bekannten Themen. Interessierte der Erste Weltkrieg die polnische Forschung hauptsächlich als Vorgeschichte zur wiedererlangten Staatlichkeit, so täuscht der polnische Titel geschickt darüber hinweg, dass eine Vielzahl von „nichtpolnischen“ Themen und Phänomene in eine ausgreifende Perspektive eingebunden sind.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Das ist eine große Leistung der Autoren. Die deutsche Übersetzung erreicht dort ihre Grenzen, wo es speziell wird und historisches bzw. regionales Detailwissen gefragt ist. Ungeachtet einiger Fehler und Ungenauigkeiten ist die vorliegende Übersetzung generell flüssig und gut lesbar.

Ohne Zweifel handelt es sich bei dem Werk um einen großen Wurf, der mehr ist als ein riesiger Steinbruch, in dem sich die Forschung nun bedienen kann. Hervorzuheben ist, dass die Autoren ausgewogen und fair urteilen und sich nicht durch „eindeutige“ Befunde nationaler oder älterer Deutungen leiten lassen. *Nasza wojna / Der vergessene Weltkrieg* beschränkt sich nicht auf (ehemals) polnische Gebiete, und der Originaltitel kann auch als Aufruf an die polnische Leserschaft verstanden werden, sich dieser Geschichte anzunehmen. Ebenso stellt die deutsche Übersetzung für ein breites Publikum eine große Bereicherung dar.

REINHARD NACHTIGAL

Freiburg im Breisgau

JGO 68, 2020/2, 320–322

Helmut Altrichter

Stalin. Der Herr des Terrors. Eine Biographie

München: Beck, 2018. 352 S., 14 Abb. = Diktatoren des 20. Jahrhunderts.

ISBN: 978-3-406-71982-0.

Die Figur Stalin und dessen Gewaltherrschaft, die als Stalinismus bezeichnet wird und für das Leid und den Tod von Millionen von Menschen verantwortlich war, stehen nach wie vor im Fokus der Forschung. Zuletzt wurde sein Tod sowohl in der wissenschaftlichen Literatur als auch in Spiel- und Dokumentarfilmen verarbeitet. In Russland verschiebt sich die öffentliche Wahrnehmung, gesteuert durch die staatliche Geschichts- und Erinnerungspolitik, hin zu einer immer unkritischeren bis positiven Sichtweise. Helmut Altrichter hat nun eine weitere Arbeit vorgelegt, die sich mit der Biographie Stalins auseinandersetzt und den Schwerpunkt auf die Entwicklung hin zum Gewaltherrscher – dem „Herrn des Terrors“ – legt.

Altrichter beschreibt die Vita Stalins von dessen Kindheit in Georgien bis zu seinem Tod auf einer Datscha im Moskauer Umland. In elf Kapiteln werden die Themen „Herkunft und Jugend“, erste revolutionäre Aktivitäten, Beteiligung an der Revolution, Bürgerkrieg, Kampf um die Nachfolge Lenins, Kollektivierung, Terror der 1930er Jahre, Zweiter Weltkrieg sowie die Nachkriegszeit und sein Ende behandelt. Für jedes Kapitel wählte Altrichter ein markantes Ereignis samt Datum als Überschrift.

Der Autor folgt keiner zentralen These, sondern ist bemüht, ein ausgewogenes Bild des Diktators zu zeichnen, wobei aktuelle Forschungsergebnisse und verschiedene Forschungsdisziplinen durchaus Berücksichtigung finden.

Sehr wohl wendet er sich gegen die hagiographischen Darstellungen der „Parteibiographie“ (S. 13) und entmystifiziert das Bild von einem Stalin, der sehr früh für die Kommunistische Bewegung gearbeitet hätte. Iosif Džugašvili, geboren 1878, war ein Junge aus einfachen Verhältnissen, der

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

im Priesterseminar in Gori zunächst ein sehr fleißiger Schüler war, dann aber immer mehr in den Bannstrahl der georgischen Nationalbewegung geriet. Nach dem vorzeitigen Verlassen der Schule bezeichnet Altrichter dessen Übergang zur politischen Aktivität als „allmähliches Abgleiten“ (S. 13) und nicht als direkten Parteibeitritt. Tatsächlich begann eine unstete Phase in Stalins Leben, der sich nach einem georgischen Romanhelden „Koba“ nannte (S. 13), das zwischen Herumtreiberei, Beteiligung an Raubzügen und Waffenschmuggel sowie der politischen Agitation oszillierte. 1900 wurde Stalin erstmals verhaftet und verbrachte fortan immer wieder Jahre in Gefängnissen und im sibirischen Exil. Für Altrichter ist wichtig zu zeigen, dass Stalin sich bereits in der Illegalität eine gewisse Position in der Partei und den Respekt Lenins erarbeiten konnte, weil er engagiert war, was die Beteiligung an den Raubzügen zur Parteifinanzierung dokumentierte. Zudem blieb er im Gegensatz zu den Parteigrößen wie Lenin im Lande und konnte dort operieren, auch wenn Stalin – laut Altrichter – sich zeitweise von der politischen Aktivität zurückgezogen habe. Während der Revolution wurde er wieder aktiv, unterstützte Lenin und spielte die Rolle des Machers, der „hinter den großen Kulissen“ (S. 80) agierte.

Für Altrichter kam der Aufstieg Stalins nach Lenins Tod 1924 nicht überraschend. Immerhin war dieser Volkskommissar und seit 1922 Generalsekretär des ZKs, gehörte unbestritten zum inneren Führungskreis der Bolschewiki und bildete eine wichtige Stütze Lenins. Altrichter sieht die Ablehnung Stalins in Lenins Testament, dessen Authentizität er in Frage stellt, als Versuch des sterbenden Führers, über seinen eigenen Tod hinaus Macht auszuüben.

Es folgen die Schilderungen des Machtausbaus, der Kollektivierung, des Holodomors – der Hungersnot in der Ukraine – sowie außenpolitischer Anstrengungen, die relativ knapp abgehandelt werden, was dem Charakter einer Biographie entspricht. Das Kapitel „Der Staatsterrorist“ schildert ausführlich den Massenterror der 1930er Jahre, der in den Jahren 1937/38 seinen traurigen Höhepunkt fand. Altrichter bezieht sich dabei auf die aktuelle Forschung und arbeitet Stalins zentrale Rolle heraus; für Stalin wurde Gewalt – in unterschiedlichen Formen – zu seinem persönlichen Politikstil und zum probaten Rezept zur Lösung sämtlicher Probleme mit furchtbaren Folgen – wobei der Autor keine abschließenden Opferzahlen nennt.

Vom Angriff durch NS-Deutschland zeigte sich Stalin überrascht und verfiel in eine Art Depression. Dennoch blieb er im Winter 1941 in Moskau, während Regierung und Partei bereits vorsorglich evakuiert worden waren. Im Krieg versuchte er, seinen gewalttätigen Herrschaftsstil beizubehalten und ließ etwa erfolglose Kommandeure hinrichten. Letztlich sah er aber ein, so der Autor, dass er auf militärische Experten angewiesen war – was diese jedoch nicht von späterer Verfolgung verschonen sollte.

Klarer als in anderen Biographien wird auf Stalins Antisemitismus hingewiesen, der nach dem Krieg immer deutlicher zu Tage trat und in Gewaltakten und Verfolgungen mündete, wie etwa der sogenannten Ärzteverschwörung. Ironischerweise waren daher zum Zeitpunkt seines letalen Infarktes im März 1953 sämtliche Kremlärzte verhaftet, weshalb eine rasche Behandlung ausblieb (S. 323). Xenophobe Gewalt gegen ethnische Minderheiten, etwa während des Großen Terrors, findet knappe Erwähnung. Der Georgier Stalin folgte spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg einem russisch-nationalem Narrativ. Die virulente institutionalisierte Fremdenfeindlichkeit und der Rassismus gegen verschiedene ethnische und soziale Gruppen thematisiert die Studie insgesamt aber zu wenig. Im Stalinismus wurden „Feinde“ nicht mehr als menschliche Wesen behandelt. Themen

wie die Multiethnizität oder das Alltagsleben des einfachen Sowjetbürgers, der häufig ebenfalls von der Gewalt betroffen war, kommen nicht vor.

Die Biografie erschien in der Reihe *Diktatoren des 20. Jahrhunderts*, die vom Münchner Institut für Zeitgeschichte herausgegeben wird. Das Buch ist ein Auftragswerk, dem leider ein wissenschaftlicher Nachweis-Apparat fehlt, wobei ein Literatur- und Quellenverzeichnis im Anhang vorliegt. Dieses Manko, das der Autor anmerkt, beruht auf Vorgaben des Verlages.

Neue Perspektiven oder Forschungsansätze lieferte der Band nicht. Er beantwortet auch nicht die Frage, inwiefern die kommunistische Ideologie das Handeln Stalins beeinflusste oder ob er einfach ein psychopatischer Gewaltmensch war, wie jüngst behauptet wurde.

Das Buch gibt eine gute Übersicht über die politische Person Stalin und geht auf die aktuelle Forschung ein. Als Einstiegslektüre in das alptraumhafte Universum der Sowjetunion unter dem Diktator ist das Werk gleichwohl zu empfehlen.

BJÖRN M. FELDER
Göttingen

JGO 68, 2020/2, 322–324

Reinhard Meier

Lew Kopelew. Humanist und Weltbürger

Mit einem Vorwort von Fritz Pleitgen. Stuttgart: Theiss, 2017. 304 S., 20 Abb.

ISBN: 978-3-8062-3488-6.

Eine „Jahrhundertbiographie“ hat der Bremer Osteuropa-Historiker Wolfgang Eichwede das Leben des Lev Zinov'evič Kopelev bei dessen Tod im Jahr 1997 genannt. Und in der von Eichwede begründeten Forschungsstelle Osteuropa ist auch der größte Teil der Lebenszeugnisse Kopelevs verwahrt. Aus ihnen vor allem hat Reinhard Meier, ein ehemaliger Moskau-Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung, für seinen materialreichen biographischen Abriss geschöpft.

Alle diese Nobilitierungen stimmen – und stimmen auch nicht so ganz. Kopelev, in dessen Bannkreis Meier in seiner Moskauer Zeit geraten war, war eine zutiefst widersprüchliche Figur. Seine leidenschaftlichen politischen Parteinahmen und literarischen Urteile wie seine persönlichen Zuwendungen oder Abwendungen waren keineswegs immer auf einen schlüssigen Nenner zu bringen; aber diese lebenslangen, manchmal qualvollen Selbstrevisionen hatten einen geistigen und moralischen Motivkern, der so authentisch und integer wie nur möglich war.

„Seine wirksamste Botschaft war er selbst“, hat Christa Wolf an seinem Grab 1997 gesagt. Sie wusste, wovon sie sprach: Kopelev hatte sie und ihren Mann – mit denen er seit den 1960er Jahren befreundet gewesen war – mit Ingrim gegen Kritiken verteidigt, die ihnen ihre unklare Halblosigkeit gegenüber dem DDR-Regime vorhielten. Aber zu diesen Kritikern konnten dann eben auch andere Freunde wie etwa Wolf Biermann gehören, mit dem sich Kopelev entsprechend erbittert und öffentlich stritt.

Kopelev war tatsächlich ein Genie der Freundschaften – er weckte tiefe Sympathien und konnte sie mit eigener, tiefer Sympathie erwidern, was naturgemäß Konflikte und Enttäuschungen einschloss. Keiner hat seine Wirkung so plastisch beschrieben wie Heinrich Böll: „Es war Freundschaft auf den ersten Blick, als wir uns in Moskau vor fast zwanzig Jahren zum ersten Mal begegneten, es war eine Freundschaft, die mehr hielt, als sie versprach ... Da gab es gewisse äußere Ähnlichkeiten: Gleichgültigkeit gegenüber Kleidung, beide nie so richtig angeschrift, schon gar nicht adrett, beide nie so recht diszipliniert und auch nicht so recht disziplinierbar; doch da war weitaus mehr, das uns verband, und ich weiß bis heute nicht so recht, worin es besteht; es hat einer wohl doch Brüder, die nicht durch die Biologie als solche bestimmt sind und die auch nicht unter das Schlagwort Brüderlichkeit fallen.“ (FAZ, 17.10.1981, zitiert nach Meier, S. 133)

Warum sollte das heute noch interessieren? Nicht nur, weil Kopelevs Freundschaftsnetzwerk in seiner Moskauer wie in seiner Kölner Zeit, sekundierte und manchmal korrigiert von seiner Frau Raisa Orlova, so viele bedeutende und interessante Personen umfasste, mit denen er auch intensive Briefbeziehungen unterhielt. Sondern dieses Netzwerk war ein wichtiges Medium der Kommunikation in einer Zeit, in der innerhalb der Sowjetunion wie zwischen den verfeindeten Weltlagern ein unzensurierter und freier Verkehr kaum möglich war. Wenn es nicht zu verquer klingt, möchte man diese Rolle mit der Rahel Varnhagens hundert Jahre früher vergleichen, nur dass der „Salon“ der Kopelevs, sehr zeitgemäß, ihre Moskauer Küche und Wohnung war, und nach ihrer unfreiwilligen Exilierung 1983 über 15 Jahren hinweg noch einmal die Kölner Küche und Wohnung, in denen sich Besucher und Freunde manchmal die Klinke in die Hand gaben.

Der existenzielle Zug, den diese Verbindungen und Freundschaften vielfach hatten, lag nicht nur in den engeren Zeitumständen, sondern griff tiefer. Mit Böll war es eine Konfrontation von Erfahrungen, die in die Weltkriegszeit zurückreichten, als Böll als Wehrmachtssoldat beim „Russlandfeldzug“ dabei war, Erfahrungen, die er auch in Erzählungen verarbeitet hatte, während Kopelev als Propaganda-Offizier der Roten Armee, als Kommunist, aber eben auch in deutscher Sprache und Kultur Bewanderter dafür zuständig war, die Moral der Invasoren mit Flugblättern und Lautsprecheragitation zu erschüttern und Gefangene (darunter hohe Offiziere) zu verhören.

Im Frühjahr 1945 war er in Ostpreußen wegen seines Einschreitens gegen Plünderer und Vergewaltiger in den eigenen Reihen und angeblicher Milde gegenüber den „Fritzen“ verhaftet worden, obwohl er ganz und gar als Offizier gehandelt hatte, der um die Disziplin seiner Soldaten besorgt war – allerdings auch als Kommunist, für den Deutschland das Mutterland des Marxismus und einer klassischen Bildung gewesen war. In den Denunziationen seiner Kollegen spielte untergründig bereits Kopelevs jüdische Herkunft eine Rolle, die ihn für den zunehmend großrussisch kodierten „Sowjetpatriotismus“ der stalinistischen Politruks verdächtig machte.

In einem Sonderlager für als Spezialisten eingesetzte Gefangene (einer *šaraška*) hatte Kopelev den ebenfalls in Ostpreußen als jungen Offizier wegen kritischer Äußerungen gegen die politisch-militärische Führung verhafteten Aleksandr Solženicyn kennengelernt und mit ihm eine Freundschaft geschlossen, die sich in unzähligen, oft kontroversen Grundsatzdebatten über alle Fragen von Gesellschaft und Glaube, Leben und Tod bewährt hatte. In der Gestalt des „Rubin“ hat dieser im Roman „Der erste Kreis“ seinem einstigen *šaraška*-Gefährten ein literarisches Denkmal gesetzt, so wie sich selbst in der Gestalt des Leutnants Neržin, der zum alten orthodoxen Glauben zurückfand, während sein Freund und Widerpart Rubin hartnäckig an seinem kommunistischen Credo festhielt. Dass dies auch eine russisch-jüdische Auseinandersetzung war, signalisierten schon die

Namen der beiden Protagonisten. Es war Kopelev, der sich lange weigerte, es so zu sehen, weil für ihn selbst sein Judentum keine Rolle spielte, und weil er seinem alten Haftgefährten die Treue hielt, auch als dieser vor und nach seiner Ausweisung 1974 aus der Sowjetunion sich kaum noch daran erinnern wollte, dass er die Anfänge seines literarischen Ruhms in den früher 1960er Jahren nicht zuletzt Kopelev und Orlova verdankte, die seine ersten Manuskripte in den Literaturbetrieb eingespeist hatten.

Diese lange, in wachsenden Auseinandersetzungen und qualvollen Zerwürfnissen endende Beziehung mit Solženicyn ist eine der Achsen des Buches von Reinhard Meier, zu dem er viele, auch unbekannte Dokumente (Briefe und Berichte) beiträgt. Insgesamt kann seine Darstellung aus den dramatisch bewegten und eindringlich selbstreflexiven Erinnerungen Kopelevs schöpfen, vor allem seiner autobiographischen Trilogie (*Lehrjahre eines Kommunisten*, *Aufbewahren für alle Zeit* und *Tröste meine Trauer*), deren literarischen und zeithistorischen Rang man kaum überbewerten kann. Wie das gemeinsam mit Raisa Orlova verfasste Buch *Wir lebten in Moskau*, das das Milieu der halboffiziellen oder dissidenten Öffentlichkeit der 1960/70er Jahre lebhaft schilderte, wurden Kopelevs Werke in der Bundesrepublik der 1980/90er Jahre zu großen Best- und Longsellern. Zu verdanken war das – wie die prominente Rolle überhaupt, die Kopelev mit seiner von Ferne an Tolstoj gemahnenden, hünenhaften, Weisheit ausstrahlenden Figur in der deutschen Öffentlichkeit einnahm – seinem großen Freundschaftsnetz, das neben Schriftstellern einflussreiche Journalisten wie Gräfin Dönhoff, Fritz Pleitgen, Klaus Bednarz und Gerd Ruge umfasste.

Dass Reinhard Meiers Buch von Kopelevs ausstrahlender Persönlichkeit nur ein verhaltenes, ganz von den Quellen lebendes Bild zeichnet, kann man ihm nur teilweise vorwerfen. Eher hätte es sich vielleicht gelohnt, der Frage weiter nachzugehen, wie die prominente Rolle sich erklärt, die der Mann (recht spät in seinem Leben und für ihn selbst durchaus unerwartet) in der deutschen Öffentlichkeit eingenommen hat, mehr als woanders in der Welt oder auch als daheim, wo er heute fast vergessen ist. Das hatte natürlich ebenso viel mit den Nachkriegsdeutschen selbst zu tun als mit ihm als Person – eine Grundüberlegung, die auch meiner Mitwirkung an seinem späten Großprojekt der „West-östlichen Spiegelungen“ zugrunde lag, das über die Jahrhundert hinweg die Russlandbilder der Deutschen und vice versa erkundet hat und für die kultur- und geistesgeschichtliche Forschung ein enormes Material zur Verfügung gestellt hat. Diesen Fragen sind wir in einem langen, explorierenden Gespräch nachgegangen, das als Einleitung zu unserem gemeinsam herausgegebenen Band *Deutschland und die russische Revolution 1917–1912* gedient hat – dessen Erscheinen im Frühjahr 1998 Kopelev leider nicht mehr erlebt hat.

GERD KOENEN

Frankfurt/Main



This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

JGO 68, 2020/2, 325–327

Mirjam Sprau

Kolyma nach dem GULAG. Entstalinisierung im Magadaner Gebiet 1953–1960

Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2018. IX, 408 S., 70 Abb.

ISBN: 978-3-11-055555-4 (Hardcover).

Berlin: De Gruyter Oldenbourg, 2019. IX, 408 S., 70 Abb. ISBN: 978-3-11-068254-0 (Paperback).

Im April 2019 überraschte der Moskauer YouTuber Jurij Dud' mit dem unkonventionellen Dokumentarfilm *Kolyma, Heimat unserer Angst* (https://www.youtube.com/channel/UCMCgOm8GZkHp8zJ6l7_hluA). Dud' begibt sich mit seinem Zugang bewusst in die Sphäre des Politischen. In der Russländischen Föderation hat I. V. Stalin längst wieder einen prominenten Platz in der Öffentlichkeit, das „Sich-nicht-einmischen“ (*ne lez'*) versteht sich seit fast zwei Jahrzehnten wieder als Handlungsanweisung einer Gesellschaft, in deren Vergangenheit (teilweise bis heute) Angst eine zentrale Komponente darstellt. Entsprechend dem Untertitel will Dud' auch einigen – d. h. der jüngeren Generation – darüber „erzählen“ und andere – d. h. die Älteren, noch Lebenden – wiederum daran „erinnern“. Schon in dieser Formulierung zeigt sich eine mehr oder weniger offen geäußerte Kritik an der vorherrschenden Geschichtspolitik seines Staates. Im Gegensatz zu Dud' hat die historische Forschung über den Stalinismus innerhalb Russlands mitunter Schwierigkeiten, Gehör zu finden. Vielfach wird sie auf unterschiedlichste Weise durch die Staatsmacht behindert oder unterwirft sich einer nur schwer zu umgehenden Selbstzensur. Die prekäre Situation, in der sich etwa die Organisation Memorial befindet – die sich seit den 1990er Jahren der Dokumentation und Erforschung von Verbrechen des Stalinismus widmet – sei stellvertretend dafür erwähnt. Umso bemerkenswerter ist es, dass sich eine deutsche Historikerin in ihrer Dissertation mit diesem Themenkomplex auseinandersetzt. Dazu kommt nicht nur die physisch weite Entfernung und die bis heute mitunter eingeschränkte Zugänglichkeit dieser Region im Fernen Osten der Russländischen Föderation. Die Archivarin Mirjam Sprau stellt sich dabei zudem einer überaus schwierigen Fragestellung, die sich im Grunde genommen auch im Zugang von Dud' wiederfindet – ohne dabei jedoch den Schritt in die Gegenwart Russlands zu machen. Letzteren deutet Sprau nur gelegentlich zwischen den Zeilen an.

Die Autorin widmet sich in ihrer Monographie hauptsächlich der Periode der Entstalinisierung in einer Region, in „der das Lager die Normalität war“ (S. 5). Die Kolyma, seit der Verwaltungsreform von 1953 als Magadaner Gebiet bezeichnet, besaß vor Stalins Tod keine eigentliche „Zone“; so die Bezeichnung für Lager und die unmittelbar von ihnen kontrollierten Räume. Sie war, ganz im Gegenteil, eine durch und durch „GULagisierte Region“ (S. 361). Dass an der Kolyma so (auch für die Sowjetunion) gewöhnliche Dinge wie beispielsweise Briefkästen erst nach dem Tod des Diktators Teil des Lebensalltags wurden (S. 351), ist aus dieser Perspektive freilich wenig überraschend. Oder doch? Die Reaktion der extremen Peripherie auf die Veränderungen nach dem 5. März 1953 zeigt die enge Beziehung des speziellen Lagersystems an der Kolyma zum Stalinismus als System des Terrors und der konstant präsenten Angst. Vadim Aleksejevič Kozin (1903–1994), ein in der Sowjetunion bis zu seiner Verhaftung und Deportation an die Kolyma beliebter Estraden-Komponist, schrieb 1964 gemeinsam mit Pëtr Nefëdov das Lied – *Die Boulevards von Magadan*. In

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Anspielung auf Ives Montand und Paris singt er darin: „Ja, ich bin verliebt in die Boulevards von Magadan, in meinem fernen, goldenen Gebiet“. Die Briefkästen, das Lied und das Schicksal seiner Autoren sind lediglich Beispiele eines sich unter enormen Schwierigkeiten nach 1953 allmählich einstellenden sowjetischen Alltags, in einer Region die bislang abseits der sowjetischen Verwaltung faktisch allein von dem Kombinat Dal'stroj beherrscht wurde (S. 36). Fungierte das GULag-System generell als „Methode der Raumeroberung und lokales Herrschaftssystem“ in der Sowjetunion (S. 3), so bestimmte dieses Kombinat bis 1953 nahezu uneingeschränkt „die Herrschaftsform des gesamten Gebietes“ (S. 37) und galt damit selbst innerhalb der UdSSR als Ausnahme. Gerade auf diese Periode des Übergangs, der Entstalinisierung, der „Auflösung einer regelrechten sowjetischen Parallelwelt“ (S. 6), in der zivile Infrastrukturen unbekannt waren, konzentriert sich die Autorin in der vorliegenden Studie über das Magadaner Gebiet. Sie baut ihre Analyse auf ein fundiertes Quellenstudium und die intensive Diskussion mit Historikern vor Ort (Magadan) auf. Um den in der Öffentlichkeit nach 1953 gezielt propagierten Aufbau der zivilen Verwaltung sowie den inneren „Konflikt“ zwischen Parteistrukturen und regionalen Machtpersistenzen des Dal'stroj zu analysieren, bedient sich Sprau u. a. einer akribischen (und im deutschsprachigen Raum erstmaligen) Auswertung zeitgenössischer Medien (v. a. Zeitungen), die zum überwiegenden Teil nur in Magadan selbst zugänglich sind.

Die Autorin wählt dabei eine diachrone Herangehensweise. Nach einer Kontextualisierung dieses Raumes im Rahmen der Herrschaft Stalins seit 1931 („Historische Verortung: Stalinismus im Nordosten“) gliedert Sprau die Studie in vier Abschnitte: „Erobern und Verwalten“; „Ausbeuten und Erschließen“; „Beherrschen und Versorgen“; „Entstalinisierung als Sowjetisierung (Resümee)“. Ein entsprechendes Quellen- und Literaturverzeichnis rundet die Arbeit ab und stellt zudem – v. a. was allein die zusammengetragene Erinnerungsliteratur in Russisch betrifft – ein wichtiges Ergebnis für sich dar. Trotzdem finden sich in der angegebenen Literatur Lücken. Einige zentrale Arbeiten, die für den Gesamtkontext wichtig gewesen wären, sucht man vergebens. Es fehlen zum Beispiel die neueren Studien und Berichte des französischen Historikers Nicolas Werth, die sich mit dem Umfeld der Fragestellung von Sprau beschäftigen (*Die Insel der Kannibalen*. München 2006; *Ein Staat gegen sein Volk*. München 2002; *La route de la Kolyma – Voyage sur les Traces du Goulag*. Paris 2012). Ebenso vermisst man (neben dem zitierten Werk *Moi tri parachoda*. Moskva 2003) die zentralen Erinnerungen von Peter Demant (z. B. *Zekameron XX veka*. Moskva 1992), den die Autorin selbst in ihrem Vorwort ausdrücklich erwähnt. Der Aufbau der Arbeit begünstigt darüber hinaus Wiederholungen bzw. retardierende Hinweise an unterschiedlichen Stellen im Buch. Auch greift das Resümee unnötigerweise auf Details zurück, die schon im Text ausführlich zur Sprache gekommen sind. Hier hätte ein intensiveres Lektorat sicherlich verdichtend wirken können.

Sprau will mit ihrer in Summe bemerkenswerten Arbeit nicht bereits „gesetzte Linien der politischen Ereignisgeschichte vor Ort nachvollziehen“ (S. 16), sondern einerseits auf den Aufbau der zivilen Sowjetmacht fokussieren, die Etablierung eines „normalen“ sowjetischen Bezugsrahmens durch die Partei (S. 98). Andererseits macht sie damit auch die enge Bindung der „Insel“ Kolyma zum Festland und der Staatsmacht in Moskau sichtbar. Der Machtkampf des Politbüros sowie der Partei nach dem Tod Stalins wurde auch an der Kolyma entschieden, unterstand doch das Gebiet über das Kombinat Dal'stroj direkt den Moskauer Machtministerien und damit seit dem 5. März 1953 letztlich und ausschließlich einem Mann: Lavrentij Berija.

Als eine der zentralen Quellen für den Aufbau der zivilen Verwaltung nach 1953 dienen Sprau die Medien des Magadaner Gebietes. Mithilfe einer detaillierten Analyse der *Magadanskaja Pravda* zwischen den Jahren 1953 und 1960 gelingt es Sprau zum einen aufzuzeigen, wie dieses Medium durch die Partei dafür eingesetzt wird, den vermeintlichen Fortschritt, hin zum Besseren zu belegen (vgl. Abb. 4 und 14, S. 77 und 106). Obwohl Herrschaft (unabhängig davon, ob nun durch Dal'stroj oder die Partei) an der Kolyma allein schon aufgrund der enormen Ausdehnung dieser Region immer nur „punktuell greifbar“ war (S. 37), wählte die *Magadanskaja Pravda* in ihren Berichten bewusst Darstellungsformen, die an sich von der Außenwelt abgeschnittene Siedlungen zu „festen Punkten“ werden ließen und diese zu einer vermeintlich erschlossenen zusammenhängenden Region verschmolzen (S. 79). Zum anderen verstand es die Partei, dieses Medium gezielt in ihrem inneren Kampf gegen die institutionalisierte Macht und das monopolisierte Wissen des allgegenwärtigen Kombinati einzusetzen (S. 120). Auf subtile Weise gelingt es der Autorin, die sich innerhalb der Dal'stroj-Verwaltung abzeichnenden Haarrisse der eigenen Zersetzung scharf zu konturieren, noch bevor der Machtkoloss (S. 121) 1957 endgültig zu Gunsten der politischen Verwaltung aufgelöst wurde. Trotzdem lassen sich auch danach personelle wie strukturelle Persistenzen – wie Sprau darlegt – nachweisen. Wichtig scheint in diesem Zusammenhang, die am Schluss formulierte These, dass die Reformbewegung der Entstalinisierung wohl undenkbar gewesen wäre ohne den entsprechenden Druck von so „peripher gelegenen Lagergebieten“ wie Magadan (S. 349). Die mit dem Tod Stalins und der Amnestie Berijas in Gang gesetzte Bewegung gefährdete somit nicht nur die Stabilität dieser Territorien selbst; vielmehr besaßen diese darüber hinaus allein schon wegen ihrer beträchtlichen Goldreserven einen immanent strategischen Wert für die Sowjetunion. Letztlich blieb Magadan auch nach dem „Herrschaftswechsel“ eine Insel mit Sonderstatus, bestand doch die „territoriale Weite des Nordostens“ und die strategische Bedeutung als ein entscheidendes Problem, das es für die Partei zu meistern galt, weiter (S. 348). In gewisser Weise hat die Region diese Sonderstellung bis in die unmittelbare Gegenwart bewahrt, wenngleich die Bevölkerung davon wenig profitiert. Heute scheinen es weniger die Rohstoffvorkommen an sich zu sein, denn die grundsätzliche Einheit des Landes, die es aus der Sicht Moskaus gerade an der Peripherie zu manifestieren gilt. So begrüßt am Flughafen von Magadan heute ein durchaus zweideutiger Spruch die Ankommenden: „Willkommen an der Kolyma, dem goldenen Herzen Russlands!“.

In politischer Hinsicht äußert sich Sprau hingegen nur wenig zum aktuellen Russland. Sie weist vereinzelt kritisch auf einseitige Beurteilungen der „Aufbauleistung von Dal'stroj“ (S. 238). Das Magadaner Museum indes wird in der Arbeit nicht dezidiert angesprochen. Die dortige Dauerausstellung entspricht weitgehend dem derzeitigen politischen Mainstream zu dieser Epoche der eigenen Vergangenheit, sodass der Eindruck entsteht, zwischen den Aufbauleistungen der Dal'stroj und den Lagern der Kolyma bestünden kaum engere Zusammenhänge. Beide Themen werden in voneinander getrennten Räumen abgehandelt. Es scheint, als ob sich die ohnedies nicht unproblematische Gegenwart der russländischen Gesellschaft neuerlich in ihrer Peripherie verdichtet. Mit der Studie von Mirjam Sprau steht jedenfalls der historischen Forschung ein wesentlicher Baustein zum tiefergreifenden Verständnis der Periode der Entstalinisierung – und weit darüber hinaus – zur Verfügung.

KURT SCHARR
Innsbruck

JGO 68, 2020/2, 328–329

Mikhail Karasik

The Soviet photobook 1920–1941

Ed. by Manfred Heiting. Göttingen: Steidl, 2015. 636 S., zahlr. Abb.

ISBN: 978-3-95829-031-0.

Im Jahr 2017 verstarb der bekannte St. Petersburger Buchkünstler Mikhail Semenovitch Karasik. Neben seinen eigenen Werken hinterlässt er auch eine enorme Aufarbeitung eines beinahe vergessenen Genres – des sowjetischen Fotobuchs.

Die zur Besprechung vorliegende Anthologie „The Soviet Photobook 1920–1941“ ist aus einer Kollaboration Karasiks mit dem Sammler Manfred Heiting hervorgegangen, dessen weltweit größte Sammlung von Fotobüchern durch die Waldbrände in Kalifornien letztes Jahr zerstört wurde.

In siebzehn Kapiteln werden 165 Fotobücher vorgestellt, die in der Sowjetunion zwischen 1921 und 1941 entstanden sind. Durch die chronologische und thematische Gruppierung weist das wortwörtlich gewichtige Werk eine übersichtliche Struktur auf. Es baut dabei auf Karasiks 2007 erschienenen russischsprachigem Buch *Paradnaja kniga Strany Sovetov* auf, das es zugleich erweitert. In einem einleitenden Essay führt Karasik in die Geschichte des sowjetischen Fotobuchs ein, das eine singuläre Kunstform darstellt. Seiner Prämisse nach propagierten ausschließlich in der Sowjetunion die besten avantgardistischen Künstler*innen, Fotograf*innen und Schriftsteller*innen des Landes die totalitäre Ideologie, was sich auch im Fotobuch spiegelt.

Seine Einleitung lässt eine Definition für die Gattung „Fotobuch“ vermissen, stattdessen setzt er sich mit der Fotografie und Montage auseinander, den beiden narrativen Kernelementen der Fotobücher. Eine Abgrenzung zu der Gattung „Fotoreportage“ oder dem politischen Plakat erfolgt dabei allerdings nicht, was exemplarisch zeigt, dass die Stärke des Buches vor allem in der Vorstellung der Fotobücher liegt und nicht in ihrer historiographischen oder ästhetischen Analyse. Auch eine kritischere und intensivere Auseinandersetzung mit dem Forschungsstand zur visuellen Kultur der Sowjetunion wäre wünschenswert gewesen. Karasik rekonstruiert die Geschichte des Fotobuchs anhand der klassischen Zäsuren, wie dem ersten Fünfjahresplan oder dem Großen Terror. Dabei wird die bereits bekannte Diskrepanz zwischen Realität und Propaganda besonders evident. Interessierten Laien bietet der einführende Artikel damit eine gute Einführung, dem Fachpublikum nicht viel Neues. Danach folgt jedoch eine einzigartige Präsentation sowjetischer Fotobücher in feinsten Abbildungsqualität. Die Vorstellung der einzelnen Fotobücher verläuft stets nach dem gleichen Muster: in einer Spalte am linken Bildrand befinden sich alle technischen Hinweise, wie z. B. Angaben zu den Künstler*innen, Größe, Auflage, verwendete Materialien. Danach folgt eine Beschreibung, sowie historische Einordnung von Werk und Künstler und erstklassige Abbildungen des vorgestellten Fotobuchs auf zwei Doppelseiten.

Die zahlreichen Illustrationen geben damit nicht nur einen Einblick in die Gestaltung des Buches, sondern lassen sich auch hervorragend in der Lehre verwenden. Zu erwähnen sind auch die detaillierten bibliographischen Angaben der an der Fotobuchproduktion beteiligten Schriftsteller*innen, Fotograf*innen und Künstler*innen im Anhang.

Karasik und Heiting stellen neben prominenten Fotobüchern auch unbekannte Werke aus der gesamten Sowjetunion vor, womit sie auch hinsichtlich der derzeit prosperierenden Fotobuchfor-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

schung vor allem für Kunsthistoriker*innen viele Anreize bieten. Zu den unbekannten Werken gehören die im ersten Kapitel vorgestellten Bücher, die in den drei Jahren nach Lenins Tod entstanden sind und das Genre begründeten. Eine besondere Unterkategorie wird im zwölften Kapitel vorgestellt – Fotobücher, die sich mit Filmen befassen und somit doppelt reflexiv sind. Das siebzehnte Kapitel widmet sich der sowjetischen Fotografie als Medium, das die Bedeutung der Gattung Fotobuch auch jenseits von Propaganda zeigt.

Karasik und Heiting gelingt es, dem unbekannten und bisher unterschätzten Genre des sowjetischen Fotobuchs ein Denkmal zu setzen. „The Soviet Photobook“ bietet ein ästhetisches Lese- und Betrachtungsvergnügen, was auch an der hochwertigen grafischen Gestaltung Heitings liegt. So alludiert die Eröffnung des Buches mit ihren vorgestellten Objekten, indem Fotomontagen im Innendeckel zusammengesetzt wurden, denen – wie in den zeitgenössischen Fotobüchern üblich – ganzseitige Porträts von Lenin und Stalin folgen. Ein Porträt Trockijs findet sich ebenso noch vor der Einleitung abgebildet – eine Hervorhebung, die ihm in der Blüte des Genres nie vergönnt war.

HELENA HOLZBERGER

München

JGO 68, 2020/2, 329–331

Samantha Lomb

Stalin's Constitution. Soviet Participatory Politics and the Discussion of the 1936 Draft Constitution

London, New York: Routledge, 2018. XIII, 178 S. = Routledge Studies in Modern European History, 49. ISBN: 978-1-138-72184-5.

Das Thema dieses Werkes, die Stalin-Verfassung, mit der 1936 nach einer breiten „Volksdiskussion“ das allgemeine und gleiche Wahlrecht in der UdSSR eingeführt wurde, verlangt von Historikerinnen und Historikern, mit den verwirrenden Paradoxien der politischen Sowjetgeschichte umzugehen. Samatha Lomb versucht dies mit dem Interpretationskonzept von *Soviet participatory politics*, das sie auf das umfangreiche Quellenmaterial zur Entstehung der Verfassung und vor allem zu ihrer Verfassungsdiskussion in der Region Kirov anwendet.

Die Autorin beschreibt das Ergebnis dieses Prozesses wiederholt als „Gesellschaftsvertrag“. Sie übergeht damit die durchgehend repressive Politik, die die Struktur dieses Systems prägte. Der Prozess des „Aufbaus des Sozialismus“, dessen „Sieg“ die neue Verfassung besiegeln sollte, schloss die Verstaatlichung und Monopolisierung der gesellschaftlichen Funktionen ein, sodass kaum eine vom Staat unterschiedene „Gesellschaft“ zu identifizieren war. Vor diesem Hintergrund scheint es abwegig, in der Sowjetunion von einem „Gesellschaftsvertrag“ zu sprechen.

Die Autorin beginnt mit einem Exkurs über die „Principles of constitutional theory in the USSR“. Deren Quintessenz sieht sie darin, dass „in formulating and promoting the Stalin Constitution, Party and state leaders paid homage to the European roots of democracy“ (S. 14). Diese weit reichende These begründet sie nirgends. Lomb zeigt sich auch wenig informiert über demo-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

kratische Verfassungsprinzipien, wenn sie behauptet, die ersten drei Artikel des Stalinschen Verfassungsentwurfs „acknowledged the concept of popular sovereignty“ (S. 20). Nun definiert die Stalin-Verfassung die UdSSR gleichzeitig als „Staat der Arbeiter und Bauern“ (I), gegründet auf der „Diktatur des Proletariats“ (II), um schließlich „alle Macht dem werktätigen Volk aus Stadt und Land“ (III) zuzuschreiben. Aber dieses „Volk“, dem angeblich alle Macht gehören sollte, wird nicht nur auf das „werktätige Volk“ beschränkt, sondern – wie Lomb ausführlich zeigt – in zwei nach den sozialen Rechten ungleiche Teile, die Arbeiter und die Bauern, separiert. Mit solcher Ungleichheit des staatstragenden Verfassungssubjekts ist Volkssouveränität nicht einmal theoretisch vereinbar.

Im ersten Kapitel, das die Autorin den Entwürfen der Verfassungskommission und ihrer Unterkommissionen widmet, folgt sie der schon älteren Darstellung A. Gettys (*State and Society Under Stalin: Constitutions and Elections in the 1930s*, in: *Slavic Review* 50 (1991), 1, S. 18–35). Sie wiederholt dabei auch dessen fehlerhafte Einschätzung, in der der Beitrag N. Bucharins negiert wird, der die Unterkommission zum Thema „Rechte und Pflichten der Staatsbürger“ leitete und den entsprechenden Entwurf verantwortete. Wie sie selbst zeigt, war dies der von Stalin am rigorosesten „durchkorrigierte“ unter den Abschnitten des Verfassungsentwurfs.

Die Autorin behauptet über die Rechte der Bürger pauschal, „for the most part these goals were met, with the state providing social, educational, and medical benefits to its citizens“ (S. 22). Belege für eine so behauptete Verfassungswirklichkeit werden nicht geliefert. Immerhin muss Lomb eingestehen: „Like the right to participate in governance [...] citizens' rights were often tailored to protect those who conformed to the State's goals“ (S. 24). Das spricht nicht sehr für ihre These von *participatory politics*.

Einige Fallbeispiele von Sozialkonflikten in der Kirov-Region verführen die Autorin zu den wenig plausiblen Behauptungen, dass die „Kollektiv-Bauern gänzlich vertraut mit dem sowjetischen Recht“ waren, und dass, als der sowjetische Staat im Sommer 1936 zur Diskussion des Verfassungsentwurfs aufrief, „the citizens of the Kirov region happily complied“ (S. 58). Dies widerlegt der vielfach dokumentierte Unwillen der Sowjetbürger, zu den anberaumten Diskussionsversammlungen überhaupt zu erscheinen.

Das folgende Kapitel zeigt das Echo der Diskussion in der regionalen Presse. Da dies vor allem auf Briefen und anderen Dokumenten aus Kreisen privilegierter und integrierter Schichten der Bevölkerung basiert, kann überzeugend dargestellt werden, wie diese dem offiziellen Narrativ vom Aufbau des sozialistischen Staates folgten. Von diesen Zeitungspublicationen unterscheidet Lomb die Wortmeldungen, die aus den Versammlungen der „Volksdiskussion“ protokolliert wurden. Sie berichtet ausführlich aus diesen Protokollen und Berichten, in denen immer wieder die sozialpolitische Ungleichbehandlung von Arbeitern und Bauern in der Sowjetverfassung beklagt und Änderung verlangt wurden. Vielfach finden sich auch Meldungen, dass es abgelehnt wurde, den „Ehemaligen“, „Kulaken“ oder Priestern das gleiche Wahlrecht wie den übrigen Sowjetbürgern zu geben. So sehr diese Tendenz gewissen Stimmungen in der Bevölkerung entsprochen haben mag, so fragwürdig ist es, solche Meldungen als die eigentliche „Volksmeinung“ zu präsentieren. Die Archivdokumente als reine historische Wirklichkeit vorzustellen, ist nur möglich, wenn Historikerinnen und Historiker sich jeglicher Quellenkritik enthalten. Nirgends fragt Lomb nach den Autoren dieser Protokolle. Sie waren bolschewistische Sowjetfunktionäre, die wiederholt Kampagnen der Kontrolle und Säuberung durch das Zentrum durchlitten hatten und vor diesem Hintergrund Protokolle der Diskussionen abfassten. Auch war den Versammlungsteilnehmern die drohende

Repression wegen „sowjetfeindlicher“ Äußerungen bekannt. Für sie sprach alles dafür, streng zwischen dem „Sagbaren“ und dem „Unsagbaren“ zu unterscheiden. Davon sind die Dokumente dieses Diskurses geprägt. Da diese Bedingungen unreflektiert bleiben, kann Lomb die Dokumente mit großer Naivität als Manifeste der von ihr behaupteten *participatory politics* auffassen. Abschließend stellt die Autorin auf der Basis ihrer Forschungen eine These zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen der neuen Sowjetverfassung, den Wahlen zum Obersten Sowjet und den Massenrepressionen auf. Dabei folgt sie – wie in der Diktion ihres ganzen Buches – ausdrücklich der Interpretation A. Gettys (*Pre-election Fever. The Origins of the 1937 Mass Operations*, in: James Harris (Hg.): *The Anatomy of Terror. Political Violence under Stalin*. Oxford 2013): Sie malt ein Szenario aus, in dem die aus den Verbannungsorten zurückkehrenden „Kulaken“, nach der Verfassung mit aktiven und passiven Wahlrechten ausgestattet, nun daran gingen, ihre eigenen Kandidaten aufzustellen. Die lokalen und regionalen Machthaber des Bolschewismus hätten ihre Position durch den neu auftretenden „Feind“ in ihrer Mitte bedroht gesehen und das Moskauer Zentrum bewogen, zu den Massenrepressionen des Jahres 1937 zu greifen. Eine nähere Untersuchung, wie die weitgehend entmachteten regionalen Führer Druck auf Stalin und das Politbüro ausüben konnten, bleibt die Autorin schuldig. Lombs Szenario basiert einseitig auf Berichten des NKVD bzw. von Parteizellen des NKVD, die sich bemühten, „konterrevolutionäre Aktivitäten“ in der Kirov-Region darzustellen. Eine Gegenkontrolle dieser Geheimdienstmeinungen durch andere Berichte hielt die Autorin anscheinend nicht für nötig. Spezialisten für die Terrorgeschichte des NKVD (z. B. M. Junge, A. Tepljakov) haben nachgewiesen, dass die Organe auf allen Ebenen Informationen über „sowjetfeindliche“ Äußerungen zu gefährlichen „Aktivitäten des Klassenfeindes“ aufbliesen.

Am Beginn ihres Werkes schreibt S. Lomb: „There are no documents in the archival records to contradict the Soviet leadership’s support for a more participatory Constitution or to indicate they viewed the Constitution and the subsequent discussion as mere propaganda“ (S. 12). Solche Erwartung an die selbst produzierten Dokumente der Stalinschen Führung zu hegen, weist deutlich auf den Mangel an quellenkritischer Distanz der Autorin zu ihrem Material hin. In der Tat können die Archivdokumente der Historikerin und dem Historiker die Interpretation und das Schreiben der Geschichte nicht abnehmen. Man kann aber kaum über *participatory politics* in einem politischen System schreiben, von dem man keinen Begriff hat und an dessen politischer Realverfassung man auch nicht interessiert ist.

BENNO ENNKER

Radolfzell



This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

JGO 68, 2020/2, 332–334

Yuri Slezkine

The House of Government. A Saga of the Russian Revolution

Princeton, NJ, and Oxford: Princeton University Press, 2017. XVII, 1104 S., 416 Abb., 2 Ktn. ISBN: 978-0-691-17694-9.

Die Geschichte der Russischen Revolution und dessen, was aus ihr wurde, ist schon oft erzählt worden: als Abfolge und Verkettung von Ereignissen, als Zusammenbruch und Neubildung von Strukturen, entlang von Biographien und Einzelschicksalen, aus dem Blickwinkel der Akteure oder der Opfer, der Sieger oder Unterlegenen, rekonstruiert aus mikrohistorischer oder globaler Perspektive, als Resultat geschichtsmächtiger Ideen oder aus psycho-mentalenen Dispositionen ihrer Akteure. Kaum eine Variante historiographischer Möglichkeiten fehlt. Aber eine Darstellung, in der alles zusammenkommt, und sich der Blick auf das grandiose Panorama einer Generation öffnet, die die Revolution gemacht und die in ihr untergegangen ist, ist neu. Und dafür musste viel zusammenkommen: erstaunliche Zeugnisse – Tagebücher, Memoiren, Fotosammlungen jener Generationsgenossen; ein Historiker, der mit diesem Stoff ein Leben lang schwanger gegangen war und warten konnte, bis er den Punkt fand, an dem diese Geschichte sich verdichtet hatte, so dass sie erzählt werden konnte – zwanglos, ohne konstruierte Thesen, fast wie von selbst sich ergebend. Yuri Slezkine, dem wir schon andere inspirierende Bücher verdanken, ist dies auf eine verblüffende, ja elementare Weise gelungen, in dem er einfach der von Aristoteles für das Schauspiel begründeten Einheit von Ort, Zeit und Handlung gefolgt ist. Das Meisterwerk des in Berkeley lehrenden Historikers liegt jetzt auch in einer sehr schönen englischen Taschenbuchausgabe vor. Slezkine muss nichts erfinden, sondern nur etwas finden, nichts konstruieren, sondern nur rekonstruieren, aus Quellen nur herauslesen, statt sie für gewagte Interpretationen zu strapazieren, seinen Akteuren nur folgen in Raum und Zeit. Ihre Spuren liefen zusammen an einem Punkt: im Haus der Regierung, das zwischen 1928 und 1931 am Ufer der Moskwa für das Führungspersonal des neuen Staates errichtet worden war, und das man auch heute noch – nun schon als postsowjetische *gated community* vis-a-vis der wieder errichteten Christ-Erlöser-Kathedrale – aufsuchen kann. Seinerzeit war es der größte und modernste Wohnkomplex Europas, eine Stadt in der Stadt mit über 500 Appartements, Kino und Theater, Kindergärten und Tennisplätzen, Gyms und Lebensmittelläden, Chauffeuren und Wächtern, Antizipation dessen was später einmal das ganze weite Land werden sollte, Vorgriff auf die Welt des Neuen Menschen. Aber der privilegierte *compound* mit seinen Kindermädchen, Kühlschränken, Liftjungen und Ateliers auf dem Dach wurde für die Generation der Sieger und Aufsteiger auf die Kommandohöhen der Macht auch zur Falle, zum „Ort des Verschwindens“, wie es Jurij Trifonov, Bewohner und Sohn eines im Großen Terror Umgekommenen und Autor des „Hauses an der Moskwa“ später genannt hat. 1935 lebten in den 505 Appartements an die 700 Funktionäre mit ihren Familien, mit etwa 600 Kindern und 800 Dienstboten; im Laufe der Säuberungen der 1930er Jahre waren ca. 800 von ihnen als Schädlinge, Abweichler, Spione, Terroristen ausquartiert, 344 von ihnen erschossen worden; der Rest wurde im Oktober 1941, als die Deutschen sich Moskau näherten, evakuiert. 500 Bewohner des Hauses zogen in den Krieg, 113 kehrten nicht aus ihm zurück. Slezkine hat mit dem Haus der Regierung jenen Punkt gefunden, an dem sich der präzedenzlose Aufstieg einer Generation aus dem Untergrund auf den Gipfel der Macht und der jäh

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Absturz penibel – Appartement für Appartement – nachverfolgen lässt. Das Haus der Regierung ist der maximale Verdichtungspunkt von Lebensläufen, Generationserfahrungen, Karrieren und Zusammenbrüchen. Es bedurfte wohl der Ausdauer, der Sammelleidenschaft und der Selbstdisziplin eines Historikers wie Slezkine, einem überwältigenden und aussagekräftigen Material auf die Spur zu kommen (freilich auch der Sympathie und Mithilfe der überlebenden und im Hause noch anzu-treffenden Nachkommen), und daraus das zu rekonstruieren, was Reinhard Koselleck den Erfahrungs- und Erwartungshorizont einer Generation genannt hat, und dies in aller Nuanciertheit und Farbigkeit, die der Komplexität des wirklichen Lebens eigen sind. Slezkine nennt hier insbesondere die Tagebücher von Aleksandr Arosev (Appartement 103, 104), die Korrespondenz von Valerian Osinskij (Appartement 18, 389), von Boris Zbarskij (Appartement 28) oder Aaron Sol'c (Appartement 393). Wir erfahren so etwas über die Einrichtung der Wohnungen, die Bücher in den Regalen, die Freizeit im nahen Gorki-Park und die Wochenenden auf den Regierungsdatschen, und über die Panik, die die Bewohner des Hauses an der Moskwa erfasst, als der Große Terror um sich greift und nach und nach seine Opfer in den weitläufigen Korridoren mit sich nimmt zu den Verhören und auf die Erschießungsplätze. Die Rekonstruktion solcher Dichte ist nur möglich in einem wohl jahrzehntelangen Sammel- und Konzentrierungsprozess, dessen Ergebnisse in dem Buch nun in einer schlüssigen Erzählung dargeboten sind. Es ist nicht ein abstrakter (und oft nur leerer) Vorsatz zur „interdisziplinären Verfahrensweise“, sondern es ist die systematische Erschließung jener elementaren Einheit von Ort, Zeit, Handlung, die es Slezkine erlaubt, ein Gesamtbild zu entwerfen. Das beginnt mit der Beschreibung und Analyse des Ortes: des sumpfigen Ufergeländes, auf dem das Haus der Regierung später errichtet wird, und die Teil einer geschichtlichen und sozialen Topographie Moskaus zwischen Industrialisierung im Zarenreich und Generalplan von 1935 wird (mit Kartenmaterial), also einer Umgebung, in der sich die Kindheit und Jugend vieler der Akteure abgespielt hat. Im Haus wohnen die Funktionäre, die ganz verschiedenen Institutionen und Organisationen vorstehen – dem Theater (etwa Natalija Sac), dem Kinowesen, Funktionäre, die verantwortlich sind für die Durchführung der Kollektivierung und für den Aufbau des Gulagsystems, Volkskommissare und Generäle, aber auch das Dienstpersonal, das aus den von der Kollektivierung heimgesuchten Dörfern stammt und Bescheid weiß. Im Haus verdichtet sich die Nomenklatura des Sowjetvolkes, und alle Erschütterungen draußen im Lande schlagen irgendwann auf die geschlossene Gesellschaft des Regierungshauses durch – mit tödlichen Folgen für viele, mit Ausstoßung aus der Gesellschaft, Verbannung und Ehrverlust. Den Bewohnern und deren Schicksal folgend – oft weit hinaus auf die Großbaustellen des Kommunismus, nach Novokuzneck, in den Ural – gelingt es Slezkine das Haus zum Brennspeigel der gesamten Gesellschaft zu machen (allerdings gibt es Stellen, an denen er Gefahr läuft, zu weit hinaus zu gehen). Wir erfahren etwas über Moskau als *center of the world* in den 1930ern (Arosev war ja für Kulturbeziehungen zum Ausland zuständig), über literarische Konjunkturen und Bestseller, über die Kollektivierung und das Flugwesen – immer entlang der *Curricula Vitae* der Bewohner des Hauses an der Moskwa. Der Leser erfährt immer, in welchen literarischen und ästhetischen Welten sich das von Slezkine ausgewählte Personal bewegt – was sie lesen, was sie in der Schule oder in der Freizeit treiben, die intim-familiären Beziehungen einer elitären Überlebensgemeinschaft. Todesangst und sorglos-ahnungslos verbrachte Freizeit koexistieren, wie das Jahr 1937 zeigt, auf engstem Raume. In der Einleitung nennt Slezkine sein Buch eine Familiensaga, die er über drei Etappen hinweg verfolgen will: *En route* – eine Generation auf dem Weg heraus aus der Marginalität des Untergrunds und der Peripherie ins

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Zentrum der Macht; *at home* – endlich bei sich angekommen und buchstäblich sich niederlassend im neu errichteten Haus der Regierung; *on trial* – die Vernichtung dieser Generation und ihres ideellen Erbes. Besonderen Wert legt er auf seine These, es habe sich bei den Bolschewiki und ihrem Umkreis um eine millenaristisch-chiliastische Sekte gehandelt, um eine mental-geistige Formation, die auf das „letzte Gefecht“, auf utopische Projekte, aber auch auf die Anwendung radikaler Methoden bis hin zu Endlösungen konditioniert gewesen sei – letzteres wird exemplarisch an den systematischen Vernichtungsaktionen der De-Kosakisierung im Bürgerkrieg 1919/1920 gezeigt, und an einer Rhetorik und Praxis, die sich in den Kulakendeportationen und den Massenoperationen in den Jahren 1937/38 wiederholt und radikalisiert hat. Slezkine zieht hier Vergleiche mit dem Radikalismus der Wiedertäufer eines Thomas Müntzer, den Puritanern Neu-Englands und anderen Sektenbewegungen, mit denen eine spezifische Haltung, ja Ethos mit weitreichenden Konsequenzen in die Welt gekommen war. Der Bolschewismus als eine russische Form einer säkularen, im Diesseits orientierten Religion – das wird im Anschluss an Durkheim und Weber von Slezkine diskutiert, aber es wäre als „Schlüssel“ zum Verständnis der russischen Entwicklung eine Engführung, eine Reduktion von Komplexität, die der Autor dieses Buches mit seiner großen Erzählung gerade so souverän hinter sich gelassen hat. Es wären wohl viele andere Motive für die Kultur eines liquidatorischen Radikalismus anzuführen – die Verrohung im Ersten Weltkrieg und Bürgerkrieg, aus denen der neue Staat ja hervorgegangen war. Vor allem aber: man braucht die These von der millenaristischen Sekte gar nicht, die Familiensaga steht für sich. Wer zu lesen versteht, der lese. Slezkines Buch ist aber nicht nur ein Beitrag, eine Geschichte, die uns weitgehend vertraut ist, noch einmal mit neuen Augen zu betrachten, sondern ein Beispiel dafür, was eine Geschichtsschreibung, die die vertrauten Pfade historiographischer Narration verlässt, zu leisten vermag. Das hängt gewiss auch damit zusammen, dass Slezkines Buch nicht nur eine Hommage an Jurij Trifonov ist, sondern dass der Historiker am Schriftsteller, dem wir „Ort und Zeit“ verdanken, Maß genommen hat.

Postscriptum: Selten ist ein Buch von seinem Autor und Verlag so großzügig mit seltenen und spektakulären Fotodokumenten ausgestattet worden, für die allein sich schon der Erwerb des Buches lohne (das gilt im übrigen auch für die deutsche Ausgabe).

KARL SCHLÖGEL
Berlin



JGO 68, 2020/2, 335–338

Partija levych socialistov-revolucionerov. Dokumenty i materialy. 1917–1925 gg. V 3 tomach. T. 2, č. 3: Oktjabr' 1918 g. – mart 1919 g.

[Die Partei der linken Sozialrevolutionäre. Dokumente und Materialien. 1917–1925. In 3 Bänden. Band 2, Teil 3: Oktober 1918–März 1919]

Sostavitel', avtor predislovija, vvedenija i kommentarijev Jaroslav V. Leont'ev. Otv. red. A. K. Sorokin Moskva: Rosspeñ, 2017. 894 S. = Političeskie partii Rossii. Konec XIX – pervaja tret' XX veka. Dokumental'noe nasledie. ISBN: 978-5-8243-2200-2.

Den Auftakt der vorliegenden Quellenedition, die nur eine etwa sechsmonatige Zeitspanne von Mitte Oktober 1918 bis Mitte März 1919 umfasst, bildet eine politische Manifestation der 2. Marine-stammdivision der Baltischen Flotte (*Vtoroj Baltijskij flotskij ékipaž*). Etwa 3 500 Matrosen demonstrierten in Petrograd, beklagten nicht nur ihre eigene unzureichende Versorgung und Ausrüstung, sondern auch den allgemeinen Hunger im Land. Dieser sei auch eine Folge der unterlassenen sowjetrussischen Hilfeleistung für die Ukraine im Kampf gegen die deutschen bzw. österreichisch-ungarischen Besatzungsmächte. Die Matrosen monierten ferner eine zunehmende Deformation der Räte und die Etablierung eines Regimes der Willkür. Sowjets würden überall im Land aufgelöst werden. An ihre Stelle träte eine „Kommissarherrschaft“ (*komissaroderžavie*) bolschewistischer Parteigänger, die ihre Positionen nicht freien Wahlen, sondern der Ernennung durch die RKP(b) (Russländische Kommunistische Partei [*der Bolschewiki*]) verdankten (S. 67, S. 250). Schließlich verweigerten die Matrosen die Auflösung ihrer militärischen Einheit, um zersplittert als Infanteristen ihren Dienst in verschiedenen Verbänden der Roten Armee zu versehen. Die Bolschewiki bezeichneten diese Aktion als „Pogrom“, als „linkssozialrevolutionäre Provokation“ und „weißgardistischen“ Aufstand gegen die Sowjetmacht und nahmen sie zum Anlass, einmal mehr ein blutiges Strafgericht ohne Prozess abzuhalten und etwa ein Dutzend „konterrevolutionäre Meuterer“ zu exekutieren (S. 57–69).

Die vorliegende Edition umfasst insgesamt 150 Dokumente. 15 befinden sich in einem Anhang, der den halbjährigen chronologischen Rahmen in die erste Jahreshälfte 1918 erweitert, ohne dass sich die Gründe für den Abdruck unmittelbar inhaltlich ergeben geschweige denn von Herausgebern erklärt werden (S. 699–821).

Für diese Quellenedition haben die Herausgeber, allesamt ausgewiesene Kenner des Neopopulismus (*neonarodničestvo*) oder des Anarchismus, überwiegend Archivalien ausgewählt. Die breite Masse stammt aus dem Staatsarchiv für sozialpolitische Geschichte (RGASPI), dem Staatsarchiv der Russländischen Föderation (GARF) und dem Staatlichen Russländischen Militärarchiv (RGVA). Aber auch Dokumente aus verschiedenen Lokalarchiven von Moskau, über Nižnij Novgorod, Ivanovo, Tula, Tver' und Rjazan' bis Voronež fanden Aufnahme. Zu erwähnen sind ferner personenbezogene Archivalien aus dem Zentralen Archiv des Geheimdienstes (CA FSB). Darüber hinaus werden auch bereits zeitgenössisch publizierte Materialien abgedruckt, darunter Broschüren wie etwa die im Herbst 1918 erschienenen *Die Krise der russischen Revolution (Krizis russkoj revoljucii)* des ZK-Mitgliedes und wichtigen Theoretikers Boris Davidovič Kamkovs (S. 268–283) oder *Nationale Probleme (Nacional'nye problemy)* des jüdischen Ökonomen und Publizisten Michail Arkad'evič Šelonins (S. 102–116), Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften, wie z. B. den linkssozialrevolutionären Organen *Znamja* aus Moskau, *Znamja Truda* aus Vil'na, *Molot* aus Penza, *Krasnoe*

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Slovo aus Samara, *Bor'ba* aus Kiev, *Golos Revoljucii* aus Cherson (S. 53–56, 253–255, 295–303, 315–320, 328–349 et passim) sowie der bolschewistischen *Pravda* oder den *Izvestija VCIK* (S. 361–367) aber auch Flugblätter und Pamphlete (vgl. z. B. S. 117–123, 134–141, 293, 356–358, 371–375, 413–416, 422–426, 434–437).

Den mit einer Länge von fast 90 Seiten umfangreichsten Teil der Quellensammlung bilden die Dokumente der Materialien und Resolutionen rund um die Moskauer Gebietskonferenz und den Zweiten Parteirat der linken Sozialrevolutionäre (LSR), die vom 12.–15. respektive 16.–19. Dezember 1918 in Moskau stattfanden. Die Bestandaufnahme ergab ein düsteres Bild. Nahezu allenthalben existierten die Organisationen in einem Zustand der Semilegalität. In quantitativer Hinsicht hatte die Partei der Linken Sozialrevolutionäre (PLSR) seit dem Juli 1918 erhebliche Einbußen zu verzeichnen: Im radikalen neopopulistischen Milieu bildeten sich zwei aus der PLSR hervorgegangene, allerdings ephemere Parteien, nämlich die „revolutionären Kommunisten“ und die „Narodniki-Kommunisten“, die beide alsbald mit der RKP(b) fusionierten. Auch kehrten zahlreiche LSR ihrer Organisation einfach den Rücken. Allerdings macht der Herausgeber Jaroslav Leont'ev in seinem Vorwort deutlich, dass es sich bei den Parteiaustritten zum Teil um ein bewusstes taktisches Manöver gehandelt habe. Es diene der Tarnung, um dann die Parteitätigkeit insgeheim fortzusetzen (S. 16).

Beide Parteikonferenzen, auf denen zahlreiche Delegierte die politische Situation in ihrer jeweiligen Provinz rekapitulierten, gewähren eine „parteipolitisch“ gefärbte Situationsanalyse insbesondere über die Agrar- und Wirtschaftspolitik, die Versorgungslage und die Akzeptanz der „Revolution“. Die LSR gingen mit nahezu der gesamten bolschewistischen Politik ins Gericht. Ihre Kritik galt der bolschewistischen Missachtung der Sowjets, die sich in deren Auflösung, in Fälschungen der Wahlen, in der Kooptation oder einfachen Ernennung von Funktionsträgern zeigte. Diese Tendenz leistete überbordender Bürokratie, der Entwicklung der Herrschaft der Kommissare bzw. außerordentlicher Organe Vorschub. Weitere Steine des Anstoßes waren nicht nur fehlende Bürgerrechte, Zensur, Willkür, Gewaltakte und der Fortbestand der Todesstrafe in Sowjetrussland, sondern auch der fehlende Warentausch zwischen Stadt und Land, die bolschewistische Versorgungspolitik, die sich in Lebensmittelrequisitionen bzw. einer von den Bauern als Kontribution gedeuteten Zwangsablieferungspflicht (*prodravžerstka*) manifestierte (S. 163, 190). Die Bolschewiki torpedierten das im Februar 1918 verabschiedete „Grundgesetz über den Boden“, das die Sozialisierung des Landes zum Ziel hatte. Mit Rekurs auf Lenins Broschüre „Über ‚linke‘ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit“ konstatierten die LSR, dass die Bolschewiki in Sowjetrussland ein staatskapitalistisches Wirtschaftssystem etabliert hätten, dem eine wichtige Asymmetrie eignete: Festpreise für Agrarprodukte, nicht aber für Konsumgüter. Der Hunger griff im Land auch deshalb um sich, weil die Bolschewiki den Bauern keine Leistungsanreize offerierten. So konnte das landwirtschaftliche Produktionsniveau nicht gehoben werden. Infolge der Requisition von Saatgut, Vieh und sonstigem Inventar, um damit die Komitees der Dorfarmut und sowjetische „Musterwirtschaften“ auszustatten, sank es im Gegenteil noch weiter ab. Staatlichen Zwang beantworteten die Bauern mit zivilem Ungehorsam, Steuerflucht und der Weigerung, Gestellungsbefehle zu befolgen, also: Desertion – Phänomene, die sich wie ein roter Faden durch die Berichte der Delegierten aus den Gouvernements zogen (S. 164, 166, 168, 171, 173, 183, 190, 192 f.) und in aller Regel den Nährboden für die Beschleunigung der Gewaltspirale in der Form bäuerlicher Aufstände bot. Einzelne LSR riefen dazu auf, die Bauernbewegung zu unterstützen (S. 196 f.). Darüber hinaus war der bolschewistische

Zentralismus dazu angetan, der Eigeninitiative im Kulturleben, wie in der Form der Arbeiterkontrolle, auch in den Betrieben die Basis und damit die Luft zum Atmen zu nehmen (vgl. S. 203–207, 256 ff., 261, 263–265, 281–283, 324–326, 427 f.).

Den Gipfel bolschewistischer Perfidie markiert ein Schreiben des Vorsitzenden der sowjetischen Geheimpolizei, der ČK, Feliks Ėdmundovič Dzeržinskij, von Mitte Dezember 1918. Als Antwort auf die am 29. November durch das höchste Staatsgremium, das Allrussländische Zentrale Exekutivkomitee (VCIK) verfügte politische Amnestie der linkssozialrevolutionären Parteiführerin Marija Aleksandrovna Spiridonova verfügte er, bei der Revolutionärin Hysterie zu diagnostizieren und sie in eine Heilanstalt für psychisch Kranke einzuweisen. Mit Verweis auf das Schicksal Petr Jakovlevič Čadaevs, den Nikolaj I. für „verrückt“ hatte erklären lassen, charakterisierten die LSR die Bolschewiki als würdige Nachfolger des Zarismus und autokratischer Praktiken (S. 251, 412, 436).

Ein Teil der Dokumente ist der Lage in der Ukraine gewidmet (S. 336–351, 386–388, 394–407, 419–421, 426–428, 438–447, 780–807). Sie verdeutlichen sowohl eine gewisse ideologische Nähe als auch eine konkrete politische Kooperation von *neonarodničestvo* und der *machnovščina* – also der gerade unter Bauern populären anarchistischen Bewegung um Nestor Ivanovič Machno im Gouvernement Ekaterinoslav im Winter und Frühjahr 1918/19 (S. 820 f.). Insgesamt spielte die Ukraine in der politischen Konzeption der PLSR eine erhebliche Rolle, nicht nur weil sie Schauplatz der unmittelbaren Auseinandersetzung mit dem „Imperialismus“, dem vom k. u. k. bzw. deutschen Heer etablierten Besatzungsregime war, sondern auch weil die Parteiführung hoffte, das Land als Operationsbasis verwenden zu können, um den parteipolitischen Einfluss in Sowjetrußland wieder zu vergrößern. Diese Hoffnungen zerschlugen sich jedoch. Auf dem im März 1919 in Kiev stattfindenden II. Allukrainischen Parteitag der ukrainischen LSR spaltete sich die Partei in zwei Flügel. Die Minderheit, der ein ukrainischer Nationalismus keineswegs fremd war (vgl. S. 438 f., 788), fusionierte mit den ukrainischen Bolschewiki zur KP(b)U, während die Mehrheit weiter ein neopopulistisches und strikt internationalistisches Programm verfocht. Leider berücksichtigt die vorliegende Edition diese Entwicklung nicht mehr. Sie dürfte einen wesentlichen Teil des zu erwartenden nächsten Bandes darstellen.

Ein gutes Drittel des Gesamtumfangs entfällt auf den reichhaltigen Anmerkungsapparat. Die Informationsflut, die Liebe zum Detail ist stupend. Sie macht weder vor der Nennung der benutzten Familiennamen in gefälschten Pässen noch der Adresse einschließlich der Wohnungsnummer, in der sich ein linkssozialrevolutionär genutztes konspiratives Quartier befand, halt (S. 42, 46 f.). Ob solches Wissen relevant ist, sei dahingestellt. Ein Siglenverzeichnis sowie ein Personen- und Ortsnamenregister komplettieren die vorliegende Edition.

Welches Fazit lässt sich ziehen? Die Dokumente veranschaulichen auf dramatische Weise, inwieweit sich zum einen die mit der Russländischen Revolution verbundenen Hoffnungen und Zukunftserwartungen auf eine gerechtere, bessere und vor allem gleichberechtigte Welt verflüchtigten, zum anderen wie eine politische Partei, deren Entstehung und Wirken unteilbar mit dem Oktober 1917 verbunden war, binnen einer guten Jahresfrist ihren Status als Massenorganisation einbüßte. Verantwortlich dafür waren eigene Versäumnisse, insbesondere aber die politische Verfolgung seitens der Bolschewiki. In einem Beschluss des Rates der Volkskommissare vom 17. März 1919, der tags darauf in den *Izvestija VCIK* publiziert wurde, formulierte Lenin die politische Agenda wie folgt: „Die Sowjets müssen den LSR, die die Rolle weißgardistischer Agenten spielen, ein für

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

alle Mal den Garaus machen.“ (*Pravitel'stvennoe soobščenie o kontrrevoljucionnom vystuplenii levych ėserov v Petrograde*, in: Dekrety Sovetskoj vlasti, t. 4: 10 nojabrja 1918 g. – 31 marta 1919 g., M. 1968, S. 513) Schon wenige Tage zuvor war in der linkssozialrevolutionären Zeitung *Golos Revoljucii* zu lesen, dass die Bolschewiki die physische Vernichtung der PLSR beabsichtigten. Die Planung einer Verschwörung diene als Vorwand. Die LSR analysierten und prophezeiten ebenso realistisch wie zutreffend die bolschewistischen Schachzüge (S. 420). Vor diesem Hintergrund ist weder die politische Marginalisierung der LSR überraschend noch ihre Tilgung aus dem kollektiven Gedächtnis in der Sowjetunion. Diese vorzügliche Quellenedition ist dazu angetan, linkssozialrevolutionäres Denken ins kollektive Gedächtnis zu rücken, ihm ein Forum zu geben und so dem Leser ein Urteil zu ermöglichen, das den Protagonisten Gerechtigkeit widerfahren lässt.

LUTZ HÄFNER
Bielefeld

JGO 68, 2020/2, 338–342

Leonid I. Brežnev

Rabočie i dnevnikovyje zapisi. V 3-ch tomach. T. 1: Leonid Brežnev. Rabočie i dnevnikovyje zapisi. 1964–1982 gg. T. 2: Zapisi sekretarej Priemnoj L. I. Brežneva. 1965–1982 gg. T. 3: Leonid Brežnev. Rabočie i dnevnikovyje zapisi. 1944–1964 gg. [Arbeits- und Tagebuchaufzeichnungen. In drei Bänden. Band 1: Leonid Brežnev. Arbeits- und Tagebuchaufzeichnungen. 1964–1982. Band 2: Aufzeichnungen der Empfangssekretariate L. I. Brežnevs. 1965–1982. Band 3: Leonid Brežnev. Arbeits- und Tagebuchaufzeichnungen. 1944–1964.]
Otv. red. S. V. Kudrjašov. Red. koll.: A. N. Artizov, V. Dënninghaus, H. Katcer, A. V. Korotkov, S. V. Kudrjašov, A. S. Stepanov i N. G. Tomilina
Moskva: Istoričeskaja literatura, 2016. T. 1: 1262 S., 1 Abb. ISBN: 978-5-9908943-1-0; T. 2: 1228 S. ISBN: 978-5-9908943-2-7; T. 3: 973 S., 94 Abb. ISBN: 978-5-9908943-3-4.

Leonid I. Brežnev war 18 Jahre lang zunächst Erster und dann Generalsekretär der Kommunistischen Partei. Nur Stalin bestimmte länger über das Geschick der Sowjetunion. Mit seiner Bezeichnung der Amtszeit Brežnevs als „Zeit der Stagnation“ gab Michail Gorbatschow für lange Zeit eine negative Wertung vor. Den meisten Russinnen und Russen hingegen erscheint diese Phase heute in nostalgischer Rückerinnerung eher als „Goldenes Zeitalter“. Ein steigender, wenngleich bescheidender Lebensstandard war sichergestellt und das Land wurde bei vergleichsweise schwacher Repression zunehmend nach außen geöffnet. Wer aber war Brežnev? Anders als I. Stalin oder N. S. Chruschtschow erscheint er eher als unbeschriebenes Blatt. Selbst verfasste autobiographische Texte hat er nicht hinterlassen. Seine „Erinnerungen“ und Bücher, für die er gleichwohl Tantiemen bezog, wurden von Ghostwritern geschrieben. Wie schwer es ist, ihm gerecht zu werden, belegt nicht zuletzt die gerade von Susanne Schattenberg publizierte Brežnev-Biographie. Dass im Präsi-

dentearchiv persönliche Notizen von ihm gefunden wurden, grenzte insofern an eine Sensation. Als Überreste geben sie unbeabsichtigt etwas über den Verfasser preis.

Die drei vorliegenden Bände machen Brežnevs Aufzeichnungen dem interessierten und des Russischen mächtigen Leser zugänglich. Sergej Kudrjašev gibt in seiner Einleitung einen kurzen Überblick über den Forschungsstand (Bd. 1, S. 11–25, hier S. 12–13). Die ursprüngliche Absicht, nur die Arbeitsnotizen aus seinen Jahren an der Spitze der Partei (1964–1982) zu edieren (Bd. 1), wurde später korrigiert: Um ein vollständiges Bild zu zeichnen, fügten die Herausgeber die Aufzeichnungen seiner Sekretariate (Bd. 2) ebenso hinzu wie die Notizen, die er auf seinen vorherigen Posten von 1944 bis 1964 anfertigte (Bd. 3). Das hier publizierte Material wurde 2007–2008 deklassifiziert. Ein geringer Anteil (2–3 %) des Gesamtmaterials ist weiter als geheim eingestuft und deshalb nicht in der Edition. Die aufgefundenen Notizen decken Brežnevs Tätigkeit auf Parteiposten nicht vollständig ab. Sie fehlen für seine Zeit als Parteisekretär in Moldawien und in Kasachstan. Auch für entscheidende Jahre als Generalsekretär liegen praktisch keine Notizen vor (1970, 1974 und 1975), für andere Jahre, darunter 1965, 1966, 1968 und 1971 bis 1973 sind sie bruchstückhaft. Warum dieses Material fehlt, konnte nicht geklärt werden. Es könnte von ihm vernichtet worden sein (Bd. 1, S. 29–30).

Brežnevs *Arbeits- und Tagebuchaufzeichnungen* sind eine ungewöhnliche Quelle. Er hat solche Notizen während seines gesamten Lebens gemacht: bei der Arbeit, zu Hause, im Urlaub, auf Reisen. Einige entstanden während eines Ereignisses (u. a. Telefongespräche, Reden, Gespräche), in anderen plant er den weiteren Tagesablauf, weitere sind einfach persönliche Notizen (wen anrufen, Arztbesuche). Kein anderer Sowjetführer hat entsprechendes Material hinterlassen. Die Notizen geben Auskunft über seine Arbeit, seine Gewohnheiten und gelegentlich darüber, was ihm wichtig erschien. Dienstliches und Privates ist nicht getrennt. Gewissermaßen als Gedächtnisstütze waren die Notizen ausschließlich für den eigenen Gebrauch bestimmt. Sie haben unterschiedlichen Charakter, entsprechend schwankt auch ihr Quellenwert. Besonders spannend sind die zwischen 1965 und 1973 unkommentiert aufgezeichneten Ausführungen ausländischer Parteiführer und Staatshäupter. Für die Jahre bis 1964 finden sich auch seine Mitschriften von Reden. Andere Notizen halten fest, was er an dem jeweiligen Tag unternommen hat, zeitweilig mit tagebuchähnlichem Charakter. Eher selten sind es Notizen über Dinge, die auf Sitzungen geklärt werden sollten oder die er erledigen wollte. In diesen Fällen sind z. T. einzelne Punkte durchgestrichen. Vielfach, das gilt vor allem für die letzten Jahre, handelt es sich nur um die namentliche Auflistung der Personen, die er getroffen oder mit denen er telefoniert hat. Zumindest gelegentlich ist das Thema der Unterredung mit Stichworten angegeben.

Die Notizen geben Aufschluss über Brežnevs Arbeitsstil. Ein Hauptwerkzeug seiner Kommunikation war offenbar der Telefonhörer: Er lenkte seine Welt die meiste Zeit vom Schreibtisch aus mit dem Telefon und informierte sich auf diese Art über die Lage vor Ort oder in den Bruderstaaten. An einzelnen Tagen telefonierte er mit über 50 Personen. Inhaltlich sind die Aufzeichnungen – mit wenigen Ausnahmen – allerdings recht banal. Den Inhalt der Telefongespräche hat er in seinen Notizen nicht festgehalten. Einige Gespräche, etwa die mit „Saša“ (Dubček) während der Krise in Prag 1968 oder mit Ulbricht und Honecker sind anderswo veröffentlicht worden. Nur an sehr wenigen Stellen findet sich eine persönliche Wertung, Lob oder Kritik. So etwa zur Rede Chruščevs am 31. Oktober 1959 („hat sehr gute Gedanken vorgetragen“, Bd. 3, S. 272–273). Ulbricht erntete mit seiner

Rede auf dem Kongress der kommunistischen Arbeiterparteien am 15. November 1960 ein „bemerkenswert“ (*zamečatel'no*) (ebd., S. 333).

Die Notizen halten auch rein Persönliches fest, etwa wie lange er an Urlaubstagen im Meer bzw. im Bassin schwamm oder welche Sportveranstaltungen er abends als Fan von Eishockey und Fußball besuchte. Ab 1976 lassen sie erkennen, dass er zunehmend um seine Gesundheit besorgt war. Selbst das Rasieren, die Kopfwäsche und die Reinigung seiner Zähne ist festgehalten, ab April 1977 dann auch sein morgendliches Körpergewicht. Penibel notierte er, wenn er Mitarbeitern Geld zur Einzahlung auf sein persönliches Sparkassenkonto übergab. Höhepunkte seines Lebens schimmern durch, etwa mit der Notiz, einen Mercedes oder Rolls-Royce selbst gesteuert zu haben. Obwohl er ein begeisterter Jäger war, hielt er die Jagdstrecke nur selten fest.

Die Aufzeichnungen seiner Empfangssekretariate von April 1965 bis zu seinem Tod 1982 dokumentieren nahezu lückenlos, wie seine Arbeitstage verlaufen sind. Anders als Brežnevs Notizen folgen sie einem strukturierten Schema: wann (und von wo) er zur Arbeit erschien bzw. wann er abends nach Hause fuhr, wen er empfing, mit wem er telefonierte, an welchen Maßnahmen (Termine, Sitzungen etc.) er teilnahm, wen er am Flughafen oder Bahnhof traf oder zur Rückreise dorthin begleitete. Eingehende Anrufe wurden auch in seiner Abwesenheit registriert. Festgehalten wurden u. a. auch Arztbesuche, Krankenhaus- und Sanatoriumsaufenthalte, die Teilnahme an Sportveranstaltungen und an welchem Ort er sich befand. Anders als bei Stalin, wo nur der Empfang von Gästen notiert wurde, ist Brežnevs Tagesablauf umfassend protokolliert. Allerdings scheinen nicht alle ausgehenden Telefonate erfasst worden zu sein, wenn die Verbindung nicht über das Sekretariat hergestellt wurde (Bd. 2, S. 7–10). Diese Dokumentationen ergänzen Brežnevs Notizen. Sie decken auch die Zeiträume ab, in denen diese unvollständig sind bzw. sein Gesundheitszustand angeschlagen war. Zum Teil erlauben sie, seine Notizen zu präzisieren.

Die Aufzeichnungen lassen erkennen, wie sich Brežnevs Arbeitstag im Verlauf seiner Tätigkeit unter dem Einfluss seiner zunehmend angeschlagenen Gesundheit veränderte: Anfangs arbeitete er häufig 12–14 Stunden. Mit der Zuspitzung der Krise um den Prager Frühling begannen seine gesundheitlichen Probleme. Seit Ende 1968 sind immer wieder Krankenhaus- und Sanatoriumsaufenthalte verzeichnet. Gelegentlich nahm er offizielle Termine (darunter den Empfang ausländischer Staatsgäste) aus der Klinik oder dem Sanatorium heraus wahr. Vor allem arbeitete er nun immer häufiger auf der Datscha und ließ sich Dokumente dorthin bringen. Der alternde und kränkelnde Brežnev kam immer später ins Büro. Seine Arbeitszeiten reduzierten sich in den letzten Jahren auf beschauliche 4 bis 6 Stunden. 1976 bemerkte er, dass die Zahl der Anrufe zurückging und so notierte er etwa für den 15. und 16. Mai: „niemand kam, niemand hat angerufen“ (Bd. 1, S. 627).

Wer erwartet, aus diesem Material Rückschlüsse auf Brežnevs eigene Motive und Gedanken ziehen zu können, wird weitgehend enttäuscht. Am ergiebigsten sind die Notizen aus seinen ersten Amtsjahren als Generalsekretär. Brežnev fiel nun die Verantwortung für neue, ihm zuvor unvertraute Bereiche wie die Außenpolitik und die Leitung des kommunistischen Imperiums zu. Ersichtlich wird, wie sorgfältig er sich in diese Fragen einarbeitete. Zwischen 1965 und 1973 hielt er ausführlich fest, was seine ausländischen Partner – darunter insbesondere die Führer der anderen kommunistischen Parteien (u. a. Ulbricht, Gomulka, Kadar) sowie Gäste aus Vietnam, Korea und Indien – ihm im persönlichen Gespräch sagten, welche Forderungen sie stellten, welche Vorschläge sie machten und wie sie die internationale Lage beurteilten (vgl. etwa Ulbricht: Bd. 1, S. 154–161). Die Parteichefs der „Bruderländer“ konsultierte er auch zu Problemen im Block wie etwa der Gestaltung der

Beziehungen zu China, Albanien und zu Rumänien sowie zur Krise in der Tschechoslowakei und schließlich in Polen. Entsprechende ausführliche Aufzeichnungen über die Zusammentreffen mit führenden westlichen Staatsmännern finden sich im hier publizierten Material nicht.

Die Notizen erlauben, einige der über Brežnev zirkulierenden Stereotype in Zweifel zu ziehen: So belegen sie seine anfangs hohe Arbeitsfähigkeit, seine Aktivität und insbesondere auch seinen Wunsch, sich ausführlich vorzubereiten und Dinge zu verstehen. Die Aufzeichnungen aus seiner Zeit als ZK-Sekretär für die Rüstungsindustrie (Bd. 3, S. 113–327) zeigen, wie intensiv er sich in Themen einarbeitete. Zudem geben sie Auskunft über seinen Führungsstil. Er machte regelmäßig Besuche vor Ort, traf Direktoren der Rüstungsfabriken und Hauptkonstrukteure persönlich. Er tauschte sich mit Soldaten und Wissenschaftlern aus. Seine Notizen belegen auch für seine Amtszeit als Generalsekretär die ausführliche Vorbereitung auf Reden, Auslandsreisen und das Zusammentreffen mit westlichen Staatsmännern.

So wenig die Dokumentationen taugen, um Hintergründe von Entscheidungen aufzuklären, bringen sie uns doch Brežnev als Menschen näher. Was er für aufzeichnenswert hielt, charakterisiert seine Persönlichkeit und seine besonderen Interessen. Von seinen ersten Amtsjahren als Parteichef abgesehen, offenbaren die Notizen, wie geordnet die Welt war, in der sich Brežnev innerhalb seines Landes bewegte. Die Arbeits- und Amtroutine im Tagesablauf gab seinem Leben eine überschaubare Form, an der er sich auch mit seinem schlechter werdenden Gesundheitszustand festhalten konnte. Reisen ins westliche Ausland stellten offenbar Highlights dar. Wenn er sich in das sozialistische Ausland begab, ging es in der Regel darum, den Parteitagen in den Bruderländern beizuwohnen oder Jubiläen ihrer Blockzugehörigkeit zu begehen. Zur Routine gehörte das Gratulieren zum Geburtstag, die Verleihung von Orden und Auszeichnungen, der Empfang ausländischer Delegationen auf dem Flughafen, das artige Bedanken für Geschenke.

Für praktisch alle Jahre seiner Amtszeit finden sich Aufzeichnungen zur Situation in der Landwirtschaft. Um sich über die Lage zu informieren, telefonierte er regelmäßig mit den Gebiets- und Republikparteisekretären und hielt deren Aussage zur Feldbestellung, zu den Ernteaussichten und den Futtervorräten für die Überwinterung des Viehs fest. Gelegentlich reiste er auch selbst in die Agrargebiete.

Unter dem Genderaspekt sind die Bände eine Offenbarung: Unter den gut 1 500 Personen, die Brežnev persönlich zu Gesprächen traf oder mit denen er telefonierte, befanden sich nur sehr wenige Frauen (etwa 1 %). Betrachtet man die Häufigkeit des Zusammentreffens, lag ihr Anteil sogar noch darunter. Dabei ist bereits die Erwähnung seiner persönlichen Sekretärin Galina Dorošina einbezogen, die ihm Dokumente zur Unterschrift oder zum Lesen vorbereitete und auf die Datscha brachte.

Der Kontrast zur vorhergehenden Amtsperiode von Nikita S. Chruščev wird überdeutlich: Bei Brežnev finden wir keine einsamen oder überstürzten Entscheidungen. Während Chruščev etwa seine Meinung während der Ungarn-Krise immer wieder änderte, war Brežnevs Handeln während des Prager Frühlings, der Krise um Afghanistan und schließlich der Krise um Polen von immer neuen Abwägungen gekennzeichnet, bevor er letztlich seine Entscheidung fällte. Auch wenn er sie offenbar gelegentlich lange hinauszögerte, waren es letztlich seine Entscheidungen, für die er allein die Verantwortung trug. Um seine Interessen durchzusetzen, musste er nicht andere übertölpeln, wie es Chruščev so sehr liebte. Die in der Regel sorgfältige Vorbereitung von Entscheidungen stützt aber noch nicht den Mythos seiner angeblich „kollektiven Führung“ des Landes. Die intensiven

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Vorgespräche können genauso gut der Schaffung eines „Informationsmonopols“ gedient haben. Anhaltspunkte dafür, dass er offene Fragen im Politbüro zur Diskussion stellen wollte, finden sich in den Notizen nur für die ersten Monate im Amt. Hier notiert er speziell für Sitzungen des ZK-Präsidiums „Meinungsaustausch“ (Bd. 1, S. 47, 52). Hinweise darauf, dass in den Sitzungen des höchsten Leitungsorgans kontrovers diskutiert wurde, finden sich ansonsten nicht. Offenbar wagte niemand, die überragende Stellung des Generalsekretärs offen in Frage zu stellen. Die Mitglieder der Parteilührung stellten in ihrer Weltanschauung und Prägung eine extrem homogene Gruppe dar. Zudem war ihre bedingungslose Unterordnung die Voraussetzung für den Aufstieg.

Den Herausgebern ist für die ein Jahrzehnt fordernde mühsame Editionsarbeit herzlich zu danken. Erst ihre sorgfältigen Anmerkungen und Kommentare machen häufig den Kontext verständlich. Wichtige Erläuterungen finden sich in den Bänden 1 und 2 im jeweiligen „Archeographischen Vorwort“, verfasst von A. Korotkov und A. Stepanov (Bd. 1, S. 26–37; Bd. 2, S. 7–10). Der ausführliche wissenschaftliche Apparat liefert unerlässliche Informationen: Aufgelistet sind die Hauptdaten von Brežnevs Leben und Tätigkeit sowie seine Orden nach Jahren und Typen (Anhang 1 und 2, Bd. 1, S. 1161–1182). Hilfreich sind die Kurzbiographien aller in den Notizen genannten Personen (Bd. 3, Anhang 4, S. 522–940). Der 3. Band schließt mit 91 Fotos aus Brežnevs Leben. Die Edition erweist sich als wertvolles und von nun an unverzichtbares Nachschlagewerk zur Brežnev-Zeit. Die Notizen verraten viel über Brežnevs Arbeitsstil und seinen Tagesablauf. Über seine eigene Bewertung von Ereignissen und Entscheidungshintergründe schweigen sich die Notizen aber fast vollständig aus. Als ob er weiter davon ausging, Stalin würde alles mitlesen, vertraute er ihnen Persönliches, das ihn inhaltlich oder emotional bewegte, nicht an.

STEPHAN MERL
Bielefeld

JGO 68, 2020/2, 342–344

Andreas Hilger

Sowjetisch-indische Beziehungen 1941–1966. Imperiale Agenda und nationale Identität in der Ära von Dekolonisierung und Kaltem Krieg

Wien, Köln, Weimar: Böhlau, 2018. 767 S., 13 Graph., zahlr. Tab. = Osteuropa in Geschichte und Gegenwart, 2. ISBN: 978-3-412-50017-7.

Andreas Hilgers Studie zur Herausbildung und Konsolidierung der sowjetisch-indischen Beziehungen basiert auf seiner 2015 von der Helmut-Schmidt-Universität angenommenen Habilitationsschrift. Auf mehr als 700 Seiten behandelt er rund 25 Jahre Beziehungsgeschichte der klassischen Bereiche Politik – worunter er auch Militärbeziehungen als Teil der Diplomatie fasst –, Wirtschaft und Kultur.

Hilger konzentriert sich darauf, wie Vertreter eines Imperiums (UdSSR) und eines „Nationalstaates“ (Indien) Interessen aushandelten. Der Imperiumsbegriff bleibt eine zentrale analytische Kategorie für die UdSSR, wie gerade erst Martin Aust in historischer Perspektive gezeigt hat (*Im*

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

Schatten des Imperiums. Russland seit 1991. München 2019). Als „ein Imperium neuen Typs“ (Aust, S. 32) stand die expandierende Sowjetunion im Gegensatz zum anti-imperialistischen Anspruch, zu dem sich ihre Führungen bekannten. Insofern ist Hilgers konzeptueller Ansatz für die UdSSR stimmig. Weniger nachvollziehbar erscheint seine Charakterisierung des unabhängigen Indien als „Nationalstaat“ – war und ist die postkoloniale Demokratie doch durch vielfältige Kulturen, Sprachen und Traditionen gekennzeichnet – und seine Entscheidung, es als solchen dem sowjetischen Imperium gegenüber zu stellen. Unabhängig von dieser Metaebene hat Hilger, soviel sei vorweggenommen, ein beeindruckend dichtes Panorama bilateraler Beziehungen mit multiplen Schnittstellen zu weiteren Beteiligten der Weltpolitik vorgelegt.

Ob und inwiefern in der sowjetischen Außenpolitik die Widersprüche zwischen faktischem imperialen Anspruch und anti-imperialer Rhetorik eine Rolle spielten, lässt sich nicht zuletzt an den Beziehungen zwischen Moskau und den Entwicklungsländern ablesen. Das sowjetische Engagement in sogenannten Drittweltstaaten ist mittlerweile für etliche Regionen auf der Basis vieler, längst nicht aller, zentralen Quellen erforscht. Daher sind generelle Rahmenbedingungen und Grundpfeiler sowjetischer Politik in postkolonialen Staaten in Grundzügen bekannt. Das gilt jedoch noch lange nicht für alle Regionen, Zeitabschnitte oder methodischen Ansätze. Überblickswerke zu den indisch-sowjetischen Beziehungen, die seit der Teilöffnung der einschlägigen Archivbestände publiziert wurden, liegen etwa von Bakshi, *Russia and India, 1947–1998*, und Sharma, *India-USSR Relations 1947–71*, vor (beide 1999 erschienen).

Andreas Hilger versteht den Untersuchungszeitraum 1941–66 als die Phase, in der sich Kernelemente herausbildeten, die das Verhältnis auf Dauer bestimmten. Wohl auch deshalb endet die Studie vor dem Abschluss des bilateralen Freundschaftsvertrages von 1971. Zusätzlich verweist Hilger auf die schwierige Quellenlage in Russland und Indien. Dadurch ließen sich Themen wie Militärbeziehungen, Geheimdienstarbeit und Moskauer Einflüsse auf die CPI (Communist Party of India) seit Mitte der 1950er Jahre (noch) nicht befriedigend erforschen.

Die Studie ist chronologisch angelegt: Auf eine Einführung zu den Jahren 1917–47 folgen zwei Hauptkapitel (1947–55 sowie 1955–64/65). Deren erstes Unterkapitel ist jeweils Akteuren und Institutionen gewidmet, getrennt nach UdSSR und Indien, das folgende den gegenseitigen Wahrnehmungen. Daran anknüpfend wird jahresweise die Entwicklung der Beziehungen nachgezeichnet, zuerst in der Politik – mittels chronologisch dichter Beschreibung –, dann in der Wirtschaft, schließlich in der Kultur.

Für die Stalin-Zeit wird deutlich herausgestellt, wie sehr die Linientreue vor Fachkompetenz rangierte, garantiert durch „Stalin-hörige“ (S. 74) Außenminister wie Vyšinskij. Für Irritation bei indischen Partnern sorgte zuweilen die kämpferische Grundstimmung der sowjetischen Diplomatie, wie Hilger anhand indischer Quellen belegen kann. Demgegenüber sieht er sowohl bei Wertvorstellungen und Leitideen als auch artikulierbaren Perspektiven eine größere Bandbreite auf indischer Seite im Vergleich zur Sowjetunion. Diese größere Flexibilität und Offenheit des sich entwickelnden Staates war charakteristisch für viele Entwicklungsländer, wie die jüngere Forschung gezeigt hat.

Hilger ist ferner zuzustimmen, dass die sowjetisch-indischen Beziehungen in gewisser Weise als prägnantes Beispiel grundsätzlicher Problemlagen im Verhältnis zwischen sogenannter Dritter und Zweiter Welt gelten können. Nachvollziehbar führt er dies am Beispiel der Wirtschaftsbeziehungen aus. Zwar nahm Indien bis in die 1960er Jahre unter den sowjetischen und RGW-Wirt-

schaftspartnern in der Dritten Welt einen Spitzenplatz ein, doch entfalteten selbst Großprojekte keinen „sozialistischen Sog“ (S. 555). Solche Ergebnisse passen zur Einschätzung, dass kaum pro-sowjetisch bzw. „prosozialistisch“ denkende Akteure auf indischer Seite beteiligt waren (S. 649). Die CPI, die sich zudem noch spaltete, blieb ein schwacher potenzieller Partner Moskaus. Insofern vermutet Hilger, dass sowjetische Akteure es zuweilen bereits als Erfolg verbuchten, dass Indien nicht das amerikanische Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell komplett kopierte. Ebenso wie andere Entwicklungsländer verfuhr die indischen Eliten pragmatisch nach dem „Baukastenprinzip“ (S. 644), wenn sie Angebote aus Ost und West prüften. Dies galt selbst – oder gerade – in außenpolitischen Krisenzeiten wie dem indisch-chinesischen Grenzkonflikt 1962, als Themen wie die Blockfreienbewegung zugunsten pragmatischer Überlegungen z. B. bei Rüstungslieferungen von indischer Seite hintangestellt wurden.

Wenn Hilger konstatiert, „eine Gesamtstrategie, die etwa Gegensätze und Unvereinbarkeiten paralleler bilateraler Beziehungen etwa zu Indien und China oder zu den USA und Pakistan auflöste, stand beiden Seiten nicht zur Verfügung“ (S. 647), so überdeckt der unpersönliche Ausdruck, dass die sowjetischen Eliten offensichtlich mit dem eigenen Imperialanspruch überfordert waren. Vielleicht lässt sich dies tatsächlich mit einem globalen Trend erklären: „globally, the tide was turning to nation states“ (Prakash, Gyan / Laffan, Michael Francis / Menon, Nikhil (Hg.): *The Postcolonial Moment in South and Southeast Asia*. London etc. 2018, S. 3). Hilger sieht im Untersuchungszeitraum keine grundlegenden Wandlungen der gemeinschaftlichen Wahrnehmungs- und Deutungsmuster (S. 650). Dieses Ergebnis wäre für die *longue durée* zu prüfen, insbesondere über die Zeit des Freundschaftsvertrages hinweg. Um das Spannungsfeld zwischen Neu Delhi und Moskau konzeptuell auszuloten, hätte sich zudem mit dem offeneren Terminus des Bundes- (statt des National-)staates in Bezug auf Indien eine präzisere Alternative gerade im Vergleich zur UdSSR geboten, auch wegen der potenziellen Anknüpfungspunkte der Vielfältigkeit der Kulturen.

Abgesehen davon ist Hilgers intensive Quellennutzung insbesondere aus Archiven in Moskau und Neu Delhi, aber auch darüber hinaus (Deutschland, Großbritannien, UN etc.) sehr zu begrüßen; zumal Hilger einschätzt, dass sich die Einwirkungen dritter Staaten wie der Volksrepublik China gerade im politischen Bereich damit bereits durchgängig nachvollziehen lassen (S. 25). Insgesamt hat Hilger eine materialreiche und gut lesbare Grundlagenstudie vorgelegt, die in ihrer dichten Beschreibung und Analyse Maßstäbe setzt. Mehr als 30 Graphiken und Tabellen zu Wirtschaftsthemen, dazu Angaben in den Fußnoten zu wesentlichen Funktionen der Hauptakteure sowie ein Personenregister runden den Band ab; zusätzliche Orts- und Sachregister hätten die Navigation durch die umfangreiche Studie noch unterstützt.

RAGNA BODEN

Berlin



This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

JGO 68, 2020/2, 345–347

Viktor N. Zemskov

Vozvraščenie sovetskikh peremeščennykh lic v SSSR. 1944–1952 gg.

[Die Rückkehr verschleppter Sowjetbürger in die UdSSR. 1944–1952]

Moskva: IRI RAN, 2016. 423 S., Tab. = Historia Russica. ISBN: 978-5-8055-0299-7.

Der Autor, der bereits 2015 vor dem Erscheinen des Buchs verstarb, hatte sich seit Öffnung der russischen Archive intensiv mit Fragen der Zwangsmigration in der UdSSR befasst. In der Analyse der Rückkehr der von Deutschen verschleppten sowjetischen Bürger sowie sowjetischer Kriegsgefangener in die Heimat fanden diese Arbeiten quasi eine logische Erweiterung, wurde doch eine ganze Reihe der sogenannten Ostarbeiter und Gefangenen in der UdSSR ab 1945 in die Verbannung oder zu fernen Arbeitseinsätzen geschickt. Zemskov beschreibt aus den amtlichen Akten detailliert die sehr unterschiedlichen Schicksale, die die Heimat für die Rückkehrer ab 1944/1945 bereithielt. Ein erklärtes Ziel ist es dabei, angeblich kursierende Mythen über den sowjetischen Umgang mit dieser millionenstarken Gruppe aufzulösen und tendenziöse Darstellungen zu korrigieren (S. 9). Zu diesem Zweck stützt sich der Autor auf eine beeindruckende Bandbreite relevanter sowjetischer Quellen, die unter anderem in verschiedenen Abteilungen von NKVD/MVD und MGB, in der Repatriierungsverwaltung, der Staatsanwaltschaft, aber auch im Militär und in der Arbeitsverwaltung produziert wurden. Stimmen der Betroffenen sind hörbar, doch vornehmlich durch die amtliche Überlieferung gefiltert. Daneben setzt sich Zemskov mit der maßgeblichen russischsprachigen Literatur auseinander. Aktuelle Arbeiten westlicher Provenienz hat Zemskov indes für seine Diskussion, folgt man dem Anmerkungsapparat, kaum herangezogen. Stattdessen arbeitet er sich mehrfach an Publikationen aus der Ära des Kalten Kriegs ab oder verzichtet ganz auf konkrete Fundstellen für von ihm behauptete Verzerrungen und Erfindungen gerade in der westlichen Literatur. In dieser Hinsicht demonstriert das Buch die negativen Folgen, wenn in der Geschichtswissenschaft von heute Politisierungen des Kalten Kriegs erneut aufgenommen werden.

Davon abgesehen bietet Zemskov in seinem Buch reichhaltiges Material, das minutiös, manchmal zu genau nacherzählt, in einigen Fällen im vollständigen Wortlaut abgedruckt wird. Deutlich wird die Vielzahl von Direktiven und Befehlen, die die Dienststellen umsetzen mussten und die immer wieder ergänzt, korrigiert oder in Teilen aufgehoben wurden. Diese Unübersichtlichkeit machte die Funktionäre vor Ort mitunter ratlos. Sie bot ihnen aber auch Handlungsspielräume und erlaubte damit reine Willkürakte lokaler Machthaber. Zemskov findet sich in dem Gestrüpp jedoch bestens zurecht. Daher kann er neben den großen Linien der politischen Einstufungen der Rückkehrer sowie ihrer Wege in die Heimat, in Speziallager und Filtrationspunkte, in die Industrie, die Armee oder in die Verbannung zahlreiche Sonderschicksale, Detailfragen oder Umwege kleinerer Kollektive beschreiben. Darunter fallen etwa die faktische Zwangsverbannung der Ingermanländer, Sonderregelungen für baltische oder moldavische verbannte Rückkehrer, Umwege armenischer sogenannter Legionäre, das Schicksal der besonderen Gruppe der Waisen. Dazu gehören auch Zoll- und Devisenvorschriften, die faktisch die ehemaligen Zwangsarbeiter ihres kargen Arbeitslohns in Reichsmark beraubten sowie schließlich die katastrophale Unterversorgung aller mit Wohnraum. In dem Facettenreichtum fällt auf, dass Zemskov der Gruppe der strafrechtlich verfolgten Heimkehrer nur am Rande einige Passagen widmet. Dabei wird der Umstand, dass auch in deren Fällen

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

vermeintlich klare Bewertungen unter einer oftmals fragwürdigen Beweisführung litten, vernachlässigt (S. 40).

Die vielfältigen Statistiken, mit denen Zemskov in seiner Darstellung operiert, sind meistens hilfreich, in Einzelfällen arg kleinteilig. Nicht alle Daten sind über jede Diskussion erhaben: Dass über sechs Millionen sowjetischer Soldatinnen und Soldaten in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten und davon mindestens 3,9 Millionen starben, ist keineswegs Konsens der internationalen Forschung und im Buch auch eher postuliert als belegt (S. 130–131). Zudem ist die enge Definition von Rückkehrern, unter die für Zemskov nur Menschen fallen, die das Gebiet der UdSSR (von 1939 bzw. 1941) verlassen mussten, nicht wirklich überzeugend. Insbesondere nahmen die sowjetischen Behörden diese Trennung im Kern nicht vor (S. 120–135).

Ungeachtet dieser Kritikpunkte entfaltet der Autor im Ganzen eine anregende Perspektive auf das Geschehen. Er versteht die Geschichte der Rückkehr vor allem als „Epos der Wiedererlangung der Heimat durch Millionen von Menschen, die ihrer von fremden Eroberern gewaltsam beraubt wurden“ (S. 11). Tatsächlich war die Mehrheit der Zivilisten und Kriegsgefangenen offenbar willens, in die UdSSR zurückzukehren, wenn auch weniger aus politischen denn aus privaten Gründen. Darüber hinaus hätte man sich bei Zemskov in der entsprechenden Argumentation, die zum Teil aus offiziellem Material der vierziger Jahre schöpft, etwas mehr Quellenkritik gewünscht. Ohnehin lässt sich das Epos nicht so einfach, nicht so pauschal und nicht so positiv erzählen, wie es Zemskov eingangs formuliert. Daran hindern ihn Widersprüchlichkeiten und Abwege der stalinistischen Repatriierungspolitik, die in der Darstellung immer wieder sichtbar werden.

Die oftmals zersplitterte Großerzählung bietet immer wieder Denkanstöße oder Reibungspunkte, indem Zemskov teils anregende, teils provokante, teils einfach nur seltsame Thesen aufstellt. Zu letzteren gehört beispielsweise die Idee, dass die westlichen Alliierten Zwangsrepatriierungen sowjetischer Bürger durchführten, um innerhalb der „westlichen Zivilisation die Herausbildung einer bedeutsamen russisch-ukrainisch-weißrussischen ethnischen Komponente zu verhindern“ (S. 65). Die Verantwortung für die Behandlung dieser Kontingente wird dabei recht einseitig verschoben. Zemskov schätzt im Übrigen, dass 500 000 Menschen gegen ihren Willen in die UdSSR zurückkamen, während sich 450 000 der Rückführung entziehen konnten (S. 135–139).

Zu den wirklich bedenkenswerten Befunden gehört dagegen, dass sich die sowjetische Führung in ihrer Repatriierungspolitik und in ihrem konkreten Umgang mit den Heimkehrern keineswegs ausschließlich oder auch nur vorrangig von ideologischen Beweggründen leiten ließ, sondern militärischen und wirtschaftlichen Erwägungen hohes Gewicht beizumessen schien. Im Apparat des Repatriierungsbevollmächtigten saßen etwa hochrangige Generäle, die zugleich für die Auffüllung der Roten Armee zuständig waren. 1945 machte sich Berija für die Verbannung von Kollaborateuren und damit implizit gegen mögliche Todesurteile wegen Hochverrat stark, um Arbeitskräfte zu ersetzen, die durch eine Nachkriegsamnestie für Gulag-Häftlinge dem NKVD verloren gingen. Durchweg rangen Ministerien, Unternehmen, das Militär und die Republiken darum, dass ihnen die Instanzen in Moskau ehemalige Ostarbeiter, Kriegsgefangene und Wehrpflichtige als Arbeitskräfte zuteilten. Ganz pragmatisch wurden hier entsprechend der Bedürfnisse etwa der Kohleindustrieregionen für Spezialansiedler oder andere Kategorien freigegeben und umgewidmet. Angesichts dieser akuten Notlage war es umso bemerkenswerter, dass nicht nur organisatorische Defizite die Situation hinsichtlich der Arbeitskräfte erschwerten. Dazu kam die stete Vernachlässigung und Überforderung der vorhandenen Arbeitskräfte aller Art, freier und unfreier, durch die Arbeitgeber.

In derlei Abschnitten gelingen über die Diskussion der sowjetischen Repatriierungspolitik tiefe Einblicke in Funktionsweisen des Stalinismus. Das Zwangssystem desorganisierte sich mit ständigen Umbauten und Anpassungen selbst. In Zemskovs Augen habe in diesem Gesamtmechanismus die Mehrheit der Heimkehrer nicht unter politischen Repressionen gelitten (S. 192 f.). Zu diesem Schluss kommt der Autor unter anderem deshalb, weil auch andere Großgruppen wie Evakuierte der frühen Kriegsjahre Arbeitsplätze verpflichtend zugewiesen bekamen. Die Kriegszeit habe harsche Gesetze notwendig gemacht und Einrichtungen wie die Arbeitsbataillone des Volkskommissariats für Verteidigung hätten übliche Formen der Arbeitskräftemobilisierung und -verteilung der vierziger Jahre und daher keine Repressionen oder Strafmaßnahmen dargestellt (S. 264, 270, 302–303). Die historische Kontextualisierung ist zweifellos notwendig. Allerdings ist es höchst problematisch, wenn insbesondere zeitgenössische regierungsamtliche Maßstäbe der Einordnung dienen – wie würde man mit diesem Verständnis die deutsche Kriegsgefangenenpolitik gegenüber sowjetischen Soldatinnen und Soldaten einstufen? Überzeugender gehen andere Bewertungen der stalinistischen Maßnahmen in der Forschung zum Beispiel von der fehlenden Wahlfreiheit und Alternative für die betroffenen Repatrianten aus und klassifizieren damit derartige Instrumente als Repression. Schließlich bleiben auch andere Begrifflichkeiten oder Bewertungskriterien der Arbeit zu hinterfragen. Ob die Übernahme zeitgenössischer Termini wie „Verräter“ oder *Vlasovist* für Hilfswillige oder Freiwillige aus den Reihen der Kriegsgefangenen die historische Analyse weiterführt, erscheint fraglich. Im Ganzen hinterlässt Zemskovs Werk einen ambivalenten Eindruck. Es wird mit seinen Bewertungen und Daten die Diskussion über die sowjetische Repatriierungspolitik beleben können. Es bleibt zu wünschen, dass diese auf die Reproduktion überholter Interpretationen verzichtet und sich nicht zum Instrument einer russisch-westlichen politischen Auseinandersetzung machen lässt.

ANDREAS HILGER

Moskau

JGO 68, 2020/2, 347–349

Liudmila Novikova

An Anti-Bolshevik Alternative. The White Movement and the Civil War in the Russian North. Transl. by Seth Bernstein

Madison, WI: University of Wisconsin Press, 2018. XVI, 324 S., 16 Abb., 1 Kte.

ISBN: 978-0-229-31740-9.

This volume provides a good translation of Liudmila Novikova's *Provintsial'naia 'kontr-revoliutsiia': Beloe dvizhenie i grazhdanskaia voina na Russkom Severe* (Moscow 2011). One reviewer of that well-received study, Norman Pereira, suggested that it "could just as well be published by an American university press" (Slavic Review 71 (2012), 4, p. 945). Now, happily, it has, for which the University of Wisconsin Press and the Mikhail Prokhorov Foundation must be applauded.

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

In the volume under review, Novikova, with broad strokes, expertly traces the rise and fall of the anti-Bolshevik movement centred on the province of Arkhangel'sk in the years 1918 to 1920. Some might quibble that her strokes are occasionally too broad, as the author's definition of the White Movement mentioned in her book's title is revealed to include not just the counter-revolutionary and militaristic forces, for which that term might better be reserved for greater clarity, but 'the wide spectrum of patriotic political forces – from moderate socialists on the left to the monarchists on the right – who took up arms against the Bolsheviks' (p. 9). The Popular Socialist and historian of the civil wars, Sergei Mel'gunov, might have lamented in 1929 that monarchists and reactionaries had appropriated the term "White", but appropriated it they had, and long before that date. So, still to agglomerate the veteran socialist N. V. Chaikovskii with the right-wing officers who deposed his government into a White compound from which only anarchists and Bolsheviks seem to be excluded is problematic. Still, whatever the potential for confusion here, Novikova has provided the Anglophone reader with a welcome service in offering a compelling and challenging account of a much neglected theatre of the Russian Civil Wars. Because of the large numbers of British and American interventionist forces in the North, their role has generated a host of published memoirs and secondary accounts but prior to Novikova's efforts we find, despite a marked shift 'to the provinces' in recent English-language historiography of the revolutionary period, only one brief introduction to the events described herein (Yanni Kotsonis: *Arkhangel'sk, 1918: Regionalism and Populism in the Russian Civil War*, in: *Russian Review* 51 (1992), 4, pp. 526–544).

One suspects that this relative neglect of the North has been a consequence of Western scholars regarding it as a region from which are absent the vital ingredients of what makes the Russian revolution elsewhere in the former empire so fascinating: there was no industry, beyond primary fishing and logging concerns and related processing factories and mills; no cities and few towns of any size; only two railways; no land hunger; no legacy of serfdom or communal land tenure; no Cossacks; and no organized or separatist ethnic minorities, except for the intermittently troublesome Karelians. (The one unusual aspect was the presence on the recently constructed Murman line of groups of German and Austrian POWs and Chinese labourers but Novikova does not find it necessary to analyse their minor impact upon events.) Yet, although her case might be a little overstated, in the central chapters of the book ("The Politics of the Northern Government", pp. 122–154, and "The White Movement and the People's War", pp. 155–187), Novikova does convincingly and in some detail challenge the notion that anti-Bolshevism in the region was entirely an imported Allied construct, thereby deftly scuppering generations of Soviet scholarship on the subject. Utilizing local newspapers and archival holdings, as well as collections in Moscow and the USA, she demonstrates that some really quite progressive policies (on the separation of church and state, the democratisation of education and local government on the basis of popular elections, national autonomy, etc.) emanated from the White (by her definition) regimes at Arkhangel'sk, who were better attuned to regional concerns than were the more centrist and statist White governments of General A. I. Denikin in South Russia and Admiral A. V. Kolchak in Siberia. She shows too that these policies elicited some sympathy and support "from below", among the North's educated elite, as well as from local workers and peasants, who preferred Arkhangel'sk and its policies to the Soviet alternative and mobilized themselves accordingly. That said, desertion from the anti-Bolshevik forces seems to have been as much of a problem in the North (pp. 131, 164–169, 190–192, 275) as it was for the Whites in Siberia and South Russia – some comparative figures would have been useful

here – and, ultimately, the author has to concede that anti-Bolshevism evaporated in Arkhangel'sk with unseemly haste in the wake of the Allied withdrawal in late 1919. The tiny Northern Army could not withstand the Red Army's rapid invasion and its leader, General E. K. Miller, set sail for a life in exile in Paris on 19 February 1920. Tellingly, in terms of his commitment to democracy, Miller subsequently worked as an aide to Grand Duke Nikolai Nikolaevich Romanov, a leading candidate for the Russian throne among émigré monarchists, and then as head of the unadulteratedly and unashamedly White ROVS (Russkii Obshche-Voinskii Soiuz, the Russian All-Military Union), until being kidnapped and killed by the NKVD in 1937.

But Novikova has no interest, in the manner of post-Soviet populist rehabilitators, of exonerating the Whites. She admits their brutalities and sometimes reactionary politics, but generally seeks a more nuanced approach to their failings than was the case in the Soviet era, which is laudable. Moreover, her inclusive and enterprising methods enable her to engage extensively, in an intelligent and critical manner, with the findings of non-Russian historians of the Revolution, which is still a surprisingly rare phenomenon among the historical profession in a country where that subject is too often dealt with in an insular and isolated fashion.

JONATHAN D. SMELE

London

JGO 68, 2020/2, 349–352

Dmitrij Chmelnizki – Dmitrij Chmel'nickij

Iwan Scholtowski – Ivan Žoltovskij. Architekt des sowjetischen Palladianismus – Architektov sovetskogo palladianstva

Mit einem Beitrag von Anastasia Firsowa (+) – Pri učastii Anastasii Firsovoj (+).

Berlin: DOM publishers, 2015. 211 S., 180 Abb., Ktn. = Grundlagen –

Teorija i istorija, 31. ISBN: 978-3-86922-283-7.

Der 2015 erschienene Band bildet den Auftakt zu der Publikationsreihe „Architekten und Bauten der Sowjetunion“ für die der Verlag 2013 ein Kooperations- und Forschungsprogramm mit dem Moskauer Ščusev-Architekturmuseum vereinbarte. Dieses Bemühen um die internationale Erschließung, Erforschung und Publikation von Dokumenten und Materialien zur sowjetischen Architekturgeschichte ist überaus verdienstvoll und notwendig. Drei Jahrzehnte nach dem Ende der Sowjetunion sollten Architektur und Städtebau der UdSSR frei von den ideologischen Schablonen des Spätstalinismus und des Kalten Krieges, gestützt auf neu erschlossene Dokumente in internationaler Perspektive darstellbar sein. Wie kaum ein anderes kulturelles Gebiet lassen materialbasierte Analysen im Kontext von Architektur und Städtebau die konkreten Machtverhältnisse, die ästhetischen Dispositive von Auftraggebern und Architekten, die Ökonomie und Institutionengeschichte des Bauwesens sowie die räumlich-gegenständliche Formierung von Lebensweisen in der Sowjetunion erkennen. Architekturgeschichte ist Bau-, Stil- und Gesellschaftsgeschichte.

Zu Recht formuliert Philipp Meuser in der Einleitung: „Der dreifache Richtungswechsel der Baustile binnen 40 Jahren – vom Konstruktivismus über den Neotraditionalismus zur Sowjetmoderne – ist in der Baugeschichte einzigartig geblieben. Die kurzen Stilepochen, die kaum eine Generation überlebten, werfen Fragen nach Kontinuitäten in Ausbildung und Lebenswerk sowjetischer Architekten auf.“ (S. 7) Vor dem Hintergrund dieses Programms erscheint es plausibel, mit Ivan Žoltovskij (1867–1859), seinerzeit „Architekt Nummer Eins der Sowjetunion“ (Gerhard Kosel, *Unternehmen Wissenschaft. Erinnerungen*, Berlin 1989, zitiert nach Meuser, S. 9) und die Inkarnation des Kontinuitätsparadigmas, die Reihe zu eröffnen.

Wenn das Buch dennoch einen zwiespältigen Eindruck hinterlässt, so hat das mehrere Gründe. Zunächst sei der vorzügliche 90-seitige Abbildungsteil hervorgehoben, der Pläne und realisierte Bauten von Žoltovskij sehr gut dokumentiert. Völlig konträr zu dem noch zu besprechenden Hauptbeitrag von Dmitrij Chmel'nickij steht allerdings der Beitrag von Anastasija Firsova († 2014), die den Žoltovskij-Nachlass im Ščusev-Museum verwaltete und 2004 über Žoltovskij promovierte. Sie sieht ihn „als Aufklärer und Lehrer“, als „Verfechter der neoklassizistischen Traditionen“: „Scholtowski bewahrte nicht nur das klassische Erbe der Renaissance, sondern rettete es durch unbeständige und schwierige Zeitläufte.“ (S. 35) Umfassende Bildung und unnachahmlicher Geschmack, sein Streben nach Harmonie und Schönheit zielten auf die „Schaffung einer kulturellen Elite“ (S. 36). Auf den Vorwurf, sein künstlerisches Schaffen sei „bloßes Epigonentum“ geht Firsova „an dieser Stelle“ nicht weiter ein (S. 35). Über die gesellschaftlichen Bedingungen dieser Art elitärer Intellektualität und die politische Funktion, Palladianismus „als formales Charakteristikum einer Hochkultur“ (Vladimir Chajt, *Palladio und die neuesten Strömungen in der Architektur*, in: *Andrea Palladio und die Kunst und Kultur der Welt*, Moskau 1999, S. 116–128, hier zitiert nach Firsova, S. 42) dem Stalinismus verfügbar zu machen, reflektiert sie leider nicht näher.

Im Unterschied zu Philipp Meuser, der Žoltovskijs Namen „außerhalb Russlands“ für „nach wie vor nur kleinen Zirkeln bekannt“ hält (S. 8), deklariert Firsova „die Scholtowskij-Schule“ als „auf der ganzen Welt bekannt“ (S. 38). Leider bleiben viele solcher Widersprüche zwischen den Texten unvermittelt nebeneinander stehen. Inkonsequent erscheint auch der Anspruch einer zweisprachigen Publikation, wenn der einzige Originaltext Žoltovskijs, *Über die wahre und die falsche Schönheit in der Architektur* aus der Zeitschrift *Deutsche Architektur* 1/1955, nur auf Deutsch jedoch nicht auf Russisch abgedruckt wird.

Der Haupttext von Dmitrij Chmel'nickij ist in seiner kritischen Herangehensweise sehr anregend. Er beleuchtet die offensichtlichen Widersprüche in der kanonisierten sowjetischen und postsowjetischen Architekturgeschichte. Er muss als Gegentext dazu und auch zu Firsova, gelesen werden. Während sie Leben und Werk Žoltovskijs „trotz einiger Lücken mittlerweile [für] recht gut erforscht“ hält (S. 35), sieht Chmel'nickij „mit dem Leben und Werk Scholtowskis mehr Rätsel verbunden als mit jedem anderen Architekten der Sowjetunion“ (S. 11). Folgerichtig erhofft er sich vom Lösen dieser Rätsel Aufklärung über die tatsächliche sowjetische Architekturgeschichte.

Chmel'nickij zeichnet die sowjetische Arbeitsbiografie Ivan Žoltovskijs nach. Der Architekt war 1917/18 zunächst Mitglied des Kollegiums für Bildende Kunst beim Volkskommissariat für Bildung und wurde im April 1919 Leiter der dortigen Architekturabteilung. Sein Bemühen „eine allgemeine künstlerische Leitung und Kontrolle über die Belange der Architektur im Lande“ (S. 13) zu organisieren, traf jedoch auf den Widerstand der sowjetischen Architekten. 1922, außerhalb des offenen Wettbewerbs zum Generalplaner der Allrussischen Landwirtschaftsausstellung ernannt,

hatte Žoltovskij auch die Entwurfsleitung wichtiger Pavillons übernommen. Dabei zerstritt er sich mit Aleksej Ščusev, dem Hauptarchitekten der Ausstellung, die vor allem durch Konstantin Meln'nikovs avantgardistischen Machorka-Pavillon berühmt wurde. Einen Monat nach Eröffnung der Ausstellung unternahm Žoltovskij im September 1923 eine Dienstreise nach Italien, wo er drei Jahre blieb. Chmel'nickij deutet den Vorgang als offiziell genehmigte Emigration. Mit „viel Mühe und großzügigen Auftragsversprechen“ (S. 14), beispielsweise für den sowjetischen Pavillon auf der Mailänder Messe 1926, habe man ihn zur Rückkehr bewegt. In dem Band werden erstmals der von altrussischer Kultur inspirierte Entwurf sowie der realisierte neoklassizistische Pavillon für die Mailänder Ausstellung abgebildet. Die Rückkehr Žoltovskijs aus Italien wurde oft mit seiner frühen Begegnung mit Lenin in Verbindung gebracht, der ihn fragte, warum er nicht das Land nach der Revolution 1917 verlassen habe und er geantwortet haben soll, dass er „von der Politik sehr weit entfernt“ und „aus künstlerischen und nicht aus politischen Motiven in der Heimat geblieben“ sei. „Er sei überzeugt, dass man nur auf heimatlichen Boden wirklich schöpferisch tätig sein könne und war nicht weggegangen, weil er für sich noch eine Chance gesehen habe, als Architekt in seinem Land gebraucht zu werden.“ (Praskov'ja Rybnikova, *Die Welt des Hauses Žoltovskij. Kapitel aus einem Familienroman*, Moskau 2003, hier zitiert nach Chmel'nickij, S. 32) Mit der relativen Stabilisierung der Sowjetunion Mitte der 1920er Jahre waren eine Reihe emigrierter Intellektueller in die Heimat zurückgekehrt. In den darauffolgenden Jahren sind mit Žoltovskij der Erweiterungsbau der Staatsbank, die Errichtung des Kesselhauses des Moskauer Wasserkraftwerkes (MOGÈS), des Hauses der Sowjets in Machačkala, der Militärschule im Kreml und der Entwurf für das Wasserkraftwerk DneproGÈS verbunden. Chmel'nickij diskutiert den tatsächlichen Anteil Žoltovskijs an diesen Projekten, den er insbesondere bei der Staatsbank, dem Haus in Dagestan und bei der Militärschule erkennt. Anhand dieser Beispiele untersucht er die Arbeitsweise des Architekten, der jeweils historische Prototypen wählte und diese kunstvoll einer dekorativen, flächenbezogenen Fassadengestaltung unterzog. Ausführlicher erörtert Chmel'nickij die beiden Entwürfe Žoltovskijs zum Wettbewerb für den Palast der Sowjets (1931/32) und hinterfragt die Auszeichnung seines neoklassizistischen Entwurfs in der zweiten Runde (neben Boris Iofan und Hector Hamilton). Am Ende seines Essays würdigt Chmel'nickij das Wohnhaus an der Mochovaja-Straße (1932–1934) als ästhetisch „wahrscheinlich das gelungenste Werk Scholtowskis“ (S. 23), weil es, „in der Tradition herrschaftlicher Wohnungen für die höchsten Staatsdiener“ (S. 24) stehend, zugleich die Absage an den Massenwohnungsbau als architektonische Aufgabe dokumentiere.

Mit produktiver Beharrlichkeit fragt Chmel'nickij nach den verborgenen Auftraggebern und Gönnern Žoltovskijs. Für das erste Jahrzehnt macht er sie in Anatolij Lunačarskij (Volkskommissar für Bildung), später bei den Politbüromitgliedern Kliment Vorosilov, Vjačeslav Molotov und in einzelnen Fällen bei Stalin direkt (DneproGÈS, Sowjetpalast) aus. Nur diese Absicherung „von oben“ mache verständlich, dass Žoltovskij, der in den 1920er Jahren keine wesentliche Rolle in der sowjetischen Architektur-Öffentlichkeit, in Verbänden und Zeitschriften spielte, im Kampf gegen den Konstruktivismus in den 1930er Jahren diese Aufwertung erfuhr. Seine Sonderexistenz verdanke er den „Sicherheitsorganen“ der UdSSR, wovon auch die Siedlungen und Wohnhäuser zeugen, die Žoltovskij während des Zweiten Weltkriegs und in den darauffolgenden Jahren für diese erbaute.

Leider sind die grundsätzlich plausiblen Schlussfolgerungen Chmel'nickijs überwiegend auf Vermutungen gestützt. Seine Stärke liegt im Verweis auf Forschungslücken, nicht in deren archivgestützter Aufarbeitung.

Mit den gegensätzlichen Texten von Chmel'nickij und Firsova gibt der Band neben den vielen interessanten Informationen über Žoltovskij zusätzlich einen guten Einblick in die heutigen Polartäten der russischen Architekturgeschichtsschreibung. Ohne einen breiten Zugang zu den Archiven in Russland und ohne internationale Zusammenarbeit an gemeinsamen Fragestellungen wird die Historiographie zur sowjetischen Architektur nur schwer auf eine neue Grundlage zu stellen sein.

THOMAS FLIERL

Berlin

JGO 68, 2020/2, 352–354

Melissa Feinberg

Curtain of Lies. The Battle over Truth in Stalinist Eastern Europe

New York, NY: Oxford University Press, 2017. XXII, 232 S., 7 Abb.

ISBN: 978-0-19-064461-1.

Melissa Feinberg's *Curtain of Lies* is a provocative analysis of truth and fear in Eastern Europe during the early Cold War. Feinberg argues we ought to look past the obvious differences between East and West and instead focus on the "shared political environment" of the Cold War which "affected patterns of thought on both sides of the Iron Curtain" (p. 175). American and communist regimes subjected Eastern Europeans to competing interpretations of show trials, shortages, and other news both foreign and domestic, but the actual truth or fiction of any given claim by these competing camps was less important than what they revealed about their shared "common political logic based on absolutes." Although their versions of the truth were opposite, both sides agreed on the nature of truth: that theirs was the "one, pure truth that had to be defended, with little room for nuance or alternate points of view" (p. x). Fear also figures largely in *Curtain of Lies*: Eastern European regimes used fear (of war, of Western spies, and so on) to mobilize their populations, which in turn reinforced Western perceptions of the "totalitarian" nature of these states. Like truth, "these two perspectives on fear [...] were the product of a complicated network of transmission from East to West and back again" (p. xvii). This interplay of truth and fear shaped both American perceptions of Eastern Europe as well as the worldview and actions of Eastern Europeans.

Curtain of Lies begins with the show trials and the international peace movement of the late 1940s and early 1950s, which exemplified how Eastern European regimes deployed truth-making and emotion to prescriptive ends. Communist regimes explained to their subjects that the imperialist West was responsible for infiltrating the people's democracies even as it slaughtered innocents in Korea and elsewhere. This fearmongering galvanized Eastern Europeans to increased vigilance against spies and other enemies in their midsts, and also mobilized them en masse for parades and other peace campaigns. It also shaped the perception of Eastern Europeans by Western observers, chief among them the US American foreign policy establishment, which responded with its own truth-shaping efforts via intelligence-gathering and propaganda. Radio Free Europe (RFE) was founded to broadcast the (US American version of the) truth to Eastern Europe; RFE workers,

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

many of them escapees from Eastern Europe themselves, interviewed refugees in meticulous detail for their personal accounts of life under communism, which then served as fodder for broadcasts beyond the Iron Curtain. In doing so, RFE created a feedback loop in which Western assumptions about Eastern Europe informed its interpretation of communism, which was then broadcasted back to Eastern Europe, which in turn reaffirmed the popular perception of the “totalitarian” nature of the system. Meanwhile, accounts of life under communism created for domestic consumption, chief among them “The Crusade for Freedom”, a domestic advertising campaign for RFE, perpetrated these stereotypes to US American audiences (pp. 62–70). Much nuance was lost in this process. Perhaps the best example here is that of Czesław Miłosz’s *The Captive Mind*: Miłosz “was willing to engage with Communism as a set of ideas and not only as a system of terror”, most notably by introducing the concept of *ketman* – but most reviewers utterly missed the point, reading the book as either a scathing expose of communism or an apologia for it (pp. 79–83). Back in Eastern Europe, the lived experience of Eastern European subjects was reinforced by the information they got from Western broadcasters; this created “an aura of fear, which many took to be the truth of life under communism” (p. 116). Feinberg argues that this worldview then shaped the manner in which Eastern Europeans made sense of their lives: fear “provided a basis for communicating other ideas and emotions, including feelings of powerlessness, disappointment with social change, and the despair of not fitting into a new world” (p. 90). This omnipresent fear affected their perception of everything from rumors of flying saucers, sleeping gas, and other technological marvels supposedly invented by the USA, to how they conceptualized the various means by which they sought to work the system to minimal disadvantage (pp. 118, 174).

There are no significant flaws in this work. Some scholars will object to Feinberg’s extensive use of the RFE interviews, as they were profoundly biased by both interviewers (who sought to portray these communist regimes in the worst possible light) and interviewees (who were those most fed up with the regime, and possibly trying to curry favor with their interlocutors). These are legitimate concerns and Feinberg acknowledges them, explaining that she analyzes these refugee stories not for factual evidence of life behind the Iron Curtain but rather in order to illustrate how they “were shaped by, and in turn helped create, a Cold War political culture that revolved around the poles of fear and truth” (pp. xx–xxii). More problematically for this reader, Feinberg treats “the East” and “the West” as largely homogenous entities which then jointly create this Manichaeian Cold War political culture. To some extent this is unavoidable, as she seeks to explain a transnational worldview based on these absolutes, but it does leave some questions unanswered. Perspectives from “the West” available to Eastern European listeners included other foreign governments and their media outputs, such as BBC, Radio Madrid, and Radio Paris; one wonders if these other sources jumped into the ideological fray in the same manner, or with the same enthusiasm, as did their crusading counterparts in the USA. Likewise, Feinberg argues that we can analyze Stalinist Eastern Europe as a region sharing a common and mutually-constituted political culture (pp. xii–xiii) – but what then are we to make of cases in which one state differed significantly from its neighbors? For instance, anti-Semitism featured much more largely in the Slánský show trial in Czechoslovakia than earlier show trials elsewhere. According to *Curtain of Lies*, many Czechoslovaks concluded that “Jews, believed to be alien to the nation, were likely spies and traitors” (p. 30) – but was this belief based on latent anti-Semitic tendencies, a popular perception of Jews as communist fellow-travelers, or other reasons, and how does it relate to the anti-Semitism prevalent in the concurrent “Doctor’s Plot” in

the USSR? In this case, a local manifestation of this broader transnational Cold War political culture differed significantly from its neighbors; significantly enough, perhaps, to invite a more granular analysis of how these truths and fears may have been known and felt differently throughout the region. However, these are only minor vagaries which do not detract from this conceptually bold, meticulously researched, and deftly nuanced text.

Feinberg argues convincingly that we must look to transatlantic exchanges of ideas, to both grassroots and institutional processes of interpreting events and stories, and to the interplay of subjective truths and fears in order to make sense of the intellectual world of the Cold War. Although *Curtain of Lies* focuses on the early Cold War era, its appeal extends beyond scholars of modern Eastern Europe, US American foreign policy, and the Cold War more broadly. In the face of rising nationalistic demagoguery and epistemic closure on both sides of the Atlantic, Melissa Feinberg's trenchant analysis of how transnational political cultures manipulated intellects and manufactured fears remains all too relevant today.

KARL BROWN

Whitewater, WI

JGO 68, 2020/2, 354–355

Hannes Lachmann

Die „Ungarische Revolution“ und der „Prager Frühling“.

Eine Verflechtungsgeschichte zweier Reformbewegungen zwischen 1956 und 1968

Essen: Klartext, 2018. 570 S. = Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte

im östlichen Europa, 49. ISBN: 978-3-8375-1210-6.

Der vorliegende Band ist ein Opus magnum. In der einschlägigen Literatur findet man keine Untersuchung, die mit vergleichbarer empirischen Gründlichkeit Wandlungsprozesse und Reformbewegungen im Staatssozialismus analysiert und dabei methodisch-konzeptionell ähnlich subtil verfährt. Das vielleicht gewichtigste Ergebnis der Studie besteht darin, dass der Verfasser die Debatte über den Staatssozialismus gegen etablierte Sehweisen auf ein Niveau hebt, das überhaupt erst ermöglicht, hoch differenzierte gesellschaftliche Prozesse auf dem Boden des Staatssozialismus anschaulich darzustellen. Dazu gehört auch, dass Lachmanns Darstellung en passant gründlich mit der noch immer weit verbreiteten Überzeugung aufräumt, die Geschichte des Staatssozialismus sei als Geschichte der Machtapparate einerseits und der „Appendices“ der „großen Maschinerie“ andererseits zu schreiben. Lachmann vergleicht die ungarischen und tschechoslowakischen Verhältnisse nicht im Bezugsrahmen jeweils national vermittelter Spezifika, sondern anhand des Ansatzes der *histoire croisée* – einer multiperspektivischen Verschränkung der beiden Untersuchungsfelder. Damit ist es nur folgerichtig, dass sich starre Analyseeinheiten (institutionelle und gesellschaftliche Komplexe, Diskurse, Deutungs- und Wahrnehmungsmuster etc.) und die viel beschworenen monolithischen Strukturen staatssozialistischer Systeme auflösen. Damit verschwindet auch der Topos von der ubiquitären Macht der kommunistischen Partei, der – wie Lachmann richtig konsta-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

tiert – mit der Dämonisierung kommunistischer Regime Hand in Hand geht (S. 516). Rezensionen der vorliegenden Untersuchung aus dem konservativen Spektrum der Forschung sind denn auch pikiert darüber, dass Lachmann für die Metapher vom „Bösen“ kommunistischer Gesellschaften bloß leichte Ironie aufbringt (vgl. exemplarisch: Jos Schnurer in: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/23837.php>, Datum des Zugriffs 11.09.2020).

Zu den Ursachen, die für den Bankrott des Staatssozialismus angeführt werden, gehört die These, Ökonomie und Staatsapparat des Staatssozialismus – verstanden als systemisch integrierte Handlungsbereiche – könnten nicht auf einen politischen Integrationsmodus umgestellt werden, ohne in ihrem systemischen Eigensinn, also in ihrer Funktionsfähigkeit beschädigt zu werden. Dies geht im Wesentlichen auf die Annahme von Habermas zurück. Lachmann arbeitet dagegen heraus, dass von einer solchen Beschädigung nicht die Rede sein könne, weil die demokratische Aufhebung der Trennung von Staat und Wirtschaftsgesellschaft im ungarischen Fall 1956 nur vorübergehend gelang. Im Prager Frühling 1968 wurde sie dagegen gar nicht erst konsequent in Angriff genommen. Über diesen Punkt hinaus hebt sich die Untersuchung von dem neuesten Trend ab, Reformbewegungen und gesellschaftlichen Wandel im Staatssozialismus ohne viel Federlesens mit kapitalistischem Roll-back zu identifizieren. So verwandelt sich die Prager Reformbewegung in jüngster Zeit zu einem Vorgang, dem unter der Signatur „Fundamentalliberalisierung“ aktuelle gesellschaftliche Entwicklungstendenzen im Kapitalismus der Gegenwart übergestülpt werden, nämlich die Politik der Individualisierung und Liberalisierung sozialer Risiken und Strukturen (Vgl. hierzu und zum Folgenden Martin Schulze Wessel: *Der Prager Frühling. Aufbruch in eine neue Welt*. Stuttgart 2018), wie sie u. a. 1999 durch das Schröder-Blair-Papier auf den Weg gebracht wurde. In dieser Perspektive liegt es nahe, dass der Prager Frühling zum „Vorboten“ des Zusammenbruchs des tschechoslowakischen Kommunismus im November 1989 und der anschließenden Restauration des Kapitalismus deklariert wird. Dann ergibt sich freilich die Schwierigkeit, erklären zu müssen, woher die postkommunistische Gesellschaft angesichts der Wiederherstellung orthodoxer staatssozialistischer Verhältnisse zwischen 1968 und 1989 ihren demokratischen Charakter bezog. Dieses Problem wird umgangen, indem man für das Denken und Handeln der Gesellschaft einen Zukunftsbegriff konstruiert, der – anders als der kommunistische Zukunftsbegriff – in starkem Maße Kontingenzen transportiert. Entwürfe künftiger Gesellschaften sollen sich 1968 im Blick auf die Frage der Demokratie stets am demokratischen Erbe der tschechoslowakischen Zwischenkriegsrepublik orientiert haben. Lachmann untersucht diesen Punkt sehr genau und kommt zu anderen und sehr viel nüchterneren Schlüssen: Er hält die Beschwörung der demokratischen Verhältnisse der Ersten Republik für einen Lieblingstopos der Intellektuellen, der über die realen Verhältnisse nichts aussagt und in den Unterschichten, auch und gerade 1968, bestenfalls spöttische Kommentare hervorrief.

PETER HEUMOS
Moosburg



JGO 68, 2020/2, 356–358

Patryk Babiracki

Soviet Soft Power in Poland. Culture and the Making of Stalin's New Empire, 1943–1957

Chapel Hill, NC: University of North Carolina Press, 2015. XV, 344 S., 19 Abb., 9 Graph., 3 Tab. = The New Cold War History. ISBN: 978-1-4696-2089-3.

Der Warschauer Kulturpalast ist bis heute von der Bevölkerung ungeliebt, kann aber wegen der Vielzahl der in ihm verorteten Institutionen nicht ersetzt und abgerissen werden. Er wurde als „Geschenk“ Stalins Anfang der 1950er Jahre gebaut und auf einem Gelände errichtet, das vergleichsweise wenig zerstört worden war, sodass erhaltene Bausubstanz für den Bau abgerissen werden musste. Der Kulturpalast (eigentlich: Kultur- und Wissenschaftspalast / *Pałac Kultury i Nauki*) ist daher als ein architektonischer Ausdruck dessen zu sehen, was der polnisch-amerikanische Historiker Patryk Babiracki in dem anzuzeigenden Band als „soft power“ bezeichnet, d. h. als Ausdruck der sowjetischen und damit der sowjetisierenden Kulturpolitik.

Über die Perspektive der „soft power“, verstanden als Politik des „Zuckerbrots“ im Rahmen der sowjetisch-imperialen Politik, gelingt es dem Autor in einer insgesamt sehr gut lesbaren Studie, einen Blick auf die bisher in der Forschung noch nicht hinreichend behandelte sowjetische Kulturpolitik als einen wichtigen Aspekt der „soft power“-Politik neben der Wirtschafts- und Sozialpolitik im ersten Nachkriegsjahrzeit in Polen zu werfen. Damit möchte Babiracki zeigen, dass die politischen Eliten nicht in einer Art vorausseilenden Gehorsam ihren Staat „selbst-sowjetisiert“ hätten. Die Sowjets hätten dagegen, so die grundlegende These des Bandes, aktiven Anteil daran genommen, die polnische Kultur und die kulturellen Beziehungen zwischen beiden Staaten zu stärken. Zugleich hätten die sowjetischen Akteure in einem erheblich größeren Umfang als bisher angenommen sensibel die Bedingungen vor Ort berücksichtigt, weshalb sie insgesamt in einem erheblichen Maße Irritationen darüber hätten spüren können, was von ihnen erwartet worden sei. Der Verfasser möchte nicht diskutieren, ob und in welchem Maße Polen überhaupt sowjetisiert worden sei, sondern, wie die kulturellen Beziehungen die Stabilität des „Ostblocks“ beeinflussen. Es geht ihm darum, das „Sovietization paradigm“ (S. 7) hinter sich zu lassen und die kulturellen Erfahrungen zu analysieren, um das Verständnis von der Sowjetunion als imperialen Staat innerhalb der kritischen und prägenden ersten Nachkriegsdekade neu zu schärfen.

Ausgehend von einer Analyse umfangreichen Quellenmaterials untergliedert Babiracki seine Studie in fünf Hauptkapitel. Hierbei handelt es sich nicht ausschließlich um Erstpublikationen, da Teile gerade des zweiten und dritten Kapitels bereits 2009 als Aufsätze publiziert worden sind. Das erste Hauptkapitel „From Śel'tsy to Siedlce“ liefert die historische Kontextualisierung, indem die Erfahrungen der polnischen Kommunisten an der Ostfront zwischen 1943 und 1945 vorgestellt werden. In dieser Phase sei es ihnen vor allem darum gegangen, die anti-sowjetischen und häufig auch antisemitischen Soldaten zu überzeugen, dass die von der Sowjetunion aufgebauten polnischen Armeeeinheiten den Kern einer späteren polnischen Armee darstellten. Hieraus sei das propagandistische Rezept der polnischen kommunistischen Eliten entstanden, auf dem die spätere breite Kulturpolitik aufgesetzt worden sei. Anschließend diskutiert er die Hoffnungen und Verspre-

chungen der ersten Nachkriegsjahre, die im Rahmen der sowjetisch-polnischen Verhandlungen über die kulturellen Initiativen in Polen entstanden seien. Trotz aller Dissonanzen seien reichlich Möglichkeiten für einen Dialog und eine Verständigung vorhanden gewesen, wodurch eine gegenseitige Annäherung zweifelsohne möglich geworden sei. Rückschritte für diese Annäherung stellt Babiracki für die folgende Phase im Kapitel „Soft Power on the Sidelines“ fest, da die kulturellen Interventionen von sowjetischer Seite, die schrittweise aggressiver und unsensibler hinsichtlich polnischer Befindlichkeiten geworden seien, selbst die treuesten kommunistischen Politiker und kulturellen Persönlichkeiten der Sowjetunion entfremdet hätten. Das daraus resultierende Scheitern, polnische Offizielle und Schriftsteller nachhaltig für die Sowjetunion einzunehmen, indem man polnische Literatur in der Sowjetunion zugelassen hätte, diskutiert das folgende Hauptkapitel „Unlikely Heroes“. Abschließend beschreibt der Verfasser die Veränderungen im Rahmen des polnischen „Tauwetters“ in den ersten Jahren nach Stalins Tod zwischen 1953 und 1956. Eine Zäsur bildete daher das Abkommen über die gegenseitige kulturelle Zusammenarbeit vom 30. Juni 1956, das nur zwei Tage nach der brutalen Niederschlagung des Posener Arbeiteraufstandes durch das polnische Militär geschlossen wurde. Hierdurch seien die Beziehungen formalisiert worden und hätten damit einen signifikanten Unterschied zu den ad hoc Initiativen der Nachkriegsjahre gebildet, was aber für zahlreiche Polen zu spät gekommen sei. Daher schließt Babiracki seinen analytischen Teil mit der plakativen Feststellung und Bezugnahme auf den bekannten polnischen Science Fiction-Autor Stanisław Lem ab, dass angesichts der Ereignisse in Posen und in Ungarn 1956 sowie des Prager Frühlings 1968 der Kern der Sowjetherrschaft den Charakter eines „abscheulichen Dra-chens“ (S. 234) angenommen habe, welcher der von ihm terrorisierten Bevölkerung nichts anzubieten gehabt hätte – und impliziert damit das Scheitern der „power of attraction“.

Babiracki kommt zu dem Schluss, dass die sowjetisch-polnischen kulturellen Initiativen vor allem praktischen Erwägungen entsprungen seien. Die Kosten der sowjetischen Vorherrschaft, die durch brutales Eingreifen in die polnische Nachkriegsgesellschaft entstanden seien, sollten durch die Nutzung der „power of attraction“ (geprägt durch Joseph Nye) bzw. „soft power“ reduziert werden. Insgesamt hätte der sowjetische Einfluss und damit auch die Kulturpolitik die politische Landschaft gewaltig verändert, was letztlich keine neue These ist. Ziel war es, die bekannten pro-kommunistischen politischen Eliten zu gewinnen, um breitere Bevölkerungsmassen anzusprechen. So sei beabsichtigt gewesen, die öffentliche Meinung zu beeinflussen, durch Propaganda die UdSSR zu popularisieren, die Massen für die neuen politischen Ziele zu gewinnen und nicht zuletzt die sowjetische Hegemonie zu legitimieren. Daher sei gerade die Kultur ein fruchtbarer Boden für das *social engineering* und die Machtlegitimation gewesen. Dennoch stellt Babiracki abschließend fest, dass die Veränderungen seit Mitte der 1950er Jahre wenig mit der eigentlichen sowjetischen „power of attraction“ zu tun gehabt hätten. Im Gegenteil, die nun einsetzende deutlich eigenständigere polnische kulturelle Entwicklung hätte zunehmend an Strahlkraft als „Fenster zum Westen“ für den gesamten sowjetischen Einflussbereich in den Folgejahren gewonnen.

Die Ergebnisse der insgesamt sehr flüssig geschriebenen Studie verweisen einerseits auf das gängige Bild der sowjetischen Hegemonie, das jedoch durch den Ansatz der „soft power“ und deren Rückwirkungen auf die Kulturpolitik der polnischen politischen Eliten nuanciert und fokussiert wird. Andererseits bieten sie eine interessante Erklärung dafür, dass die polnische Kulturpolitik als

vergleichsweise liberal und „westlich“ galt. Daher bleibt zu hoffen, dass diese These durch weitere Studien verifiziert wird.

HEIDI HEIN-KIRCHER

Marburg/Lahn

JGO 68, 2020/2, 358–361

Claudia Stahl

Alojzije Stepinac. Die Biographie

Paderborn: Schöningh, 2017. 592 S., 24 Abb. ISBN: 978-3-506-78773-6.

Der Untertitel verspricht nicht zu viel: Das Buch bietet eine detaillierte Darstellung des Lebensweges von Alojzije Stepinac (1898–1960) ohne aktuelle Parallelen, sei es auf Kroatisch, sei es in einer anderen Sprache. Dabei rezipiert die Autorin die große Fülle an für das Thema relevanten Forschungen und Quellenpublikationen vor allem der vergangenen zwei Jahrzehnte. Es ist eine Widerlegung des im offiziellen Diskurs des sozialistischen Jugoslawien geschaffenen und auch anderweitig vielfach rezipierten negativen Bildes von Stepinac als Kollaborateur des Ustaša-Regimes, wie man es auch heute noch immer wieder in Publikationen und mündlichen Äußerungen findet.

Die Autorin verbirgt ihre vorgegebene Sympathie für den Helden ihres Buches nicht, vor allem dadurch, dass sie von der Richtigkeit und Angemessenheit der Entscheidungen und des Verhaltens von Stepinac in jeglicher Situation ausgeht. Unabhängig von dieser Prämisse ist die Arbeit methodisch über jeden Zweifel am Umgang mit dem Quellenbefund und der Forschung erhaben. Auf vereinzelte Unstimmigkeiten werde ich im Folgenden hinweisen. In geringem Umfang hat die Autorin auch unveröffentlichtes Material herangezogen, z. B. einen Bericht des Zagreber Konsulates der Bundesrepublik Deutschland von 1960 über den Tod von Stepinac aus den Akten des Auswärtigen Amtes.

Auf eine Heranziehung der provisorischen Publikation der Tagebücher durch den Zagreber Historiker Ljubo Boban in Nummern der Wochenzeitschrift *Danas* ab Sommer 1989 (S. 390, irrtümlich 7. August 1990) hat Claudia Stahl verzichtet. Erst im Jahr 2020 ist eine solide Edition erschienen (Željko Karaula (Hrsg.): *Dnevnički zapisi Alojzije Stepinca 1934.–1945. Iz arhiva UDBA-e*. Zagreb 2020). Eine Auswertung der Tagebücher von Stepinac dürfte die Befunde zu seinem Denken und Verhalten allerdings nicht mehr grundlegend ändern.

Die Biographie von Stepinac führt über Elternhaus, Dienst als Offizier in der österreichisch-ungarischen Armee und in der südslawischen Legion, über Heiratspläne und die späte Entscheidung für den Weg ins Priesteramt 1924 im Alter von 26 Jahren bis zur Ernennung zum Erzbischof-Koadjutor 1934 und zur Übernahme des Amtes des Erzbischofs von Zagreb Ende 1937.

Ein zentrales Thema der Biographie ist selbstverständlich die Haltung von Stepinac gegenüber dem Unabhängigen Staat Kroatien (USK) und dessen Machthabern 1941–1945. Es bleibt der Befund, dass Stepinac die Staatsgründung begrüßt und die Legitimität dieses Staates nie in Frage gestellt hat, auch wenn er von Anfang an skeptisch gegenüber der mit der Staatsgründung verbun-

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

denen Ideologie und Herrschaft des Ustaša-Regimes war und sich von dessen Handeln vielfach distanziert hat.

Stepinac ist den schmalen Gratweg zwischen vorsichtiger Kritik und Anpassung gegangen, eben um Freiräume zu behalten, so dass er in vielen Einzelfällen wirksam Hilfe leisten konnte. Und der USK seinerseits versuchte nicht, die historisch gewachsene materielle und rechtliche Stellung der katholischen Kirche in Frage zu stellen.

Demgegenüber war die offene Konfrontation zwischen neuer kommunistischer Staatsgewalt und katholischer Kirche nach 1945 in Kroatien geradezu zwangsläufig. Belastend wirkte nicht nur der vorgegebene weltanschauliche Gegensatz. Die offensichtliche Sympathie eines Teiles des Klerus für die Ustaša (so auch Stahl, S. 181, 214) hatte die Vorbehalte seitens der Kommunisten im Voraus gestärkt. Die Gewalt von Partisanen gegen Kleriker vor allem in den Monaten vor Kriegsende verhinderte weitestgehend das Entstehen einer Vertrauensbasis kirchlicherseits. Die Autorin erwähnt einen Angriff der Partisanen am 26. Juli 1945, also mehr als zwei Monate nach Kriegsende, auf das Franziskanerkloster Široki Brijeg in der Hercegovina (S. 290) – gemeint dürfte der vielfach rezipierte Angriff vom 7. Februar 1945 sein. Bei dem britischen General, der im Mai 1945 bei Bleiburg die Übernahme kroatischer Verbände in britische Gefangenschaft ablehnte (S. 281), handelte es sich um Harold Alexander (nicht Harold Macmillan wie im Text).

Auf Forschungsliteratur gestützt, schreibt die Autorin den Kommissionen für religiöse Angelegenheiten „eine wichtige Rolle im Verhältnis zwischen Staat und Kirche“ in der Kirchenpolitik sowohl auf Bundes- als auch Republikebene zu. Sie seien bis 1966 „de facto Filialen des jugoslawischen Geheimdienstes gewesen“ (S. 291). Vorentscheidungen von allgemein politischer Relevanz waren gerade nicht Angelegenheit dieser Kommissionen. So findet man in den vom Rezensenten für die Jahre 1945–54 vollständig gesichteten Akten der Zagreber Kommission unter dem Vorsitz des Priesters Svetozar Rittig auch nur wenige mittelbare Hinweise auf den Stepinac-Prozess. In den Akten geht es vielmehr um die kleine Welt des Gegen-, Neben- und manchmal auch Miteinanders von Staat und Religionsgemeinschaften. In der Forschung besteht heute kein Zweifel mehr daran, dass der Prozess und die Verurteilung von Stepinac 1946 als Kollaborateur und mittelbar Verantwortlicher für Verbrechen des Ustaša-Regimes montiert waren. Es ging eigentlich darum, den in Stepinac verkörperten Widerstand der katholischen Kirche gegen die forcierte Säkularisierungspolitik zu schwächen und den Erzbischof abzustrafen für sein Beharren auf unbedingte Romtreue.

In Anlehnung an Katrin Boeckh vergleicht Claudia Stahl den Prozess mit den Schauprozessen in der Sowjetunion in den Dreißigerjahren (S. 336, 354). Das gilt sicherlich für die starke Rolle der Medien und die Instrumentalisierung des Publikums, für die „Vorbearbeitung“ von Zeugen und die fehlende Revisionsmöglichkeit. Doch während die Moskauer Schauprozesse innerparteilichen Säuberungen dienten und die Angeklagten hier bis zur Selbstbezüglichung und Denunziation getrieben wurden, konnte Stepinac unmanipuliert sprechen, und ihm stand eine – allerdings gegenüber der Anklägerseite prozedural klar benachteiligte – Verteidigung zur Seite.

Der Prozess gegen Stepinac weist durchaus gemeinsame Züge mit dem 1922/23 geplanten Prozess gegen den Patriarchen Tichon im noch jungen Sowjetstaat auf. So wie die jugoslawischen Kommunisten schon im Sinne eines außenpolitischen Kalküls die Todesstrafe für Stepinac ausgeschlossen hatten, verzögerte sich die Prozesseröffnung gegen Tichon in Moskau auch deswegen immer weiter, weil die Verhängung der Todesstrafe gegen ihn innerparteilich umstritten war. Denn diese hätte die jüngsten Erfolge im Durchbrechen der internationalen Isolierung wahrscheinlich

zunichte gemacht und in der Bevölkerung Unruhe geschaffen. Während Stepinac in den Monaten vor dem Prozess alle diskreten Angebote des Regimes für ein Arrangement kompromisslos ablehnte, gab Tichon 1923, schon in Untersuchungshaft, schließlich seine „Reueerklärung“ ab, von der wir heute wissen, dass sie ihm als Bedingung für die Freilassung aus der Untersuchungshaft diktiert und im Politbüro genehmigt worden war. Er sah sich zu diesem Zeitpunkt einem innerkirchlichen Schisma gegenüber und erlangte nun die Handlungsfreiheit gegenüber den „Erneuerern“ zurück. Stepinac hingegen konnte auf einen durchgehend loyalen Klerus und ein ihm ergebenes Kirchenvolk setzen.

Die Autorin nimmt an, Svetozar Rittig sei als Teilnehmer der jugoslawischen Delegation zur Pariser Friedenskonferenz gereist, um im Moment der Verhaftung von Stepinac am 18. September 1946 „Loyalitätskonflikte zu vermeiden“ (S. 326). Eher war es umgekehrt: Der Zeitpunkt für die Verhaftung war günstig wegen der Abwesenheit von Rittig. Es steht außer Zweifel, dass Rittig von der kurzfristig angesetzten Verhaftung erst aus der Zeitung in Paris erfahren und dann versucht hat, als Vermittler die Freilassung zu erwirken (vgl. Andrija Lukinović: *Privatni zapisi Monsinjora Svetozara Ritiga o blaženom Alojziji Stepincu*, in: *Kardinal Alojzije Stepinac. Svjedok vremena i vizionar za treće tisućljeće*. Zagreb 2009, S. 139–182, hier: S. 163).

Ungefähr ein Drittel des Buches ist den Jahren gewidmet, die Stepinac in Haft im Gefängnis Lepoglava (1946–1951) und in Hausarrest in seinem Heimatdorf Krašić ca. 40 km südwestlich von Zagreb (bis zu seinem Tod 1960) verbracht hat. Wenn man dies mit anderen Gefangenengeschichten aus Regimen mit mangelnder Rechtsstaatlichkeit vergleicht, war es ein gnädiges Schicksal. Hinzu kommt auch, dass Stepinac schließlich doch am angemessenen Ort, in der Zagreber Kathedrale, feierlich bestattet werden durfte. Aber die Isolation, das Gefühl der ständigen Beaufsichtigung und die vielen kleinen Schikanen, angefangen vom „Verlorengehen“ von Briefen, machten das Leben doch zur schweren Last. Allen Angeboten, ins Exil nach Rom zu gehen, widerstand er. Er wollte eine Annullierung des Urteils, die schließlich erst nach dem Umbruch, im Jahr 1992, erfolgt ist.

Die Autorin erwähnt zwar die Vermutung, Stepinac sei an planvoll schleichender Vergiftung gestorben (S. 567), doch schließt sie sich dieser nicht an. Die Behörden ließen den Leichnam nach der Autopsie nicht, wie von der Kirche gewünscht, mumifizieren, sondern vielmehr ein die Verwesung beschleunigendes Mittel anwenden. Alle inneren Organe wurden entnommen und vernichtet (S. 548). Das mag ein Verdachtsmoment sein oder aber ein schönes Indiz dafür, wie die Behörden religiöse Praxis geradezu nachvollzogen: Es sollte einem Reliquienkult vorgebaut werden.

In den letzten Kapiteln zeichnet die Autorin den langen Weg von den Würdigungen von Stepinac als Märtyrer – im wörtlichsten Sinne als Glaubenszeuge – über die Seligsprechung 1998 bis zur derzeitigen von Papst Franziskus verfügten Aussetzung des Verfahrens der Heiligsprechung, solange kein Konsens über die Bewertung des Wirkens von Stepinac zwischen katholischer Kirche in Kroatien und orthodoxer Kirche in Serbien gefunden ist, nach. Das Buch von Claudia Stahl mit seiner systematischen Dekonstruktion des Bildes von Stepinac als angeblichem Förderer und Helfer der Ustaša-Gewalt mag dazu beitragen, die Vorbehalte orthodoxerseits abzubauen, doch dieser Weg ist anscheinend noch weit.

Wie Claudia Stahl zu Recht festhält, ist „Heiligkeit [...] eine religiöse und keine moralische Kategorie“. Heiligkeit impliziert nicht die menschliche Unfehlbarkeit (S. 572). Die in Angriff genommene Kanonisierung von Stepinac fügt sich in die lange Reihe von Kanonisierungen in post-sozialistischen Ländern sowohl katholischer als auch orthodoxer Prägung ein. Die Heiligsprechung

gen sind sozusagen Widerlegungen der früher von den Kommunisten beanspruchten Deutung. Sie sollen die damaligen Regimes auch auf diese Weise nachträglich diskreditieren und die Position der Kirche und Kirchlichkeit in der gegenwärtigen Gesellschaft stärken. Die neuen Heiligen werden – und das gilt insbesondere für Alojzije Stepinac – zu nationalen Integrationsfiguren aufgebaut.

Auch jenseits der nur innerreligiös zu beantwortenden Frage, ob Alojzije Stepinac als Heiliger anzusehen ist, bleibt die Faszination an seinem Lebensweg, an seinem in tiefer Frömmigkeit verankerten Rigorismus gegenüber sich selbst und anderen. Die Darstellung dieses Weges durch Claudia Stahl lässt sich dabei zugleich als Zeitgemälde der Geschichte Kroatiens und Jugoslawiens aus ungewöhnlicher Perspektive lesen.

LUDWIG STEINDORFF

Kiel

Außerdem wurden in recensio.net Besprechungen in rein elektronischer Form als jgo.e-reviews 2020, 1 zu folgenden Büchern veröffentlicht:

Evgenij V. Anisimov: Petr Pervyj. Blago ili zlo dlja Rossii? (MICHAEL SCHIPPAN)

Martin Aust: Die Schatten des Imperiums. Russland seit 1991. (ANDREAS HILGER)

Amelie Bendheim / Heinz Sieburg (Hg.): Prag in der Zeit der Luxemburger Dynastie. Literatur, Religion und Herrschaftskulturen zwischen Bereicherung und Behauptung. (FRANZ MACHILEK)

Elena Ju. Borisenok: „A čto my znaem o lice Ukrainy?“ Ukrainizacija kak model' gosudarstvennoj politiki v 1918–1941 gg. (FRANK GOLCZEWSKI)

Elias Bounatirou: Eine Syntax des „Novyj Margarit“ des A. M. Kurbskij. Philologisch-dependenz-grammatische Analysen zu einem kirchenslavischen Übersetzungskorpus. Teil 1: Philologische, sprachkulturelle und lautlich-graphematische Grundlagen. Teil 2: Syntax. (INGE AUERBACH)

S. I. Dančenko (Hg.): Slavjane i Rossija. Problemy vojny i mira na Balkanach. XVIII–XXI vv. K 100-letiju so dnja roždenija akademika Ju. A. Pisareva. (PETER KAISER)

Mark Edele / Sheila Fitzpatrick / Atina Grossman (Hg.): Shelter from the Holocaust. Rethinking Jewish Survival in the Soviet Union. (MARKUS NESSELRODT)

Dominik Erdmann / Oliver Lubrich (Hg.): Alexander von Humboldt. Das zeichnerische Werk. (JÖRN HAPPEL)

Trond Berg Eriksen / Håkon Harket / Einhart Lorenz: Judenhass. Die Geschichte des Antisemitismus von der Antike bis zur Gegenwart. (KLAUS-PETER FRIEDRICH)

Johannes Feichtinger / Heidemarie Uhl (Hg.): Die Akademien der Wissenschaften in Zentraleuropa im Kalten Krieg. Transformationsprozesse im Spannungsfeld von Abgrenzung und Annäherung. (DOUBRAVKA OLŠÁKOVÁ)

Karin Felix: Ich war hier – Zdes' byl. Die Graffiti im Reichstagsgebäude. (PIERRE MOUTERFI)

Márta Font / Gábor Barabás: Coloman, King of Galicia and Duke of Slavonia (1208–1241). Medieval Central Europe and Hungarian Power. (ANTI SELART)

Robert Frost / Yaroslav Fedoruk / Frank E. Sysyn [u. a.] (Hg.): Mykhailo Hrushevsky: History of

This material is under copyright. Any use outside of the narrow boundaries of copyright law is illegal and may be prosecuted.

This applies in particular to copies, translations, microfilming as well as storage and processing in electronic systems.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021

- Ukraine-Rus'. Vol. 4: Political Relations in the Fourteenth to Sixteenth Centuries.
(LILIYA BEREZHNYAYA)
- Tytus Jaskulowski: Spione wie ihr! Groteskes und Kurioses in der geheimen Welt zwischen DDR und Polen 1970–1989. Eine andere Quellensammlung. (GERHARD WETTIG)
- Ingrid Kästner / Michael Schippan (Hg.): Deutsch-russische Zusammenarbeit wissenschaftlicher und kultureller Institutionen vom 18. zum 20. Jahrhundert. (GALINA SMAGINA)
- Artem Kouida: Melioration im Belarussischen Polesien. Die Modernisierung der sowjetischen Peripherie (1965–1991). (LENNART PETRIKOWSKI)
- Aleksej I. Miller / Dmitrij N. Černyj (Hg.): Goroda imperii v gody Velikoj vojny i revoljucii. Sbornik statej. (LUTZ HÄFNER)
- Daniela Münkler / Henrik Bispinck (Hg.): Dem Volk auf der Spur ... Staatliche Berichterstattung über Bevölkerungsstimmungen im Kommunismus. Deutschland – Osteuropa – China.
(JÜRGEN W. SCHMIDT)
- Solvejg Nitzke: Die Produktion der Katastrophe. Das Tunguska-Ereignis und die Programme der Moderne. (NIGEL RAAB)
- Jurij A. Petrov (Hg.): Velikaja rossijskaja revoljucija, 1917. Sto let izučenija. Materialy Meždunarodnoj naučnoj konferencii (Moskva, 9–11 oktjabrja 2017 g.). (GEORG WURZER)
- Randall A. Poole / Paul W. Werth (Hg.): Religious Freedom in Modern Russia.
(AGNIESZKA ZAGAŃCZYK-NEUFELD)
- Aleksandr V. Reznik: Trockij i tovarišči. Levaja oppozicija i političeskaja kul'tura RKP(b), 1923–1924 gody. (BENNO ENNKER)
- Heinz A. Richter: Geschichte der griechischen Linken. (VAIOS KALOGRIAS)
- Heinz A. Richter: Geschichte der zypriotischen Linken. (VAIOS KALOGRIAS)
- Rüdiger Ritter / Martina Winkler (Hg.): Ein schmaler Grat. Die Jazz-Sektion, zeitgenössische Kunst und Musik in der Tschechoslowakei. Begleitbuch zur Ausstellung – Složitě hledání rovnováhy. Jazzová sekce, moderní umění a hudba v Československu. Výstavní katalog.
(MARKETA SPÍRÍTOVA)
- Stefan Rohdewald / Stephan Conermann / Albrecht Fuess (Hg.): Transottomanica – Osteuropäisch-osmanisch-persische Mobilitätsdynamiken. Perspektiven und Forschungsstand.
(STEFAN PLAGGENBORG)
- Thomas Sikor / Stefan Dorondel / Johannes Stahl [u. a.]: When Things Become Property. Land Reform, Authority and Value in Postsocialist Europe and Asia. (STEPHAN MERL)
- Gyula Szvák (Hg.): Istoričeskaja rusistika v XXI veke. Materialy desjatoj meždunarodnoj naučnoj konferencii budapeštskogo Centra Rusistiki ot 18–19 maja 2015 g. – Russian Studies in History in the 21st Century. Materials of the 10th International Conference at the Centre for Russian Studies in Budapest, May 18–19, 2015. (HANS HECKER)
- Max Toeppen: Historisch-comparative Geographie von Preußen. Text nach den Quellen, namentlich auch archivalischen. Neudruck der Ausgabe Gotha 1858. (UDO ARNOLD)
- Olga Voronina (Hg.): A Companion to Soviet Children's Literature and Film.
(MARTINA WINKLER)
- Martin Zückert / Jürgen Zarusky / Volker Zimmermann (Hg.): Partisanen im Zweiten Weltkrieg. Der Slowakische Nationalaufstand im Kontext der europäischen Widerstandsbewegungen. Vorträge der gemeinsamen Tagung des Collegium Carolinum und des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin in Bad Wiessee vom 6. bis 8. November 2014. (MARTIN PEKÁR)